

# Grosser Gemeinderat Winterthur

Protokoll der **6. und 7. Sitzung**  
des Grossen Gemeinderates im Amtsjahr 2016/2017  
vom 29. August 2016

von 16.15 Uhr bis 18.30 Uhr und von 20.00 bis 22.00 Uhr

Vorsitz: Ch. Leupi (SVP)

Protokoll: K. Lang

Entschuldigt: D. Berger (AL)

## Traktanden

Trakt. Nr.	Gesch. Nr.	Geschäftstitel	Referent/in
1.*		Protokolle der 2./3. und 4./5. Sitzungen des Amtsjahres 2016/2017	
2.*	16.61 (DSU)	Kredit von Fr. 82'100'000 für den Neubau eines Polizeigebäudes an der Obermühlestr. 5, Winterthur	<b>H.R. Hofer</b>
3.*	16.29 (DSS)	6. Nachtrag zur Verordnung über den Finanzhaushalt der Stadt W'thur (Finanzhaushaltsverordnung) vom 31. Okt. 2005, Gliederung der Verwaltungsrechnung in Produktgruppen und Produkte	<b>M. Zehnder</b>
4.	16.73 (DKD)	Leistungsvereinbarung zwischen der Stadt Winterthur und dem sich im Gründung befindenden Verein «House of Winterthur» / Jährlich wiederkehrender Kredit	<b>S. Büchi</b>
5.*	14.106 (DB)	Beantwortung der Interpellation R. Diener (Grüne/AL), A. Steiner (GLP/PP), L. Banholzer (EVP/BDP) und Ch. Benz-Meier (SP) betr. Optimierung Velorouten Halden-Lind-Rundstrasse	
6.*	15.16 (DB)	Beantwortung der Interpellation F. Helg (FDP) betr. Höhe von Projektierungskrediten	
7.*	15.49 (DTB)	Begründung des Postulats Ch. Baumann (SP) und L. Banholzer (EVP) betr. Glasfaser-Ausbau in den Aussenwachten aus den Geldern der Stadtwerkreserven	
8.*	15.14 (DTB)	Beantwortung der Interpellation L. Banholzer (EVP), Y. Gruber (BDP), R. Diener (Grüne), K. Cometta-Müller (GLP), Th. Leemann (FDP) und R. Keller (SP) betr. Schliessung Bahnhof Reutlingen	

- |      |                |  |
|------|----------------|--|
| 9.*  | 15.20<br>(DTB) | Beantwortung der Interpellation R. Diener (Grüne/AL) und Ch. Baumann (SP) betr. öffentliche Grünflächen als Gemeinschaftsgärten  |
| 10.* | 15.8<br>(DSS)  | Beantwortung der Interpellation S. Madianos-Hämmerle (SP) betr. SIR-Ma: Möglichkeiten der Stärkung der Regelklassen  |
| 1.   | 15.44<br>(DSS) | Beantwortung der Interpellation F. Helg (FDP), S. Madianos-Hämmerle (SP), D. Steiner (SVP), M. Zehnder (GLP/PP), D. Berger (GP/AL), Ch. Ingold (EVP/BDP) und W. Schurter (CVP/EDU) betr. Schul- und Hortraum im Quartier Dättnau/Steig |
| 12.  | 16.9<br>(DSS)  | Begründung der Motion R. Keller (SP), K. Gander (AL) und M. Bänninger (EVP) betr. Zusätzliche Mittel für die Frühförderung   |
| 13.  | 14.42<br>(DSS) | Antrag und Bericht zum Postulat A. Steiner (GLP), Ch. Magnusson (FDP) und Ch. Baumann (SP) betr. Wegleitung zum Umgang mit Fussballverbandsvorgaben bei Stadionbauten  |
| 14.  | 15.15<br>(DKD) | Beantwortung der Interpellation Ch. Benz-Meier (SP) betr. Sanierung Theater Winterthur   |
| 15.  | 16.60<br>(DKD) | Begründung der Motion M. Zehnder (glp/PP), G. Gisler (SVP) und Ch. Magnusson (FDP) betr. Produktegruppe Städtische Museen, Kulturinstitutionen und Bauten  |
| 16.  | 16.19<br>(DKD) | Beantwortung der Interpellation A. Steiner (GLP) und M. Wäckerlin (PP) betr. Pensionskassensanierung   |

(\* an dieser Sitzung behandelten Geschäfte)

**Ratspräsidentin Ch. Leupi** heisst die Ratsmitglieder zur heutigen Sitzung willkommen und begrüsst die Zuschauer auf der Tribüne. Der Fotograf des Landboten wird Fotos machen.

**Verabschiedung:** M. Baumberger (CVP) ist heute zum letzten Mal als Ratsmitglied im Gemeinderat. Er hat am 10. Mai 2010 erstmals an einer Ratssitzung teilgenommen. Seither ist er Mitglied der Sachkommission Bau und Betriebe. Seit dem 12. Mai 2014 ist er zusätzlich Fraktionspräsident der CVP/EDU-Fraktion. Den Entscheid von M. Baumberger hat Ratspräsidentin Ch. Leupi mit einer Träne im Auge entgegengenommen. Nichtsdestotrotz wünscht die Ratspräsidentin M. Baumberger für seinen weiteren Weg alles Gute und viel Spass in der gewonnenen Freizeit.

**Der Rat** verabschiedet M. Baumberger mit einem Applaus.

## Mitteilungen

**Ratspräsidentin Ch. Leupi:** Eine erfreuliche Nachricht; Markus Nater ist Vater geworden. Die Ratspräsidentin wünscht ihm für die Zukunft ruhige Nächte und viel Spass mit dem Nachwuchs.

**Sommertheater:** Mit dem Ratsversand ist die Einladung für die Vorstellung vom 3. September 2016 versandt worden. Es sind noch nicht viele Rückmeldungen eingetroffen. Wer Interesse hat, am 3. September die Vorstellung zu besuchen, kann sich heute bei J. Bachmann anmelden. Zudem haben die Ratsmitglieder ein Jubiläumsblatt des Sommertheaters erhalten.

Die Ratsmitglieder, die das Budget auf Papier erhalten wollen, können das melden. Ansonsten wird es nur noch digital versandt.

Hinweis für die nächste Sitzung: Ein Traktandum wird die Fragestunden sein. Ratspräsidentin Ch. Leupi bittet die Ratsmitglieder kurze Fragen zu stellen und diese rechtzeitig einzureichen.

Am 8. September 2016 um 19.00 Uhr findet ein Fussballspiel statt zwischen dem FC Stadtverwaltung und einer Direktionsmannschaft der AXA Winterthur. Der Grosse Gemeinderat ist eingeladen als Spieler oder als Zuschauer teilzunehmen. Interessenten können sich bei Ratspräsidentin Ch. Leupi melden. Sie wird die Anmeldungen entsprechend weiterleiten. Die Ratsmitglieder haben eine Einladung für den Behördenabend am 28. Oktober im Theater Winterthur erhalten.

**Ratspräsidentin Ch. Leupi:** Es liegen keine Fraktionserklärungen oder Persönliche Erklärungen vor.

Traktandenliste: Wie im Mail vom letzten Freitag erwähnt, ist das Traktandum 4 abgesetzt, weil es noch nicht behandlungsreif ist. Ohne Beratungen werden die Traktanden 3 und 7 behandelt. Zu den Traktanden 12 und 15 sind Ablehnungsanträge gestellt worden.

Es wird gewünscht, das Traktandum 2, Kredit von 82'100'000 Millionen für den Neubau eines Polizeigebäudes, von der Traktandenliste abzusetzen. Die Ratspräsidentin bittet die Ratsmitglieder, sich dazu zu äussern.

**S. Näf (SP):** Die SP-Fraktion stellt den Antrag das Geschäft 2016/61 betreffend Bau eines neuen Polizeigebäudes von der Traktandenliste abzusetzen. Dieser Antrag wird wie folgt begründet: Beim neuen Polizeigebäude handelt es sich um ein grosses und wichtiges Polizeivorhaben. Mit dem neuen Gebäude sollen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtpolizei zeitgemässe Arbeitsbedingungen erhalten, was die SP sehr begrüsst. Mit einem Kreditantrag von rund 82 Millionen Franken handelt es sich um das bislang teuerste steuerfinanzierte Gebäude der Stadt Winterthur. Bei einem Projekt mit diesem Umfang ist es für eine seriöse Beurteilung nötig, alle wesentlichen Fakten zu kennen, um die Folgen einer Annahme beziehungsweise Ablehnung der Weisung so gut wie möglich abschätzen zu können, auch angesichts dessen, dass der Stadt noch andere wichtige und grössere Investitionen bevorstehen. Die Stadt muss mit rund 100 Zusätzlichen Schulklassen rechnen. Es ist wichtig, die Auswirkungen dieses Projekts auf die finanzielle Lage der Stadt sowie auf andere bevorstehende Investitionen zu kennen. Anlässlich der von der BBK und SSK gemeinsam durchgeführten Kommissionssitzungen zu diesem Geschäft, hat die SP die aktuelle Investitionsplanung verlangt, um die finanziellen Auswirkungen dieses Bauprojekts abschätzen zu können. In der Folge ist den Kommissionsmitgliedern mitgeteilt worden, dass der aktuelle Investitionsplan nicht vorgelegt werden kann, weil dieser erst im Rahmen des IAFP zusammen mit dem Budget 2017 vorgelegt werden soll. Um die finanziellen Folgen des Polizeigebäudes abschätzen zu können, benötigt die SP die aktuelle Investitionsplanung. Das Budget 2017 wird voraussichtlich bereits in einigen Wochen vorliegen. S. Näf beantragt daher, das Geschäft 2016.61, Bau eines neuen Polizeigebäudes, heute von der Traktandenliste abzusetzen und es in wenigen Wochen zu behandeln, wenn das Budget 2017 mit den aktuellen Zahlen der Investitionsplanung für die kommenden 4 Jahre vorliegt. Dieses Vorgehen hat den Vorteil, dass bei der Ratsdebatte und der anschliessenden Abstimmung auch die finanziellen Folgen abschätzbar sind. Das erscheint, aufgrund der für Winterthurer Verhältnisse sehr grossen Investition, unabdingbar. Die SP-Fraktion hofft auf Unterstützung.

**Ratspräsidentin Ch. Leupi** bittet die Votanten ausschliesslich zum Absetzungsantrag Stellung zu nehmen.

**H. R. Hofer (SVP):** Die SVP unterstützt den Antrag, das Geschäft von der Traktandenliste zu nehmen, selbstverständlich nicht. Die BBK hat an 9 Sitzungen, die SSK an 8 Sitzungen das Projekt besprochen. Beide Kommissionen haben mehrheitlich zugestimmt – die BBK mit 7 zu 2 Stimmen, die SSK mit 8 zu 1 Stimmen. Zudem muss man wissen, dass dieses Geschäft seit 2004 in der Pipeline ist, also seit 12 Jahren. Eine Machbarkeitsstudie wurde im Rahmen der Legislaturziele 2006/2010 in Auftrag gegeben. 2009 wurde diese Machbarkeitsstudie zusammen mit der Standortevaluation präsentiert. 2010 hat der Stadtrat einen Beschluss zu

den Themen Machbarkeit, Raumprogramm und Standort gefasst. 2011 hat der Grosse Gemeinderat den Projektierungskredit von 2,7 Millionen bewilligt. Im Januar 2015 hat der Grosse Gemeinderat Sparmassnahmen von 17 Millionen, mit denen das Projekt abgespeckt werden sollte, genehmigt. Gleichzeitig wurde ein Zusatzkredit von 2,2 Millionen gesprochen. Dieser Betrag wurde in zwei Tranchen gesplittet. Die erste Zahlung belief sich auf 700'000 Franken. Nach einer Information in der BBK sollen weitere 1,5 Millionen durch den Stadtrat ausgelöst werden. Dieser Zusatzkredit wurde explizit gesprochen, damit die Planer weiter arbeiten können und es nicht zu Verzögerungen und zu einer Verteuerung kommt. Wenn man jetzt ein beschlussfähiges Projekt, von dem seit 12 Jahren gesprochen wird, mit so fadenscheinigen Argumenten von der Traktandenliste nehmen will, hat die SVP mehr als nur ein wenig Mühe. Sie wird diesen Antrag nicht unterstützen. Mit diesem Verhalten wird die Arbeit in den Kommissionen inklusive Schlussabstimmung nicht ernst genommen, ja regelrecht zur Makulatur. H. U. Hofer bittet die Kolleginnen und Kollegen, die Glaubwürdigkeit der Sachkommissionen und letztlich auch des Gemeinderates zu wahren und den Antrag nicht zu unterstützen.

**J. Altwegg (Grüne/AL):** Wie das S. Näf bereits gesagt hat, handelt es sich um eines der grössten, teuersten aber auch wichtigsten Bauvorhaben der Stadt. Von daher ist eine genaue Prüfung der Parameter richtig. Trotzdem wird die Grüne/AL-Fraktion den Antrag der SP nicht unterstützen. Die Auswirkungen auf die Finanzlage sind soweit klar. Es ist ausgewiesen, welchen Einfluss ein Steuerprozent auf das Budget hat. Die Investitionsplanung der Stadt ist bekanntermassen rollend. Das Projekt wird in den nächsten Jahren, auch im Rahmen des Budgets, immer wieder aufscheinen und entsprechende Konsequenzen zeitigen. Eine Verknüpfung mit anderen Projekten ist heikel. Es ist richtig, dass die Stadt auch neue Schulhäuser braucht. Aber das eine tun und das andere nicht lassen, ist durchaus ein gutes Rezept. Eine Mehrheit im Rat wird heute ja sagen zum Polizeigebäude. In der Budgetdebatte wird J. Altwegg die rechte Ratsseite entsprechend daran erinnern, dass dieser Entscheid budgetrelevante Konsequenzen zeitigt. Die Grüne/AL-Fraktion zählt auf die rechte Ratshälfte. Die Medien werden sich sicher ebenfalls daran erinnern.

**St. Feer (FDP):** Die FDP-Fraktion lehnt den Antrag selbstverständlich ebenfalls ab. Es handelt sich um ein weiteres Störmanöver der SP in Bezug auf die Sicherheitspolitik. Das ist im Übermass ätzend. Die FDP stellt den Antrag, die Abstimmung per Namensaufruf durchzuführen.

**M. Baumberger (CVP/EDU):** In aller Freundschaft und auch wenn es die letzte Sitzung ist – aber das ist ein übles Foulspiel, das von der SP begangen wird. Die Parameter, die genannt werden, sind nicht relevant. M. Baumberger ist froh, dass die Kollegen der Fraktion Grüne/AL das bestätigt und ebenfalls der Meinung sind, dass alles bekannt ist, was bekannt sein muss. Wenn dem so ist, kann das Projekt umgesetzt werden. Es passiert nicht oft, dass M. Baumberger ein Votum der Grünen zitiert. Die Schule und die Sicherheit gegeneinander auszuspielen, geht gar nicht. Auch hier begeht die SP einen grossen Fehler. Beides sind elementar wichtige Elemente der Stadt. Selbstverständlich unterstützt die CVP/EDU-Fraktion auch den Namensaufruf. Das ist sehr wichtig. Zu diesem Thema sind bereits mehrere Abstimmungen mit Namensaufruf durchgeführt worden. Es ist wichtig, dass bis zum Schluss die Wähler und die Wählerinnen sehen können, wer sich ernsthaft für ihre Sicherheit einsetzt und wer nicht. Die SP muss sich langsam dem Vorwurf ausgesetzt sehen, dass diese Spiele gegen die Polizei gerichtet sind. Es wäre ehrlicher, wenn die SP erklären würde, dass sie keine zu starke und gut ausgerüstete Polizei will, weil das nicht ihrer politischen Sicht entspricht. Das wäre ehrlich und das könnte M. Baumberger respektieren. Aber jetzt empfindet es die CVP/EDU-Fraktion als undemokratisches Spiel.

**Ratspräsidentin Ch. Leupi:** Wird der Namensaufruf für die Absetzung des Traktandums beantragt?

**St. Feer (FDP):** Der Antrag gilt für die Absetzung.

**M. Nater (GLP/PP):** Die GLP lehnt den Antrag auf Absetzung des Traktandums von der Traktandenliste ab. Die Fakten sind bekannt. Der Bau kostet 82,1 Millionen. Es ist ganz klar, dass sich die Investitionsfolgekosten auf rund 2 Steuerprozent belaufen werden. Das ist alles aus der Vorlage ersichtlich. Auf der anderen Seite sind noch Fragen in Bezug auf das Obertor offen. Das ist noch nicht geklärt. Wenn man diese Fragen zuerst klären müsste, würde es noch Jahre dauern, bis ein vollständiges Bild vorhanden ist. Im Moment ist die Stadt im Schlussspurt in Bezug auf das Polizeigebäude an der Obermühlestrasse (POM). Ein Zwischenhalt würde keinen Mehrwert generieren. In einigen Monaten wird der Gemeinderat das Budget 2017 zur Verfügung haben. Der Wähler kann entscheiden, in Kenntnis des Budgets 2017 und der Investitionsplanung, ob er das Polizeigebäude will oder nicht.

**M. Bänninger (EVP/BDP):** Die EVP/BDP-Fraktion spricht sich für die Diskussion über dieses Geschäft heute Abend aus. Sie lehnt den Antrag der SP ab.

**D. Oswald (SVP):** Die SVP unterstützt den Antrag der FDP für eine Abstimmung mit Namensaufruf.

**Ch. Baumann (SP):** Erinnert daran, dass es lediglich um die Investitionsplanung geht. Anlässlich der Sitzungen der BBK und der SSK wurde informiert, dass die Investitionsplanung bis 2019 vorliegt. Vom Parlament liegen klare Vorgaben zum Plafond in Bezug auf die Investitionen vor. Dieser liegt bei 63 Millionen. Aktuell sind 21 Millionen für das Polizeigebäude bis im Jahr 2019 eingestellt. Aber es ist nicht bekannt, wie das in den Folgejahren aussieht. Die 100 Schulklassen sind in der Investitionsplanungen ebenfalls nicht vorhanden. Die Stadt ist verpflichtet, diese Klassen bereitzustellen. Deshalb ist es finanzpolitisch richtig, wenn die SP fordert, dass alle Investitionen bekannt sein müssen, damit das Projekt sorgfältig geprüft werden kann. Anlässlich der letzten Budgetdebatte hat der Gemeinderat budgetrelevante Geschäfte gleichzeitig mit dem Budget behandelt und zwar weil Folgekosten zu erwarten waren und weil die Auswirkungen auf künftige Budgets und Investitionen bekannt sein müssen. Es geht nicht um die Sicherheit der Stadt Winterthur. Diese liegt nicht am Gebäude, sondern an den Herren und Damen, die einen sehr guten Job machen. Es ist wesentlich, dass die Polizei ihre Aufgaben wahrnehmen kann. Jetzt zu sagen, dass die drei Wochen nicht abgewartet werden können, ist unverständlich. Bis in drei Wochen wird eine Investitionsplanung vorliegen, die weit über das Jahr 2019 hinausreicht. Dass auf diese Kenntnisse verzichtet werden soll bei einer so weitreichenden Entscheidung, kann die SP nicht verstehen. Immer wieder wird von der rechten Seite auf die finanzpolitische Verantwortung hingewiesen, aber wenn es um eigene Themen geht, ist man fast im Blindflug unterwegs.

**A. Steiner (GLP/PP):** Versteht das Problem nicht ganz. Jedes Jahr erhalten die Ratsmitglieder mit dem Budget einen IAFP. Die Grünliberalen haben eine Investitionsplanung über 10 Jahre hinweg verlangt. Der Stadtrat hat erklärt, dass es das nicht braucht. Diese Planung sei nicht nötig. Die SP hat die Ansicht des Stadtrates gestützt. Jetzt plötzlich, wenn es um das Polizeigebäude geht, findet die SP, dass eine weitergehende Investitionsplanung nötig ist. Entweder ist die SP mit der Investitionsplanung zufrieden oder nicht. Aber so widersprüchlich aufzutreten, ist fast schon peinlich.

**D. Oswald (SVP):** Zwei Dinge müssen angesprochen werden. Ch. Baumann sagt, dass sich der Antrag nicht gegen die Sicherheit richtet. Dort wo das Polizeigebäude jetzt steht, kann man zwei Autos hinstellen, dann ist die Polizei, die wirklich gute Arbeit macht, blockiert. Deswegen muss man sich bewusst sein. Der Bau des Polizeigebäudes am richtigen Ort hat sehr wohl mit Sicherheit zu tun. Zur Investitionsplanung hat sich A. Steiner bereits geäußert. Ch. Baumann spricht von drei Wochen. Wenn es um Information geht, muss sich D. Oswald fragen, ob die SP die Kommissionsarbeit nicht richtig gemacht hat. Auf Nachfrage können die eigenen Kommissionsmitglieder über die Kommissionsberatung informieren. Zudem können auch die Kommissionsmitglieder aus anderen Fraktionen gefragt werden.

**Stadträtin B. Günthard-Maier** hat grundsätzlich ein gewisses Verständnis für das Anliegen der SP. Vielleicht ist trotzdem eine persönliche Bemerkung erlaubt – die Stadträtin hat nämlich ein Schmunzeln auf den Lippen. Der Antrag, der heute Abend gestellt wird, kommt von einer Partei, die sonst immer erklärt, dass der Stadtrat mit den Investitionen vorwärts machen soll, und dass der Nachholbedarf nicht weiter verzögert werden soll. Zumindest klingen der Stadträtin entsprechende Voten noch in den Ohren, aus der Zeit, als sie noch selber in den Reihen des Gemeinderates gesessen hat. Sie hat ebenfalls in Erinnerung, dass sie von der SP immer wieder gehört hat, dass nicht nur der Preis sondern auch die Leistung angeschaut werden soll. Jetzt wird trotzdem eine Diskussion über die Finanzierung losgetreten, bevor überhaupt über den Bedarf und den Mehrwert, den diese Investition bringen wird, gesprochen werden kann. Die Stadträtin wundert sich über einen weiteren Punkt: Sie hat bisher die SP als Partei wahrgenommen, die sich für eine gute Stadtentwicklung stark macht, zumindest unter dem alten Stadtpräsidenten E. Wohlwend war das ein grosses Anliegen. Er hat für dieses Anliegen extra eine Verwaltungsabteilung geschaffen. Das POM gibt grosse und wichtige Impulse für eine Weiterentwicklung. Die SP müsste eigentlich glücklich sein, dass auch die neue Crew unter dem neuen Stadtpräsidenten M. Künzle in dieser Richtung weiter arbeitet. Aber grundsätzlich hat Stadträtin B. Günthard-Maier Verständnis für das Anliegen der SP. Es ist sympathisch, wenn auch auf die Finanzierbarkeit von Projekten geachtet wird. Deshalb will die Stadträtin auch im Namen des Stadtrates folgende Antwort geben: In zwei oder drei Voten ist das Thema bereits erwähnt worden. Die Kapitalfolgekosten für POM sind, wie für die anderen grösseren Bauvorhaben üblich, in der Weisung ausgewiesen und zwar in absoluten Zahlen und in Steuerprozenten. Diesbezüglich besteht bereits heute absolute Transparenz. Der Stadtrat ist sich als Exekutive der Stadt Winterthur der finanziellen Situation bewusst. Er beobachtet die finanzielle Gesamtsituation der Stadt Winterthur selbstverständlich laufend und thematisiert sie in den dafür vorgesehenen Gefässen und prüft, wenn nötig, Vorgehensvarianten. Zum gegebenen Zeitpunkt leitet der Stadtrat die entsprechenden Massnahmen ein. Mit den beiden Sparpaketen effort14+ und Balance hat er den Tatbeweis erbracht.

Der Stadtrat hat den Kreditantrag für das neue Polizeigebäude im vollen Bewusstsein der finanziellen Situation der Stadt Winterthur beschlossen. Er ist überzeugt, dass das neue Polizeigebäude machbar ist. Die Herausforderungen, die sich aus dem langen Zuwarten, aus der ungeeigneten Lage des heutigen Standortes, aus der baufälligen Bausubstanz und aus den miserablen Arbeitsbedingungen bei der Stadtpolizei ergeben, sind inzwischen so gross, dass man nicht mehr länger warten kann. Die 50jährige Vorgeschichte zeigt, dass nie der richtige Zeitpunkt ist. Das haben bereits die Vorfahren praktiziert. Bereits 1969 wurde beantragt ein neues Polizeigebäude zu bauen. Damals hätte der Bau noch 8 Millionen Franken gekostet. Danach war das Polizeigebäude 1995 erneut ein Thema, zusammen mit dem Feuerwehrgebäude. Damals hätte man zusätzlich 20 Millionen in die Hand nehmen müssen. Der Bau wurde verschoben. Das ständige Verschieben kann teuer zu stehen kommen. Heute ist die Rede von 80 Millionen Franken. Das haben die Ratsmitglieder gemerkt. Im Januar 2015 hat der Gemeinderat ein Kostendach von 80 Millionen festgelegt. Zudem hat das Parlament einen Zusatzkredit von 2,2 Millionen bewilligt für eine unterbruchfreie Planung, weil die Ratsmitglieder keine Verzögerung und damit das Risiko einer Verteuerung ohne Mehrwert in Kauf nehmen wollten. Wenn vom neuen Polizeigebäude gesprochen wird, dann sind nicht nur die Kosten wichtig. Es können auch Einnahmen generiert werden. 1. Einnahmen, die zum heutigen Zeitpunkt noch nicht quantifiziert werden können aus dem Verkauf oder der Vermietung der frei werdenden Liegenschaften am Obertor. 2. Die Bauwirtschaft, die Baufirmen werden Aufträge erhalten. Davon wird allenfalls ein Teil als Steuereinnahmen in die Stadtkasse zurückfliessen. 3. Der Auszug der Stadtpolizei wird der Entwicklung am Obertor einen Impuls geben. Die Stadt kann sich dadurch weiterentwickeln und die Gebäude können sich neu füllen. Das wird sich allenfalls auch positiv auf das Steuervolumen auswirken. Fazit: Der Stadtrat hat die Inputs in der bisherigen Planung berücksichtigt. Er hat die Vorgaben des Gemeinderates eingehalten und nach dem Wunsch des Parlaments weitergeplant. Jetzt liegen alle nötigen Entscheidungsgrundlagen vor. Der Stadtrat und meisten Ratsmitglieder bleiben dabei, es ist nur sachlogisch, dass die Bauvorlage heute beraten wird und der Gemeinderat heute entscheidet.

**Stadträtin Y. Beutler** will aus finanzpolitischer Sicht kurz Stellung nehmen. Das ist wichtig, damit man diese Vorlage einordnen kann. Die Investitionsplanung über 12 Jahre, von der A. Steiner gesagt hat, dass sie gefordert aber nicht gemacht wird, diese Planung wird gemacht. Das ist bekannt. Stadträtin Y. Beutler hat das in der AK aufgezeigt. Der einzige Punkt ist, dass die Investitionsplanung nicht veröffentlicht wird, weil sie zu viele Unwägbarkeiten enthält. Aber sie existiert. Auf 12 Jahre hinaus, Stand heute, ist bekannt, welche Projekte geplant sind. Die Planung enthält auch gewisse Platzhalter, das heisst Projekte, von denen man zwar weiss, dass sie realisiert werden sollen, von denen aber nicht bekannt ist, wie viel sie kosten werden. Man weiss, wann in etwa Sanierungszyklen anstehen etc. Der Stadtrat hat im vergangenen Jahr die Hausaufgaben gemacht. Diese Planung steht. Stadträtin Y. Beutler hat bereits in der AK über die Investitionsplanung informiert. Sie hat aufgezeigt, wie sich die Planung entwickelt. Der Zusammenhang mit der Verschuldung wurde bereits diskutiert. Stadträtin Y. Beutler hätte diese Planung auch gerne in der BBK und in der SSK vorgestellt. Die Kommissionen haben das abgelehnt. Stadträtin Y. Beutler kommt gerne an eine Kommissionsitzung und wird gerne informieren. Es ist ihr ein grosses Anliegen, dass alle wissen, wovon die Rede ist, damit genügend Wissen vorhanden ist, um Entscheidungen zu fällen. Das ist bekannt. Die Stadträtin hat das bereits im Rat gesagt. In Bezug auf die Investitionsplanung gibt es nichts zu verheimlichen oder zu verstecken. Die Stadträtin wird in den Kommissionen gerne informieren, auch weil das Kommissionsgeheimnis gewahrt wird. Korrektur: Der Investitionsplafond liegt bei 54 Millionen, nicht bei 63 Millionen.

**M. Baumberger (CVP/EDU)** ist sehr überrascht. Er hat es in den letzten 6 Jahren nicht oft erlebt, dass die Finanzvorsteherin ihre Sicht darstellt, nachdem die Stadträtin, die von einem Geschäft betroffen, dazu Stellung genommen hat. M. Baumberger bittet den Stadtrat, sich zu einigen. Vielleicht könnte auch der Stadtpräsident die Sicht des gesamten Stadtrates vortragen. Es ist überraschend. M. Baumberger hat den Eindruck, als bestünde zwischen der Finanzvorsteherin und der SP eine Absprache, um das Ziel der SP zu erreichen. Deshalb hat sich M. Baumberger erlaubt, seine Meinung dazu zu sagen.

**Stadtpräsident M. Künzle:** Es soll nicht darin ausarten, dass alle Stadträte einzeln zu einem Geschäft sprechen. Hier ist eine Spitze in Bezug auf die Finanzen vorhanden. Es ist gut, dass die Finanzministerin etwas gesagt hat. Stadtpräsident M. Künzle unterstützt selbstverständlich das Votum von Stadträtin B. Günthard-Maier voll und ganz. Sie hat gesagt, dass nie der richtige Zeitpunkt gekommen ist, das wird auch nie der Fall sein. Deshalb muss irgendwann ein politischer Entscheid gefällt werden. Der Gemeinderat hat heute die Chance diesen Entscheid zu fällen. Die Finanzministerin hat nur auf die Zahlen hingewiesen. Diese Diskussionen werden geführt. Die Finanzlage der Stadt ist bekannt. Man wird in etwa drei Wochen sehen, wie es weitergeht. Es wird keine Überraschungen geben. Deshalb kann das Geschäft heute Abend diskutiert werden.

**S. Stierli (SP):** M. Baumberger kann sich an seiner letzten Sitzung Frechheiten erlauben. Das wird ihm die SP nachsehen. Aber zu unterstellen, dass die Fraktion ein Pingpong-Spiel macht oder sich mit dem Stadtrat abspricht, das muss S. Stierli zurückweisen. Der Verschiebungsantrag wird offenbar abgelehnt. Es ist aber etwas seltsam, wenn der Stadtpräsident sagt, dass die Zahlen, die benötigt werden, erst in einigen Wochen vorliegen werden. Heute soll der Gemeinderat ohne diese Zahlen entscheiden. Wenn heute über das Geschäft debattiert wird, soll der Stadtrat die Investitionen bis 2020 benennen, die er offenbar kennt. Er soll sagen, wie hoch die Investitionen und die Verschuldung sein werden. Ohne diese Zahlen im Blindflug zu entscheiden, geht nicht. In der Kommission ist der Antrag der SP abgelehnt worden. Das Finanzdepartement sollte zugezogen werden, um die wichtigen Finanzfragen direkt zu diskutieren. Das hat die Kommissionsmehrheit auch abgelehnt. Deshalb ist es seltsam, dass man mit diesem Geschäft nicht warten kann bis die Zahlen vorliegen. Das neue Gebäude soll erst 2022, also in x Jahren, stehen.

**Ratspräsidentin Ch. Leupi:** Es ist ein Antrag auf Namensaufruf gestellt worden. 20 Ratsmitglieder müssen diesen Antrag unterstützen. Die Ratspräsidentin lässt über den Antrag abstimmen.

**Der Rat** stimmt dem Antrag mit deutlich mehr als 20 Stimmen zu.

**Ratspräsidentin Ch. Leupi** lässt über den Antrag abstimmen, das Traktandum 2 von der Traktandenliste abzusetzen.

	Ja	Nein		Ja	Nein
Christoph Baumann (SP)	X		Stefan Feer (FDP)		X
Bea Helbling-Wehrli (SP)	X		Felix Helg (FDP)		X
Roland Kappeler (SP)	X		Urs Hofer (FDP)		X
Regula Keller (SP)	X		Thomas Leemann (FDP)		X
Betty Konyo Schwerzmann (SP)	X		Christoph Magnusson (FDP)		X
Fredy Künzler (SP)	X		David Schneider (FDP)		X
Felix Landolt (SP)	X		Markus Wenger (FDP)		X
Christa Meier (SP)	X				
Ursina Meier (SP)	X		Katrin Cometta-Müller (GLP)		X
Silvana Näf (SP)	X		Rahel Comfort (GLP)		X
Maria Sorgo (SP)	X		Silvia Gygax-Matter (GLP)		X
Markus Steiner (SP)	X		Markus Nater (GLP)		X
Silvio Stierli (SP)	X		Annetta Steiner (GLP)		X
Gabriela Stritt (SP)	X		Martin Zehnder (GLP)		X
Benedict Zäch (SP)	X		Michael Zeuglin (GLP)		X
			Marc Wäckerlin (PP)		X
Simon Büchi (SVP)		X			
Gabi Gisler-Burri (SVP)		X	Jürg Altwegg (Grüne)		X
Matthias Gubler (SVP)		X	Reto Diener (Grüne)		X
Michael Gross (SVP)		X	Renate Dürr-Ziehli (Grüne)		X
Hansrudolf Hofer (SVP)		X	Christian Griesser (Grüne)		X
Rolando Keller (SVP)		X	Doris Hofstetter (Grüne)		X
Chantal Leupi (SVP)	----	-----	David Berger (AL)	-----	-----
Urs Obrist (SVP)		X	Katrin Gander (AL)		X
Daniel Oswald (SVP)		X			
Pacsal Rütsche (SVP)		X	Lilian Banholzer (EVP)		X
Doris Steiner (SVP)		X	Michael Bänninger (EVP)		X
Werner Steiner (SVP)		X	Thomas Deutsch (EVP)		X

Marcel Trieb (SVP)		X	Barbara Huizinga-Kauer (EVP)		X
Zeno Dähler(EDU)		X	Franco Albanese (CVP)		X
			Matthias Baumberger (CVP)		X
Yvonne Gruber (BDP)		X	Klaus Brand (CVP)		X
			Iris Kuster (CVP)	-----	-----

**Der Rat** lehnt den Antrag mit 42 zu 15 Stimmen ab.

## 1. Traktandum

### Protokolle der 2./3. und 4./5. Sitzungen des Amtsjahres 2016/2017

**Ratspräsidentin Ch. Leupi:** Die Protokolle sind in der Stadtkanzlei zur Einsicht aufgelegt und im Internet veröffentlicht worden. Einsprachen sind keine eingegangen. Der Ratspräsident stellt den Antrag, die Protokolle abzunehmen. Es gibt keine Einwendungen. Damit sind die Protokolle abgenommen.

## 2. Traktandum

### GGR-Nr. 2016.61: Kredit von Fr. 82'100'000 für den Neubau eines Polizeigebäudes an der Obermühlestr. 5, W'thur

**H. R. Hofer (SVP)** freut sich, dass er das Geschäft präsentieren darf. Polizeigebäude Obermühlestrasse 5, kurz POM: H. R. Hofer zeigt anhand von Bildern, wie das Polizeigebäude im Jahr 2022 an der Obermühlestrasse aussehen soll, wenn alles gut läuft. Geschichte des Polizeigebäudes: 1947 ist das Obertor 17 durch die Stadtpolizei bezogen worden. Bereits am 23. Juni 1969 hat der damalige Polizeikommandant oder Polizei-Instruktor, wie das damals geheissen hat, ein Herr Walter, festgestellt, dass das Obertor 17 so nicht mehr genügt und bis 1975 ein Neubau realisiert werden sollte. Der Korpsbestand wurde auf 180 Mann veranschlagt. Die Kosten für einen Neubau hätten 7 bis 8 Millionen betragen. Man beachte die Entwicklung des Polizeibestandes versus Baukosten. Chronologie des Polizeigebäudes: 1947 Bezug Obertor 17 durch die Stadtpolizei. 1969 Antrag für ein neues Polizeigebäude mit Bezug 1975. 1986 Kreditantrag an den Grossen Gemeinderat für die Ausarbeitung eines Konzepts mit einem gemeinsamen Betriebsgebäude Feuerwehr und Polizei. 1995 Beschluss des Grossen Gemeinderates Etappierung des Bauvorhabens und Bewilligung des Projektkredits für das neue Feuerwehrgebäude. Das ist auch realisiert worden. 2004 Legislaturziele 2006 bis 2010, Machbarkeitsstudie. 2009 Präsentation der Machbarkeitsstudie und Standortevaluation. 2010 Stadtratsbeschluss zu Machbarkeit, Raumprogramm und Standort. 2011 wurde der Projektierungskredit durch den Grossen Gemeinderat bewilligt. 2012 Durchführung des Wettbewerb für das neue Polizeigebäude. 2015 der Grosse Gemeinderat beschliesst Sparmassnahmen von 17 Millionen und den Zusatzkredit von 2,2 Millionen. 2016 Stadtratsweisung POM an den Grossen Gemeinderat. Heute ist man einen Schritt weiter. Die Beschlussfassung zu diesem Geschäft steht an. 1969 hat diese bald unendliche Geschichte begonnen – vor über 47 Jahren. Die Mehrheit des jetzigen Gemeinderates war damals noch nicht auf der Welt. Man kann es auch positiv sehen. Wenn man damals ein Polizeigebäude realisiert hätte, müsste es bereits saniert werden, zudem wäre es bereits wieder zu klein.

H. R. Hofer stellt das Projekt anhand von Plänen vor. Das Erdgeschoss ist unterteilt in einen öffentlichen Teil, auf dem Plan grün eingefärbt, einen halböffentlichen Teil, der gelb einge-

färbt ist und einen internen Teil blau eingefärbt. Der rot unterlegte Teil ist der Haftbereich. Der Besuchereingang befindet sich auf der Vorderseite des Gebäudes. In der Visualisierung zeigt sich, dass das ein helles und freundliches Gebäude geplant ist. Es erstreckt sich mit einem Lichthof über drei Stockwerke. Der öffentliche Teil dient dem normalen Umgang mit der Polizei – Einholen von Auskünften und Bewilligungen, Verlustanzeigen, Diebstahlanzeigen etc. Im internen Teil befinden sich Büros, Garderobe, Back-Office, Sitzungszimmer, WC etc. Der halböffentliche Teil kann nur in Begleitung einer Polizistin oder eines Polizisten betreten werden für Anzeigen oder Zeugenaussagen. Der Haftbereich ist klar getrennt vom halböffentlichen Teil. Damit können sich Täter und Opfer nicht begegnen, wie das heute der Fall ist. H. R. Hofer zeigt den aktuellen Zustand am Obertor 17, der sehr beengt ist. Es ist für die Opfer sicherlich absolut unzumutbar, wenn Opfer und Täter Wand an Wand und Tür an Tür befragt werden. Der interne Teil umfasst auch die Tagesgarderoben. Die Polizistinnen und Polizisten können ihr Einsatzmaterial deponieren. Zustände wie heute am Obertor gehören dann hoffentlich der Vergangenheit an. Vor dem Gebäude befinden sich Velo- und Autoabstellplätze für die Besucher, die Hundezwinger und die Abstellplätze für Motorräder und Velos der Mitarbeitenden. Autoparkplätze für die Mitarbeitenden werden keine erstellt. Im 1. OG, im halböffentlichen Teil, befinden sich Rapport- und Besprechungssaal und im internen Teil, Büros und Sitzungszimmer. Zudem ist eine Cafeteria vorgesehen. Wobei das ein hochtrabender Begriff ist. Man könnte auch Pausenraum dazu sagen mit einer Kochgelegenheit, Kühlschränken und Mikrowelle. Es ist klar, dass bei Einsatzzeiten, die bis zu 12 Stunden dauern, die Polizeimitarbeitenden sich verpflegen müssen. Die Cafeteria ist nicht bedient. Im hinteren Teil befindet sich der Haftbereich. Das ganze 2. OG befindet sich im internen Bereich, wobei die Velopolizei ihren neuen Standort ebenfalls im 2. OG haben wird. Diese ist heute im Obertor 17a untergebracht. H. R. Hofer zeigt Bilder der aktuellen Situation, die er als All-in-One bezeichnet – Büro, Garderobe und Waschgelegenheit am gleichen Ort. Im neuen Gebäude wird das 3. OG zum internen Bereich gehören ebenso das 4. OG. Es ist zu hoffen, dass die Polizei genug Büroräumlichkeiten haben wird, damit Bilder, wie sie sich heute im Schreibzimmer der Sicherheitspolizei am Obertor 17 bieten, eindeutig der Vergangenheit angehören. Im 5. OG des neuen Gebäudes ist die Einsatzzentrale geplant, der Technikraum, die Einsätze für Grossereignisse, die Büros für den Führungsstab und andere Räumlichkeiten.

Im 1. UG befinden sich die Herren- und Damengarderoben. Diese Bereiche sind durch zwei Leichtbauwände getrennt, damit man sich jederzeit den veränderten Gegebenheiten anpassen kann. In diesem Bereich herrschen heute traurige Zustände am Obertor 17. H. R. Hofer zeigt die Situation anhand von Bildern. Der Zugang zum Haftbereich befindet sich im neuen Gebäude ebenfalls im 1. UG. Die verhafteten Personen werden im Auto in die Fahrzeugschleuse gefahren, danach wird die Schleuse geschlossen. Erst dann kann der Inhaftierte das Auto verlassen. Das bietet maximale Sicherheit für die Polizistinnen und Polizisten und schliesst eine Flucht aus. Da sich der Haftbereich über 3 Stockwerke erstreckt, kann abgeschlossen werden, dass bei mehreren Festnahmen die Inhaftierten untereinander kommunizieren können. In der Tiefgarage sind die Parkplätze so angeordnet, dass die Einsatzfahrzeuge direkt bei den Treppenausgängen parkiert sind. Zudem sind die Parkfelder genügend gross. Damit wird die Alarm- und Ausrückzeit wesentlich optimiert. Nicht so wie heute. Die Plätze sind so eng, dass die Mitarbeitenden jeweils bei den Autos warten müssen, bis die Leute auf dem Parkplatz nebenan eingestiegen sind, damit sie die Türe öffnen können. Im 2. UG ist die Haustechnik untergebracht. Im internen Bereich wird die Schiessanlage im Rohbau erstellt. Die Polizei wird weiterhin im Ohrbühl ihre Schiessübungen abhalten. Angedacht ist auch ein Trainingsraum für die Selbstverteidigung. Auch dieser Raum wird im Rohbau erstellt, trainiert wird bis auf weiteres am Deutweg. Ebenfalls im 2. UG befinden sich der Waffen- und Munitionskeller und andere Lagerräume. H. R. Hofer zeigt einen Schnitt durch das ganze Gebäude. Der Bau aus der Sicht der Stadtpolizei Winterthur: Das Gebäude hat die richtige Grösse. Alle in den bisherigen Gebäuden verstreut untergebrachten Mitarbeitenden der Stadtpolizei haben im neuen Polizeigebäude Platz. Die Bauweise gewährt grosse Flexibilität und kann auf einfache Art und Weise den sich ändernden Bedürfnissen angepasst werden. Der Bau ist einfach und gut strukturiert. Weil er nicht viele Ecken und asymmetrisch angeordnete Wände aufweist und zudem gut erschlossen ist, können auch die Betriebskos-

ten reduziert werden. Zu erwarten ist ein funktionales bescheidenes aber innovatives neues Polizeigebäude an polizeitaktisch guter Lage. Es bietet beste Voraussetzungen für bewährte und professionelle Polizeiarbeit zu Gunsten der Sicherheit aller Winterthurerinnen und Winterthurer. Was man nicht vergessen darf ist die Chance am Obertor. Am 3. Juli 2012 ist von der Stadtentwicklung die Testplanung Obertor in Auftrag gegeben worden. Klar ist, dass das ganze freiwerdende Gebiet viel Potential hat. Aber ob dort eine Bädermoschee, ein Hotel, Ladenlokalitäten, Wohnungen oder andere Nutzungen und Ideen verwirklicht werden und entstehen, ist zum jetzigen Zeitpunkt Kaffeesatzlesen und nicht seriös vorauszusagen. Ebenso nicht seriös wäre es, wenn ein Frankenertrag eingesetzt und dieser dem Bauprojekt gutgeschrieben würde, obwohl erst etwas realisiert werden kann, wenn die Liegenschaften nicht mehr durch die Polizei belegt sind. Klar ist aber, es wird Geld zurückfliessen. Der Schlussbericht Chance Obertor kann im Internet heruntergeladen werden.

+Kredit zuhanden der Volksabstimmung: Kosten ohne Reserve: 78,9 Millionen Franken. Reserven, Unvorhergesehenes 5 %: 3,9 Millionen. Reserven Stadtrat 5 %: 4,2 Millionen. Totale Kosten inklusive Reserven 87 Millionen, abzüglich der bereits gesprochenen Projektierungskredite von 4,9 Millionen, ergibt einen zu bewilligenden Baukredit von 82,1 Millionen. Die Vorgaben des Grossen Gemeinderates sind eingehalten – 80 Millionen ohne Reserven indexiert auf den 1. April 2013. Kapitalfolgekosten, Total Abschreibungen der Bruttoinvestitionen: Hochbauten, übrige Tiefbauten und Mobilien: 1. bis im 8. Jahr 2'932'132 Franken, 9. bis 33. Jahr 2'541'382 Franken. Kapitalzins 2,5 % auf 50 % der Nettoinvestition: 1'087'500 Franken in den ersten 8 Jahren, danach 1'048'425 Franken. Sachfolgekosten 2 % der Bruttoinvestitionsausgaben: 1'740'000 Franken. Personalfolgekosten: 100'000 Franken. Es wird eine Hauswartstelle, heute heisst das Facility Manager, geschaffen. Das ist notwendig für ein solches Gebäude. Das ergibt Nettoinvestitionsfolgekosten in den ersten 8 Jahren von 5'859'632 Franken, in Steuerprozenten 2,15. In den Jahren 9 bis 33 5'429'807 Franken, in Steuerprozenten 1,99. Antrag an den Grossen Gemeinderat zuhanden der Volksabstimmung: Kredit von 82,1 Millionen für den Neubau eines Polizeigebäudes an der Obermühlestrasse 5 in Winterthur. Antrag 1: Für den Neubau eines Polizeigebäudes an der Obermühlestrasse 5 in Winterthur wird zulasten der Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens, Objekt 12833, ein Kredit von 82,1 Millionen bewilligt. Antrag 2: Der Stadtrat wird damit beauftragt, das Baugesuch vor der Volksabstimmung vorzubereiten und es unmittelbar nach Rechtskraft des gutheissenden Volksentscheids einzureichen.

In der BBK ist dieser Vorlage mit 7 zu 2 Stimmen, in der SSK mit 8 zu 1 Stimmen zugestimmt worden. Das Projekt und die Notwendigkeit eines neuen Gebäudes sind weitgehend unbestritten. Viel zu reden gab die MuKEN Geschichte. Was die BBK veranlasst hat, einen Nachtrag zuhanden des Protokolls des Grossen Gemeinderates zu schreiben: „Allfällige Reserven sollen zur weiteren Optimierung im Hinblick auf den Absenkungspfad der 2000 Watt und 1 Tonne CO<sub>2</sub>-Gesellschaft/MuKEN genutzt werden. Die BBK ist periodisch über getroffene entsprechende Entscheide zu informieren.“ H. R. Hofer versucht das möglichst einfach zu erklären. Er ist kein Planer und kein Architekt. MuKEN sind Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich. Nach dem Unfall im Kernkraftwerk Fukushima hat der Bundesrat seine Energiestrategie 2050 beschlossen. Ein grosser Anteil des Schweizerischen Energieverbrauchs erfolgt im Gebäudebereich. Die Musterverordnung „Rationelle Energienutzung von Hochbauten“ wurde bereits mehrfach überarbeitet. Die Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich 2014 sollten in den Kantonen bis spätestens 2018 in den kantonalen Gesetzgebungen umgesetzt werden, sodass sie 2020 in Kraft treten können. Jetzt haben wir das Jahr 2016. Weil man noch nicht sicher weiss, ob, wann und in welcher Form MuKEN 2014 umgesetzt wird, kann man das noch nicht Bestimmtheit erfüllen. Festzuhalten ist, dass POM in Bezug auf den Wärmeverbrauch, sprich Heizung, sehr gut abschneidet. Hoch ist im Moment der Energieverbrauch für die Kühlung. Man muss sich aber bewusst sein, dass das Gebäude 24 Stunden genutzt wird und deshalb auch nicht mit den normalen Büro- und Verwaltungsgebäuden verglichen werden kann. Allfällige Reserven, wie sie im Passus der BBK aufgeführt sind, betreffen die Mittel, die eingespart werden können, wenn zum Beispiel Aufträge an die Bauwirtschaft günstiger als budgetiert vergeben werden können oder Reserven, die bereits ausgewiesen sind. Der Projektkredit von 82,1 Millionen darf nicht überschritten

werden. Auch wenn der Antrag der BBK nur zuhanden des Protokolls ist, ist er selbstverständlich für den Stadtrat verpflichtend.

**M. Baumberger (CVP/EDU)** dankt dem Referenten H. R. Hofer. Er hat das Geschäft sehr gut dargelegt und alle wichtigen Punkte zur Sprache gebracht. Es handelt sich um ein sehr grosses Geschäft, dahingehend sind sich alle einig. Auch der Betrag ist sehr hoch. Bedauerlicherweise haben die Vorgänger das Projekt nicht schon viel früher in Angriff genommen. Deshalb liegt es jetzt an den Ratsmitgliedern das zeitnah umzusetzen. Als langjähriges Mitglied der BBK hatte M. Baumberger die Möglichkeit sich an etlichen Sitzungen mit dem Thema auseinanderzusetzen im Laufe der letzten 6 Jahre. Er ist der Meinung, dass durch die Kommissionsarbeit das Projekt verbessert werden konnte. Nach einer weiteren Runde konnten Einsparungen erreicht werden. Das ist absolut legitim. Jetzt liegt ein sehr ausgeglichenes Projekt vor, das der Polizei sehr dienlich ist. M. Baumberger erinnert die Ratsmitglieder daran, dass die arbeitsrechtliche Situation der Arbeitsplätze unhaltbar ist. Er würde fast schon der Polizei empfehlen einen guten Anwalt zu beauftragen, die arbeitsrechtliche Situation genauer zu prüfen. Es ist aussergewöhnlich, wenn das durch einen bürgerlichen Politiker empfohlen wird. Aber die Mitglieder der CVP sind Menschenfreunde. Wenn die Situation zu extrem wird, ist es angebracht, sich darüber Gedanken zu machen. Dieser Moment ist genau jetzt gekommen. M. Baumberger ist der Meinung, dass die feuerpolizeilichen Vorgaben längst nicht mehr eingehalten werden können. Auch das ist speziell, weil das ausgerechnet bei der Polizei nicht möglich ist. Einige Kollegen haben es bereits erwähnt, es geht um die Sicherheit der Stadt und die Möglichkeit, dass die Polizei die Sicherheit weiterhin gewährleisten kann, so wie sie das bereits macht. Gerade heutzutage ist dieser Neubau wichtig, weil sich einige Leute, vielleicht zu Unrecht, verunsichert fühlen. Die Menschen kommen von verschiedensten Orten nach Winterthur. Das Zusammenleben funktioniert gut. Gerade deshalb ist die Sicherheit für Winterthur ausserordentlich wichtig. Wenn sich alle sicher fühlen, ist es viel einfacher für die Menschen aufeinander zuzugehen. Das ist ein Ziel, das hoffentlich alle im Rat vertreten.

Thema MuKEEn/Energie: Der Kommissionsantrag soll protokolliert werden. M. Baumberger dankt M. Nater für diesen Antrag. Er hat diesen Aspekt eingebracht. Es ist wichtig, dass das Thema diskutiert worden ist. Das hat sicher einen Impuls gegeben, diesen Aspekt erneut anzuschauen. Glücklicherweise arbeitet im Bauamt ein ausgewiesener Experte, der sich nicht verdächtig macht, aus einer sehr bürgerlichen Ecke zu kommen. Einerseits ist er aufgrund seiner politischen Heimat unverdächtig und andererseits ist er als ausgewiesener Fachmann anerkannt. M. Baumberger kennt ihn auch über seine Arbeit und verfolgt was er macht. Die technischen Themen sind sehr wichtig. Die Stadt verfügt über einen Experten, der das Thema aufgenommen und aufgezeigt hat, dass die Ziele, obwohl sie heute noch nicht im Detail bekannt sind, erreicht werden können. Niemand weiss genau, was der Kantonsrat daraus machen wird. Das grobe Raster ist aber bekannt und kann sehr wohl erreicht werden mit gewissen zusätzlichen Massnahmen. Es ist im Sinne der Stadt Winterthur, wenn innerhalb des Kostenrahmens Verbesserungen zugunsten der Umwelt erreicht werden können. M. Baumberger ist überzeugt, dass das möglich sein wird, obwohl das Gebäude mit einem normalen Bürogebäude nicht verglichen werden kann. Ebenfalls erfreulich ist, dass der Kollege M. Nater sich um das Thema Eco gekümmert hat. Im Gemeinderat wird oft über Energie diskutiert. Das ist ein wichtiges Thema. Aber der CVP sind die Menschen wichtiger als die Energie. Deshalb ist Eco sehr wichtig, weil das Wohlbefinden der Leute, die in diesem Gebäude arbeiten, relevant ist. Die CVP gibt in Bezug auf die Produkte, die an diesem Gebäude eingesetzt werden folgendes Protokoll und hofft, dass das die zuständige Stadträtin aufnimmt: Die Handwerker und die Firmen, die an diesem Gebäude arbeiten, sollen über die Produkte, die eingesetzt werden, Rechenschaft ablegen mit Produktedeklarationen und Produktinformationen. Auch das ist ein Thema, das im Zusammenhang mit der grünen Wirtschaft sehr aktuell ist, für die Leute, die sich intensiv damit beschäftigen. Gerade in der Industrie gibt es viele Bereiche, in denen diese Forderungen bereits umgesetzt werden. Die Stadt Winterthur kann davon profitieren. Die Unterlagen werden einige Bundesordner füllen, die abgelegt werden können – zum Beispiel durch einen Praktikanten. M. Baumberger kann allenfalls einen Praktikanten in die Stadtverwaltung schicken, der diese Unterlagen ablegen

kann. Das verursacht nicht allzu viel Arbeit. Der Nutzen wäre aber gross, gerade für Leute, die weiterhin auf der Basis von Eco arbeiten. Das ist auch im Interesse der Mitarbeitenden. M. Baumberger kennt das aus seiner Arbeit. Es ist wichtig, dass vor allem in Bezug auf Farben oder Klebstoffe Produkte verwendet werden, die zwar genau gleich viel kosten aber geringere Emissionen verursachen. Es gibt Stoffe, die weniger lang ausdünsten als andere. Das ist sicherlich für die Gesundheit der Leute, die in diesem Gebäude arbeiten, ein grosser Vorteil. Für die Stadt ist es sicher sehr Interessant darüber Erfahrungen sammeln zu können, ohne dass Mehrkosten entstehen. Zusammengefasst: Die CVP/EDU-Fraktion unterstützt den Antrag 1 selbstverständlich – den Kredit von 82,1 Millionen. Wie immer wären die Fraktionsmitglieder erfreut, wenn der Bau etwas günstiger zu stehen käme, obwohl zu hoffen ist, dass noch einige Verbesserungen im Bereich der Energie möglich sein werden. Den Antrag 2 unterstützt die CVP/EDU-Fraktion ebenfalls. Sie steht auch hinter dem Wunsch, dass protokolliert wird, dass wenn möglich energetische Verbesserungen innerhalb des Budgets erreicht werden sollen. Es wird offenbar auch eine Abstimmung mit Namensaufruf gewünscht. Das wird die CVP/EDU-Fraktion selbstverständlich ebenfalls unterstützen. M. Baumberger dankt für die Unterstützung dieses Geschäfts.

**R. Diener (Grüne/AL):** Es ist bereits mehrfach erwähnt worden; der Bedarf ist ausgewiesen und muss eigentlich nicht diskutiert werden. Die Rede ist von einem Gebäude, das von der öffentlichen Hand erstellt wird mit Funktionalitäten für die öffentlichen Dienstleistungen. Die Polizei gehört dazu – wie Schulhäuser, Bauten, die der Entsorgung dienen und andere Gebäude. Es macht aus dieser Optik keinen Sinn, das Projekt abzulehnen, weil jetzt etwas auf dem Tisch liegt, das gründlich, vertieft und gut abgeklärt worden ist. Der Bau kann in einem Kostenrahmen umgesetzt werden, der vertretbar ist. Hinzu kommt, dass die Bevölkerung zum Ausbau der Polizeistellen ja gesagt hat und damit ein klares Votum für die Stärkung der Polizei in Winterthur abgegeben hat. Von daher gesehen, macht es doppelt Sinn, dass hier ein neues, vernünftiges und funktionelles Gebäude erstellt wird, das eine gute Basis für die Arbeitsplätze der Polizei darstellt. R. Diener kann die Argumente der Vorredner bestätigen. Die Zustände, die heute am Obertor herrschen, sind desolat und arbeitsrechtlich absolut grenzwertig.

Konkret zum vorliegenden Projekt: Der geplante Bau ist zweckmässig. Es ist kein Luxusprojekt. Mit dem Gebäude können die Bedürfnisse für die nächsten 20 bis 30 Jahre abgedeckt werden. Es handelt sich um einen Bau, der auch aus der ökologischen Perspektive gutgeheissen werden kann. Er genügt weitgehend den neusten und strengsten Anforderungen. Bisher wurde aber ein kleiner Negativpunkt kaum erwähnt, das ist der sehr hohe Bedarf an Elektrizität für die Kühlung. Es ist aber klar ausgewiesen, dass die Polizei spezifische Funktionen hat. Zum einen muss ein 24 Stunden Betrieb aufrechterhalten werden. Zum anderen macht die Infrastruktur im Bereich EDV einen grösseren Aufwand in Bezug auf die Kühlung notwendig als in einem normalen Verwaltungsgebäude. Es ist wichtig, dass das noch nicht mit Absolutheit in ein Gerüst wie MuKE 2014 gedrückt wird. Diese Normen sind für normale Verwaltungsgebäude gedacht. Nichtsdestotrotz ist es richtig und gut, dass die zusätzlichen Rahmenbedingungen mit dem Antrag der BBK geschaffen werden. R. Diener ist froh, dass dieser Antrag eingebracht worden ist. Damit werden Investitionen in diesem Bereich möglich. R. Diener erinnert die Ratsmitglieder daran, was aus unzähligen Studien belegt werden kann: Wenn heute nicht in Verbesserungen im Energiebereich, in die Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstosses und in die effiziente Nutzung von Ressourcen investiert wird, wird das die Stadt mittelfristig um ein Vielfaches mehr kosten. R. Diener erinnert daran, dass der Verbrauch der Elektrizität wenigstens auf eine erneuerbare Basis gestellt werden soll. Das ist auch das Ziel dieser Bemühungen, die mit dem Absenkpfad gesetzt worden sind. Das könnte mit einer Photovoltaikanlage auf dem Dach des neuen Polizeigebäudes bestens umgesetzt werden. Dort wird ein recht grosser Platz zur Verfügung stehen. R. Diener fordert Stadträtin B. Günthard-Maier auf, diesen Vorschlag mitzunehmen. Sie soll versuchen, diese Idee mit ihren Leuten gemeinsam mit Stadtwerk, das sie interimsmässig leitet, auf den Weg zu bringen. Es ist noch immer Geld vorhanden für den Bau von Photovoltaikanlagen. R. Diener ist der Meinung, dass eine so grosse Anlage für Stadtwerk rentabel sein müsste. Damit könnte ein grosser Beitrag an die Energieoptimierung geleistet werden. R. Diener gibt zu Protokoll,

dass dieser Vorschlag verfolgt werden soll. Er dankt für die Aufmerksamkeit. Die Grüne/AL-Fraktion ist für ein neues Polizeigebäude und für den Zusatzantrag.

**F. Helg (FDP):** Die verbalen Messer sind gewetzt. Das passt zum Rüstmesser oder Sparschäler, den die Mitglieder der BBK und der SSK von den Vertretern der Polizei zusammen mit einem Apfel erhielten, als das Projekt im Dezember 2012 präsentiert wurde. F. Helg hat nachgelesen, was der Sinn dieses Sparschälers ist, der bisher unbenutzt herumgelegen hat. Dieser Sparschäler ist sozusagen das Symbol dafür, dass bei diesem Projekt alles Überflüssige weggeschält worden ist. Das war der Stand im Jahr 2012. Wenn man aus der heutigen Perspektive zurückschaut auf die 4 Jahre Projektierung, ist es noch immer richtig, das Symbol Sparschäler zur Hand zu nehmen. Die Projektierung hat relativ lange gedauert. Wie man einen Apfel Schale um Schale schält, hat man auch hier Schale um Schale freilegen müssen, bis man zum fertigen Projekt gekommen ist. Es ist harzig gewesen. Manchmal hat es Rückschläge gegeben. Der Projektierungskredit musste in zwei Etappen genehmigt werden. Aber jetzt kann der Gemeinderat definitiv über das Projekt beschliessen.

F. Helg will sein Votum in 5 Punkte gliedern und erklären wieso die FDP mit Überzeugung hinter diesem Polizeigebäude steht. 1. Die Notwendigkeit des neuen Polizeigebäudes ist ausgewiesen. Die Verhältnisse am Standort Obertor sind wirklich nicht mehr zeitgemäss. Die betrieblichen Abläufe sind seit langem beeinträchtigt und die polizeilichen Aufgaben können nicht mehr optimal wahrgenommen werden. 2. Es ist anzufügen, dass die Winterthurer Bevölkerung hinter der Stadtpolizei steht. Das hat man eindrücklich gesehen bei der Abstimmung zur Aufstockung des Polizeibestandes im November 2012. 75 % der Stimmberechtigten haben ja gesagt zu einer gut dotierten Polizei. Eine Stadtpolizei in dieser Grösse benötigt auch entsprechend Platz, den das neue Polizeigebäude bieten kann. Auf einem anderen Blatt steht der Umstand, dass eine Mitte-Links-Koalition erst vor wenigen Wochen, also notabene fast 4 Jahre nach diesem Volksentscheid, eingelenkt und der Bestandes-Anpassung zugestimmt hat. 3. Die Stadtpolizei Winterthur leistet sehr gute Arbeit. Mit einem insgesamt vergleichsweise moderaten Bestand gewährleistet die Stadtpolizei die Sicherheit in der Stadt, sodass Winterthur weiterhin als sicherste Grossstadt gilt. Das ist statistisch ausgewiesen. Für eine gute Arbeitsleistung braucht es auch eine gute Infrastruktur. 4. Das Bauvorhaben erfüllt die Anforderungen der polizeilichen Arbeitsweise. Der Kommissionsreferent hat das Projekt gut vorgestellt und erklärt, wie das zukünftig funktionieren soll. Das Gebäude befindet sich an einem zentralen Standort aber doch nicht in einem dicht besiedelten Gebiet, daher sind Lärmimmissionen der ausrückenden Polizeiautos nicht so störend wie am Obertor. Der Gebäudekomplex vereinigt alle Polizeiabteilungen unter einem Dach. Der Bau ist zweckorientiert aber nicht luxuriös. Zudem können an diesem Standort Synergien genutzt werden. Unmittelbar daneben befinden sich das Feuerwehrgebäude und das Tiefbauamt mit dem Werkhof, den Werkstätten und Parkplätzen. Auch mit den energetischen Anforderungen hat sich die Kommission auseinandergesetzt. Mit der Protokollerklärung, die vorgestellt worden ist, erhält der Stadtrat den Spielraum weitere Verbesserungen im Verlauf der Realisierung anhand zu nehmen. Mit den technischen Details hat sich die Kommission wahrlich sehr ausgiebig befasst. Bei der zweiten Tranche der Projektierung hat die Kommission 36 Fragen gestellt und Antworten erhalten, beim Ausführungskredit waren es 38 Fragen und Antworten. Diese sind fein säuberlich dokumentiert im Protokoll der Kommission und können nachgelesen werden. 5. Finanzen: Das Kostendach ist unter Berücksichtigung der Teuerung eingehalten worden. Mit anderen Worten, der Gemeinderat erhält, was er bestellt hat. Die Festlegung des Kostendachs ist ein neuer Weg. Aufgrund der Erfahrung mit anderen Grossprojekten ist bei diesem Polizeigebäude zum ersten Mal ein Kostendach festgelegt worden und zwar verbindlich, zusammen mit der Bewilligung der ersten Tranche des Projektierungskredits im Jahr 2011. Das war damals ein Antrag der FDP, der auch die Kommission und den Gemeinderat überzeugt hat. Das ist sicher der richtige Weg, selbst wenn das Damoklesschwert einer Obergrenze verwaltungsintern Kopfzerbrechen bereitet. Wenn auch in der jüngsten Vergangenheit der Bau von Schulhäusern und die Sanierung des Alterszentrums Adlergarten vorgezogen worden sind, steht jetzt in der Investitionsplanung das Finanzierungsfester offen, um endlich auch die bauliche Infrastruktur bei der Polizei anzupassen. An die SP gerichtet: Die Fragen zur Investitionsplanung sind bereits behandelt worden und zwar

im Oktober 2014. Das gehört zu den Fragen, die F. Helg erwähnt hat. Die Frage 9 lautet: Was muss in der Investitionsplanung alles verschoben oder gestrichen werden, wenn das Polizeigebäude gebaut wird? Die Kommissionsmitglieder haben eine Antwort erhalten. Man muss nicht nur Fragen stellen, sondern auch die Antworten lesen. Mit einem Ja zu dieser Vorlage, das hoffentlich überzeugend ausfällt, kann der Gemeinderat, um auf den Sparschäler zurückzukommen, eine zweitletzte Schale abziehen. Die letzte Schale kann das Volk an der Abstimmung im November abziehen, wenn über das Polizeigebäude abgestimmt wird.

**Ch. Meier (SP)** will auf zwei Punkt, die F. Helg angesprochen hat, kurz Replik nehmen. 1. Es stimmt, dass im Oktober 2014 diese Fragen gestellt werden konnten. Die Kommissionsmitglieder haben auch eine Antwort erhalten. Aber die Situation hat sich seither verändert. Einerseits hat F. Helg gesagt, dass das Kostendach unter Berücksichtigung der Teuerung eingehalten worden sei. Das kann man sehen wie man will. Veränderungen innerhalb des Kostendachs: Die Sanierung des Werkhofs des Tiefbauamtes war ursprünglich in diesem Kostendach enthalten. Das ist jetzt nicht mehr der Fall. Diese Sanierung hat der Gemeinderat mit einem separaten Kredit an der letzten Sitzung bewilligt. So gesehen hat sich am Kostendach etwas verändert. Es gibt noch eine weitere wesentliche Veränderung. Seit Kurzem ist bekannt, dass die Stadt bis 2030 Schulraum für zusätzliche 100 Schulklassen schaffen muss. Das beeinflusst den gesamten Investitionsbedarf für die nächsten Jahre. Soviel zur Replik an F. Helg.

Heute wird über ein Projekt gesprochen, das in vielen Punkten und nach längerem Hin und Her, solide daher kommt. Die Kommissionsmitglieder konnten eine grosse Anzahl Fragen stellen und haben eine grosse Anzahl Antworten erhalten. Kollege F. Landolt wird auf den grössten Teil dieser Punkte eingehen. Vor allem Fragen zu baulichen, betrieblichen und ökologischen Punkten sind beantwortet worden. Wo aber tatsächlich die Antworten ausgeblieben sind, das sind die Fragen, die sich auf den Investitionsplanfond bezogen haben. Man wollte oder konnte nicht sagen, welchen Einfluss der Kredit für das POM auf die Investitionsplanung der nächsten Jahre hat. Zurzeit liegt dem Gemeinderat eine Investitionsplanung vor, die bis ins Jahr 2019 geht. Bis 2019 sind für den Bau des Polizeigebäudes 21,8 Millionen eingestellt. Das ist immerhin mehr als Drittel der Investitionen im Allgemeinen Verwaltungsvermögen. Welche Tranchen darüber hinaus vorgesehen sind, ist im Moment nicht bekannt. Die SP hat mit Erstaunen festgestellt, dass die bürgerliche Ratsseite offensichtlich bereit ist, die wichtigen Fragen nach dem Investitionsplanfond einfach zu ignorieren und nach dem Prinzip Augen zu und durch zu leben. Für die SP geht das nicht. Man muss wissen, welchen Einfluss der Bau des POM auf die anderen wichtigen und dringlichen Investitionen der Stadt haben wird. Die SP-Fraktion ist nicht gegen das Gebäude. Die Polizei konnte an diversen Sitzungen plausibel, verständlich und nachvollziehbar erklären, wieso der Bedarf gegeben ist. Die Präsentation von H. R. Hofer hat das gezeigt. Über diese Bilder muss gar nicht gesprochen werden. Das ist klar. Aber die SP-Fraktion will wissen, welche Konsequenzen das Projekt haben wird und wäre bereit, das seriös anzuschauen. Das würde heissen, dass man noch kurze Zeit abwartet, bis der Voranschlag 2017 auf dem Tisch liegt, bis man besser weiss, welche Investitionen für die nächsten Jahre aufgelegt und vorgesehen sind. Da diese Zahlen nicht vorliegen, fühlt sich die grosse Mehrheit der SP-Fraktion gezwungen, den Kredit abzulehnen.

**M. Wäckerlin (GLP/PP)** kann nur wiederholen, was er bereits gesagt hat. Winterthur hat ein Finanzproblem. Angesichts der Finanzen liegt dieses Polizeigebäude schlicht und einfach nicht drin – nicht in dieser Höhe. Es müsste ungefähr um den Faktor 2 günstiger sein. Dann würde es in den Investitionsplan passen. Aber so wie das jetzt ist, geht es nicht. Der Stadtrat will 54 Millionen Franken pro Jahr investieren. Das Polizeigebäude schwingt oben aus. Das Resultat hat man bereits gesehen. M. Wäckerlin spricht vor allem die rechte Ratshälfte an. Es wird erneut diskutiert werden müssen, ob die Steuern um 2 % erhöht werden müssen, weil das Polizeigebäude so viel kostet. M. Wäckerlin wird ganz sicher nein stimmen und zwar aus einem einfachen Grund, nicht weil er den Bedarf nicht anerkennt, den sieht er durchaus ein, sondern weil es viel zu teuer ist.

**M. Nater (GLP/PP):** Ein Polizeigebäude erfordert auch immer eine Kosten/Nutzabwägung. Vom Stadtrat ist sehr gut aufgezeigt worden, wo die Kosten entstehen, aber auch wo der Nutzen ist. M. Nater dankt dem Stadtrat und den entsprechenden Mitarbeitern. Die Kosten von 82,1 sind gerechtfertigt, so wie das H. R. Hofer aufgezeigt hat. Auch aufgrund der Spezialfunktionen, die im Gebäude notwendig sind, sind die Kosten nachvollziehbar. Der Nutzen ist sicher, dass die Arbeitsbedingungen der Polizei markant verbessert werden, und dass das neue Gebäude die arbeitsrechtlichen Vorgaben entsprechend erfüllt. Die Polizeiarbeit kann dadurch dezent, koordiniert und sicherer durchgeführt werden. Was ebenfalls ein wichtiger Punkt ist; die Privatsphäre kann bei heiklen Themen besser gewahrt werden. Für die Bevölkerung wird das neue Gebäude und damit auch Polizei sichtbarer werden, gerade mit der Glasfassade, die auch eine Offenheit präsentiert. Das wird auch eine Verpflichtung sein für die Polizei, weiterhin diese Offenheit zu leben und entsprechend der Bevölkerung zu zeigen. Das neue Gebäude ist eine Visitenkarte für Winterthur – so es denn gebaut wird. Gerade als Arbeitgeberin sendet die Stadt ein Zeichen nach aussen. Die Polizeimitarbeiter werden eher in diesem neuen Gebäude arbeiten wollen, als im Gebäude am Obertor. Die GLP wünscht sich, wenn der Kredit angenommen wird, ein gutes Projektmanagement. Das heisst die Kosten sollen nicht einfach eingehalten werden. Es muss versucht werden, Minderkosten herauszuholen, damit das Kostendach entsprechend unterschritten wird. Ein Punkt ist, dass die Nutzer in der Projektleitung vertreten sein müssen, damit ein dauernder Austausch gewährleistet ist und es keine Überraschungen gibt. Was ebenfalls ganz wichtig ist, das hat auch Stadträtin B. Günthard-Maier erwähnt, die Stadt muss darauf achten, dass mit den Liegenschaften am Obertor ein guter Ertrag erwirtschaftet werden kann. Es handelt sich um eine gute Lage in guter Umgebung. Das muss man nutzen, damit die Finanzen entsprechend verbessert werden können. Die Grünliberalen freut es, dass die energetischen Vorschriften mit einbezogen werden. MuKE 2014 kann, so wie es jetzt aussieht, umgesetzt werden. Das ist eine Voraussetzung für den Weg zur 2000 Watt Gesellschaft. Damit können auch die Betriebskosten tief gehalten werden. M. Nater dankt M. Baumberger, dass er das entsprechend unterstützt hat. Es ist schade, dass er sich verabschiedet. Seine lieben Spitzen und christlichen Bemerkungen werden im Rat ziemlich sicher vermisst werden. Die GLP wird die Anträge 1 und 2 des Stadtrates annehmen und dem Kredit von 82,1 Millionen zustimmen.

**F. Landolt (SP)** wird kurz die Meinung einer Minderheit der SP-Fraktion erläutern. Die Bedenken der SP sind finanzieller Art – finanztechnischer Art. F. Landolt will noch zwei Faktoren einbringen, die für das Polizeigebäude sprechen. Das führt dazu, dass eine Minderheit in der Fraktion dem Antrag des Stadtrates zustimmen wird. Das Votum kann F. Landolt mit den gleichen Worten beginnen wie das Votum in der Diskussion zum Projektierungskredit vor eineinhalb Jahren. Die SP vertritt eine durchgehende Haltung zu diesem Projekt. Erst wenn plausibel und transparent dargelegt wird, dass das Gebäude betrieblich, baulich, funktional und ökologisch gut durchdacht ist und eine gewisse Zukunftsfähigkeit beinhaltet, kann die SP zustimmen. Nach dem leichten Dämpfer vor etwa eineinhalb Jahren, als das vorgelegte Projekt nicht diskutiert werden konnte, hat die Projektorganisation und die Entwicklung eine positive Wende genommen. Heute liegt ein Projekt vor, das solide ist. Es ist nicht übertrieben und es ist funktional. Die Beziehungen stimmen. Die grossen Abläufe und die Logistik stimmen. Es gibt eine Adressbindung am neuen Standort. Das ist ganz wichtig. Eine Adressbindung auch für Winterthur. Mit dem Zusatz zu den ökologischen Anstrengungen, MuKE, ist das Projekt auch in Bezug auf die Nachhaltigkeit tolerabel. Was man nicht so genau weiss und im Moment auch nicht beurteilen kann, ist, ob das Gebäude in 20 Jahren noch immer gross genug sein wird. Das sei dahingestellt. Die Flächen sind reduziert worden. Ob das Gebäude noch genügend Raum bieten wird für die Polizei, wenn die Einwohnerzahl auf 130'000 angewachsen ist, sei dahingestellt. Aber das würde F. Landolt gerne so zu Protokoll geben. Der zweite Faktor ist völlig unbestritten. Die Bedingungen am Obertor sind nicht nur aus sicherheitstechnischen Überlegungen, sondern auch aus arbeitshygienischen Überlegungen und aus arbeitsrechtlichen Überlegungen prekär und nicht tolerabel. Das führt zu einem starken Druck. Diese Arbeitsbedingungen stellen ein Sicherheitsrisiko dar. Das ist ganz klar. Wenn die Polizei aus einem gefangenen Hof einen Einsatz starten muss, kann die Ausfahrt

blockiert werden. Zusammenfassend: Eine kleine Minderheit der SP-Fraktion wird aus diesen Überlegungen heraus zustimmen. Es ist ein solides Projekt, es ist durchdacht und hat eine gewisse Zukunftsfähigkeit. Der Leidensdruck am Obertor ist zudem sehr gross.

**H. R. Hofer (SVP):** Als erstes stellt die SVP den Antrag über das Geschäft unter Namensaufruf abzustimmen. Die Winterthurer und Winterthurerinnen dürfen wissen, wem die Sicherheit am Herzen liegt. Zur Frage von F. Landolt: Das Gebäude bietet Platz für 250 Arbeitsplätze. Das ist besprochen worden. Wenn die Stellenaufstockungen im gleichen Rhythmus weiter gehen wie in den letzten 20 oder 30 Jahren, wird das Polizeigebäude für die nächsten 30 Jahre genügen. H. R. Hofer bemüht sich immer, kurze Voten zu halten. Das gelingt ihm heute nicht ganz. Er lüftet kein Geheimnis, wenn er sagt, dass die SVP den Antrag für den Neubau eines Polizeigebäudes unterstützt. Der Bedarf ist seit langem ausgewiesen. Der Ist-Zustand ist katastrophal und der Stadt Winterthur nicht würdig. An der letzten Sitzung, am 4. Juli 2016, hat der Gemeinderat beschlossen, dass der Personalbestand der Polizei erhöht und der Volkswille aus der Abstimmung vom 25. November 2012 endlich umgesetzt wird. H. R. Hofer erinnert daran, dass Winterthur die mit Abstand geringste Polizeidichte von allen vergleichbaren Städten hat, das heisst am wenigsten Polizisten pro Einwohner. Gleichwohl gilt Winterthur als sicherste Grossstadt. Das zeigt, dass sehr gut und effizient gearbeitet wird. Das verdient den Dank des Gemeinderates und eine entsprechende Würdigung. Wenn man die Bilder vom Obertor gesehen hat, H. R. Hofer kann versichern, dass nichts retuschiert oder hineinkopiert worden ist, muss allen klar sein, dass dringender Handlungsbedarf besteht. Für diejenigen, die das nicht glauben, kann die zuständige Stadträtin B. Günthard-Maier sicher eine Führung organisieren. Am 23. Juni 2015 ist vom Arbeitsinspektorat eine Kontrolle durchgeführt worden. H. R. Hofer zitiert einige Massnahmen, die festgehalten worden sind: Die Arbeitsräume in der Liegenschaft Badgasse 6 im 1. und 2. OG, die während mehr als zweieinhalb Tage pro Woche genutzt werden, gelten als Räume mit ständigen Arbeitsplätzen und müssen natürlich belichtet werden. Die gesamte Fensterfläche muss ein Achtel der Bodenfläche des Raumes oder des Bereichs mit ständigen Arbeitsplätzen betragen. Ansonsten sind zusätzliche Kompensationsmassnahmen umzusetzen. Der Flächenbedarf für Büroarbeitsplätze in Einzel- oder Mehrpersonenbüros der Liegenschaft Obertor 13, 15, 17 und Badgasse 6 haben den gesetzlichen Vorgaben zu entsprechen. In kleineren Büros mit bis zu drei Personen soll die Mindestfläche je Arbeitsplatz einschliesslich allgemein üblicher Revidierung der Regelfläche und der anteiligen Verkehrsfläche im Raum mindestens 10 m<sup>2</sup> betragen. Für den Flächenbedarf in Gruppenbüros gilt folgendes: Für die Unterbringung der ersten 2 Personen 18 m<sup>2</sup>, für jede weitere Person 6 m<sup>2</sup>. Die Grundflächen der Garderobenräume in der Liegenschaft Obertor 15 und 17 sind so zu bemessen, dass auch bei geöffneten Schranktüren genügend Platz zum Umziehen zur Verfügung steht – mindestens 0.8 m<sup>2</sup> pro Person. Es sind Sitzgelegenheiten zur Verfügung zu stellen. In der Liegenschaft Obertor 15 und 17a sind für die Mitarbeitenden mit stark verschmutzender Tätigkeit oder die Dienstuniformen tragen, abschliessbare Garderoben zum Umziehen einzurichten. In der Liegenschaft Obertor 17a sind für die Mitarbeitenden in der Anzahl und Gestaltung nach Geschlechtern getrennte WC-Anlagen einzurichten. Das sind alles Beanstandungen und Forderungen, die im jetzigen Polizeigebäude nicht erfüllt sind. Es wäre spannend zu wissen, wie die linke Ratsseite reagieren würde, wenn so ein Bericht eine soziale oder schulische Institution betreffen würde. Höchstwahrscheinlich wären die Räume bereits seit Jahrzehnten saniert oder noch wahrscheinlicher durch einen Neubau ersetzt worden.

Zur Finanzierbarkeit: 80 Millionen sind eine Riesenkiste – auch für die SVP. Aber man muss auch sehen, dass wir im Moment im Zeitalter von Negativzinsen leben. Das bedeutet, wenn die Stadt 80 Millionen aufnimmt, erhält sie eine halbe Million zurück. Natürlich, die Verschuldung steigt um den Betrag, der aufgenommen wird. Aber dafür erhält die Stadt als Gegenwert ein neues Polizeigebäude. Man könnte den Geldrückfluss der frei werdenden Liegenschaft ebenfalls in die Rechnung aufnehmen. Darauf verzichtet H. R. Hofer, weil kein verlässlicher Betrag genannt werden kann. Der langen Worte kurzer Sinn; die SVP sagt ja zum neuen Polizeigebäude und will den Polizistinnen und Polizisten endlich eine ihrer Leistung entsprechende Infrastruktur zur Verfügung stellen. Die SVP unterstützt sämtliche Anträge.

**M. Bänniger (EVP/BDP):** Die EVP/BDP-Fraktion spricht sich für die Annahme dieser Weisung aus. Die Diskussionen in den vergangenen Jahren waren ergiebig. Heute liegt eine Vorlage vor, der man mit gutem Gewissen zustimmen kann. Es muss etwas getan werden. Die Arbeitsplatzsituation für die Mitarbeiter der Stadtpolizei ist alles anderen als komfortabel und sicher nicht mehr zeitgemäss. Der Zusammenschluss aller Standorte in einem Gebäude bringt eine Effizienzsteigerung und zudem kurze Arbeitsabläufe. Der gewählte Standort ist zentral in unmittelbarer Gehdistanz zur Altstadt, für die Bevölkerung gut erreichbar und verkehrstechnisch vorteilhafter für die Polizei. Auch die geplanten zukunftsorientierte und durchdachte Bauweise und der Zusatz der BBK lassen auf eine positive Lösung im Bereich Energieverbrauch schliessen, sodass das neue Gebäude bei der Eröffnung die dann aktuellen energetischen Vorgaben erfüllen wird. Die EVP/BDP-Fraktion ist überzeugt, dass die Stadtverwaltung innovative und gewinnbringende Nutzungen für die freiwerdenden Räumlichkeiten finden wird. Die Fraktion schaut diesem Punkt positiv entgegen und freut sich bereits heute über neue und frische Nutzungskonzepte. Den Fraktionsmitgliedern ist bewusst, dass grössere Projekte im Bereich Schulhäuser auf die Stadt zukommen. Auch diese müssen finanziert werden. Es ist klar, Sicherheit wird grundsätzlich nicht nur mit einem neuen Polizeigebäude gewährleistet. Die Arbeit im Bereich der öffentlichen Sicherheit bedingt, dass die verschiedenen Departemente konstruktiv zusammenarbeiten und die Mittel ausgeglichen verteilt werden. Die EVP/BDP-Fraktion ist überzeugt, dass das neue Polizeigebäude die Arbeit der Stadtpolizei unterstützen wird. Es ist aber eine parlamentarische Aufgabe, zu schauen, dass die finanziellen Mittel der Stadt weiterhin gleichmässig auf Bildung, Kultur, Technische Betriebe, Dienste, Transport etc. verteilt werden, damit Winterthur eine attraktive Stadt bleibt, in der man gerne zusammen lebt.

**D. Oswald (SVP):** Einzelne Mitglieder der SP-Fraktion haben erklärt, dass von den Befürwortern die finanzielle Situation der Stadt ignoriert werde. Das stimmt nicht. Dass die finanzielle Situation der Stadt Winterthur angespannt ist, dessen ist sich auch die SVP-Fraktion bewusst. Sie hat aber Prioritäten gesetzt. Sicherheit bedeutet schlussendlich auch, dass das Gewaltmonopol in der Hand der Öffentlichkeit bleibt. Das heisst die Sicherheit ist eine Kernaufgabe der Stadt, der öffentlichen Hand. Das hat die gleich hohe Priorität wie die Schulhäuser. Es ist bekannt, dass in der Vergangenheit für Schulhäuser viel Geld ausgegeben worden ist. Mit weniger Geld hätte gleichviel Schulraum gebaut werden können. Die SVP-Fraktion ist überzeugt, dass nach wie vor in anderen Bereichen keine Prioritäten gesetzt werden, wenn das Geld nicht ausreicht. Die Ratsmitglieder wissen, welche Pläne im Bereich Altersheim auf lange Zeit hinaus bestehen. Der SVP sind diese Ansprüche bewusst. Genau darum geht es. Jetzt soll die Diskussion um andere Themen lanciert werden. Damit kann die Betroffenheit in der Bevölkerung geschürt werden etc. Das ist schlussendlich die Taktik, die dahinter steht. Damit lässt sich erklären, wieso die SP die Investitionsschiene fährt. Das ist auch in Leserbriefen und Aussagen von gewissen Politikern zum Ausdruck gekommen. Diese Diskussion ist im Zusammenhang mit dem Polizeigebäude geführt worden. Es ist ganz klar. Der Gemeinderat wird weiterhin über die finanzielle Situation reden und Prioritäten in der Investitionsplanung setzen müssen. Das gilt aber nicht nur für die Investitionsplanung. Auch für den allgemeinen Aufwand müssen nach wie vor Gelder freigeschaufelt werden, wenn zum Beispiel Investitionen in die Altersheime getätigt werden sollen. Aber die SP versucht, das mit Störmanövern zu verhindern. D. Oswald freut sich, dass eine Minderheit der SP-Fraktion die sicherheitspolitische Situation klar beurteilt und den Mut hat, sich gegen die Mehrheit zu entscheiden und für das Polizeigebäude einzutreten.

**K. Cometta (GLP/PP):** Es ist bereits erwähnt worden, der Bedarf für ein neues Polizeigebäude ist seit knapp 50 Jahren ausgewiesen. Das ist unbestritten. Die Arbeitsbedingungen am jetzigen Standort sind desolat. Das ist nicht nur eine Frage des Arbeitsrechts, sondern auch eine Frage der Motivation der Polizistinnen und Polizisten. Der Job auf der Strasse ist genug hart. Zumindest wenn man zurück ist im Gebäude, besteht ein Anrecht auf angemessene Bedingungen. Die Mitarbeiterumfrage bei der Stadtpolizei hat recht schlechte Ergebnisse ergeben. Das Gebäude ist sicher ein wichtiger Punkt dabei. Die Stadtpolizei hat es

nötig, als attraktive Arbeitgeberin aufzutreten. Schliesslich herrscht Personalmangel. In diesem Zusammenhang zirkuliert ein Postulat zum Thema attraktive Anstellungsbedingungen bei der Stadtpolizei. Es geht dabei um Teilzeitstellen. Es ist erstaunlich, dass ausgerechnet K. Cometta, die keine Gewerkschafterin ist, eine Lanze brechen muss und dass dieses Thema von den gewerkschaftlichen Vertretungen nicht in genügendem Mass anerkannt wird. Betroffen sind aber nicht nur das Arbeitsrecht und die Arbeitsbedingungen. Auch der ganze Arrestbereich ist unzulänglich. Dort werden Menschenrechte verletzt. Es ist bereits gesagt worden: Die Besucherströme sind nicht geregelt. Opfer treffen auf Täter. Wenn K. Cometta eine normale Diebstahlanzeige aufgeben will, kommt es vor, dass ihr jemand in Handschellen entgegenkommt. So soll es nicht sein.

Die Lage am Obertor ist mehr als suboptimal. Die Liegenschaft befindet sich mitten in den Anwohnern, mitten in den Altstadtbesuchenden. Auch die Zufahrtswege sollten anders sein. Jetzt liegt eine gute Lösung an einem guten Ort vor. Das Gebäude liegt zentral ohne zu stören. Das Raumkonzept überzeugt und vor allem ist es flexibel. Dankt dem Skelettbau und der kompakten Erschliessung wird man in Zukunft Veränderungen am Gebäude vornehmen können. Es ist sinnvoll, dass der Schiesskeller im Rohbau erstellt wird. Im Moment kann sich die Stadt einen Ausbau nicht leisten. Das ist klar. Aber es zeugt von einer vorausschauenden Planung, wenn man sich diese Optionen nicht verbaut. Das versucht die GLP immer wieder in Bezug auf ein Tram umzusetzen. Man soll sich die Optionen nicht verbauen. Die GLP erhofft sich vom Standort zahlreiche betriebliche Synergien. Vor allem bessere Abläufe innerhalb der Polizei, bessere Kommunikationswege aber auch Synergien mit der Nachbarschaft. Immerhin befinden sich die Feuerwehr und der Werkhof nebenan. Die Garagen können gemeinsam genutzt werden. Man kann zusammen Sport treiben und sich teilweise auch gemeinsam verpflegen. Die GLP erwartet, dass künftig weitergedacht und geprüft wird, wie weiter optimiert werden kann. Das ist ein stetiger Prozess. K. Cometta ist zuversichtlich, dass weitere Ideen umgesetzt werden können. Der Energieverbrauch ist bereits angesprochen worden. Selbstverständlich nimmt die GLP den Volksauftrag zur 2000 Watt Gesellschaft ernst. Deshalb ist es erstaunlich, dass es einen grünliberalen Antrag braucht, damit wenigstens die gültigen Standards, beziehungsweise die Standards, die dann gültig sein werden, eingehalten werden. Nichtsdestotrotz, die GLP ist zuversichtlich, dass die Hausaufgaben weiterhin gemacht werden. Es ist klar, die GLP wird an diesem Thema weiterarbeiten und prüfen, wie sich das im Verlauf des Projekts entwickelt. 82 Millionen, das ist sehr viel Geld. Sicherheit ist aber eine Kernaufgabe des Staates. Und, das sollten alle bereits wissen, Zuwarten macht es nicht billiger. Die Stadt hätte ein Polizeigebäude für knapp 10 Millionen bauen können. Jetzt kostet es einiges mehr. Die Chance, dass das Obertor frei wird und neu genutzt werden kann, besteht ebenfalls. Die Frankenbeträge sind zwar nicht bekannt, aber sicher ist, dass es Erträge geben wird. Am Obertor wünscht sich K. Cometta eine hohe Rendite und vor allem neue Arbeitsplätze.

**Stadträtin B. Günthard-Maier:** Es ist eigentlich alles gesagt. Nach 50 Jahren Vorlaufzeit ist das auch kein Wunder. Trotzdem, aufgrund der Relevanz des Geschäfts kann es sich die zuständige Stadträtin nicht nehmen lassen, zwei, drei Worte zu sagen. Zu Beginn etwas, das noch niemand gesagt hat, weil die Ratsmitglieder das nicht wissen können: Stadträtin B. Günthard-Maier hat für Winterthur eine Vision, wie sie die Stadt auf der Schweizer Landkarte sieht. Für die Stadträtin ist Winterthur eine ausserordentlich lebendige, bodenständige und attraktive Stadt. Vielleicht hat das jemand bereits gelesen. Stadträtin B. Günthard-Maier vergleicht Winterthur immer wieder mit Brooklyn. Sie besucht im Moment andere Grossstädte und will sich ein Bild machen. Stadträtin B. Günthard-Maier ist aufgefallen, dass Winterthur gewisse Parallelen hat zu Brooklyn. Beide Städte sind arm und unterschätzt. Brooklyn und Winterthur stehen im Schatten von grösseren, mächtigeren Schwerstern. Brooklyn hatte vor ca. 20 Jahren zusätzlich noch Sicherheitsprobleme. Das hat Winterthur nicht. Winterthur ist die sicherste Grossstadt in der Schweiz. Aber auch Winterthur muss sich anstrengen, damit dieser Stand gehalten werden kann. Winterthur hat wie Brooklyn und New York mit finanziellen Herausforderungen zu kämpfen und wird häufig unterschätzt. Wenn man sich vor Augen führt, was Brooklyn vor 20 Jahren in Bezug auf das Sicherheitsproblem unternommen hat, stellt man fest, dass einerseits in die Sicherheit investiert wurde, damit die Zi-

vilgesellschaft geschützt werden kann. So konnten die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit sich die Zivilgesellschaft entwickeln kann. Das persönliche Engagement, die Kreativität und die Anzahl Kaufläden und Beizen sind inzwischen richtiggehend explodiert. Brooklyn hat sich nicht nur für die Einwohner, sondern auch für die Touristen zu einem attraktiven, wenn nicht zum attraktivsten Stadtteil von New York entwickelt. Daran glaubt Stadträtin B. Günthard-Maier auch in Bezug auf Winterthur. Sicherheit muss in Winterthur nicht erst geschaffen werden, aber man muss dafür sorgen, dass sie erhalten bleibt. Die Stadträtin ist überzeugt, dass in Winterthur ausserordentlich gute Voraussetzungen gegeben sind für zivilgesellschaftliches Engagement, für Kreativität, für Beizen und Läden, die die Stadt bereichern. POM leistet einen guten Beitrag für beides. Das neue Gebäude leistet einen Beitrag an die Sicherheit. Auch wenn sich die Polizei sehr viel Mühe gibt, sich nicht frustrieren zu lassen von den aktuellen Arbeitsbedingungen, sind diese frustrierend. Früher oder später kann man einen negativen Effekt auf die Sicherheitsdienstleistungen nicht mehr verhindern. Zudem kann mit dem neuen Polizeigebäude, mit dem Umzug der Stadtpolizei aus den attraktiven Räumen am Obertor, ein positiver Impuls für die Stadtentwicklung entstehen. Dort kann Freiraum freigespielt werden. Man kann dort Wohnen und Arbeiten. Es können neue Restaurants und vielleicht im alten Badehaus wieder eine Bädermoschee entstehen. Der Innenhof bietet zudem viele Möglichkeiten. Wenn man sich das angesehen hat, beginnt man wirklich zu träumen. POM kann auf verschiedenen Ebenen einen positiven Impuls geben für die Stadt Winterthur.

Zu den harten Fakten: Der Bedarf ist mehr als ausgewiesen. Die Arbeitsbedingungen sind schlecht. Nicht einmal die Arbeitsplatzvorschriften werden eingehalten. Die Büros gleichen Hasenställen, die Gänge sind vollgepfert mit Schränken und Material, weil man zu wenig Platz hat. Stadträtin B. Günthard-Maier hat die Räume letzten Freitag erneut angeschaut. Es ist, man muss das sagen, einfach eine Schande. Die Situation ist wirklich peinlich. Die Voraussetzungen für gute Arbeitsprozesse sind schlecht. Es sind 6 Liegenschaften und es stehen nur zwei Sitzungszimmer für gut 200 Mitarbeitende zur Verfügung. Das sind wirklich keine annehmbaren Arbeitsbedingungen. Die Bedingungen für gute Dienstleistungen sind schlecht. Wenn man am Schalter im Obertor 17 etwas melden will, steht im Rücken unter Umständen die Nachbarin, ein eigener Schüler oder gar ein Erzfeind. Diese Personen können zuhören was besprochen wird. Es kann sein, dass die Polizei den Dieb hereinführt, wenn man einen Handtaschenraub anzeigen will. Das kann sogar erfreulich sein. Aber bei der Thematik Gewalt sieht das anders aus, wenn Opfer und Täter Tür an Tür befragt werden. Das ist unhaltbar. Die Lage ist schlecht. Das ist gesagt worden. Die Polizei kommt kaum aus dem Hof. Einerseits weil das Obertor als Fussgängerzone voll Leute ist, andererseits aufgrund der Verkehrslage. Wenn man aus dem Hof fährt, kommt man in die General-Guisan-Strasse, die in den Stosszeiten verstopft ist. Die Stadtpolizei kann deshalb je länger desto weniger die Einsatzzeiten einhalten. Die Kennzahlen sind bekannt. Auch das ist erwähnt worden. Der unvermeidliche Lärm, der durch den Polizeibetrieb entsteht, stört die Anwohnenden. Stadträtin B. Günthard-Maier erhält immer wieder Mails und Reklamationen von Anwohnenden und Anwälten, die sagen, dass es so nicht geht. Die Stadträtin muss ihnen eigentlich Recht geben.

Die Stadträtin hat die Daten für Führungen bereits durchgegeben. Wenn jemand seiner Partei oder seinem Verband zeigen will, wie es am Obertor aussieht, können die Termine bei der Stadträtin erfragt werden. Sie hat einige Termine freigeschaufelt und kann an einigen Führungen dabei sein. Das Ziel ist, dass einerseits gute Arbeitsbedingungen für die Polizistinnen und Polizisten und die Verwaltungsmitarbeitenden geschaffen werden. Das unterstützen alle, die sich für Arbeitnehmerinteressen einsetzen. Andererseits wird ein Beitrag an die Sicherheit geleistet. Dieses Anliegen unterstützen alle, denen die Sicherheit wichtig ist. Das ist mehrfach zitiert worden. Etwa dreiviertel der Stimmbevölkerung spricht sich immer wieder für Sicherheit und für die Stadtpolizei aus. Man will auch effiziente Arbeitsprozesse. Dafür sind alle, die Fan sind von Effizienz. Die Stadträtin gehört dazu und sicher auch die Steuerzahler, die Wirtschaftsvertreter, die Arbeitgeber und alle, die diese Thematik kennen. Gute Dienstleistungen für die Kunden und Kundinnen sind ein weiterer Punkt. Das geht alle an. Alle können, sollen oder müssen vielleicht einmal mit Polizei zu tun haben. Die Stadträtin hat diese Dienste bereits einige Male in Anspruch nehmen müssen oder dürfen. Im Weiteren

geht es auch um die passende Lage. Die Polizei muss rechtzeitig starten können. Das geht sicher alle früher oder später an. Die Lösung, um diese Ziele zu erreichen, ist das Projekt „Bobby“, ein architektonisch schöne Projekt – abgekürzt POM, Polizei an die Obermühlestrasse – oder POM der Apfel, deshalb auch der Sparschäler. Das Gebäude kann alle Fliegen auf einen Schlag treffen. In den Augen der Stadträtin wirkt das Gebäude, auch wenn es viel Geld kostet, bescheiden. Die Fassade ist bescheiden. Es gibt keine glänzende, übertriebene Marmor- oder Goldfassade. Darüber ist die Stadträtin froh, das passt zu der bescheidenen Winterthurer Mentalität. Der Bau ist massgeschneidert auf die polizeilichen Bedürfnisse. Er berücksichtigt die getrennten Kundenströme. Die Lage stimmt, man ist etwas am Rand und nicht mitten in einem Wohngebiet und die Feuerwehr ist in unmittelbarer Nachbarschaft. Die Anbindung an die Verkehrsachsen ist gut. Das Gebäude ist zukunftsfähig, wachstumsfähig und anpassungsfähig durch die flexible Bauweise. Die Wände können verschoben werden. Es hat Reserven für ein Wachstum von etwa 10 %. Darüber ist die Stadträtin besonders glücklich. Das Gebäude ist zudem nachhaltig und ökologisch. Die Lösung ist massgeschneidert und geht in Richtung WINERGIE 2050, was von der Stimmbevölkerung gutgeheissen wurde. Stadträtin B. Günthard-Maier gibt zu Protokoll, dass sie dem Antrag der BBK sehr gerne stattgeben wird. Sie ist froh, wenn das im Protokoll steht und den Stadtrat dazu verpflichtet, dass er in dieser Richtung weiterarbeitet. Stadträtin B. Günthard-Maier ist nicht nur Sicherheitsvorsteherin, sondern auch Umweltministerin. Der Bau gibt städtebaulich gute Impulse. Er genügt in den Augen der Stadträtin architektonisch höchsten Ansprüchen. Gerade der Kopfbau, der dominant ist, gibt dem Gebiet an der Obermühlestrasse/Teuchelweiher einen positiven Impuls. Zudem werden die Liegenschaften am Ober- tor frei. Auch hier wird es positive Impulse für die Stadtentwicklung geben.

Fazit: Das Projekt gibt gute Impulse für die Angestellten der Stadtpolizei und für die Sicherheitsdienstleistungen. Es erhält städtebaulich gute Noten und gibt gute Impulse für die Stadtentwicklung. Es ist eine Win-win-win-Situation im Brooklyn-Style, den die Stadträtin am Anfang ihres Votums erwähnt hat. Das Projekt ist lange beraten worden. Wahrscheinlich wird im Ratssaal seit 2010, seit der Projektstudie, darüber diskutiert. So weit zurück kann sich Stadträtin B. Günthard-Maier erinnern. Jetzt ist die letzte Etappe im Gemeinderat erreicht. In dieser Vorlaufzeit ist das Projekt gereift. Das haben verschiedene Ratsmitglieder festgehalten. Jetzt, nachdem so viele Gedanken investiert worden sind, ist es Zeit zu ernten. Die Ratsmitglieder können jetzt entscheiden. Der Stadtrat empfiehlt selbstverständlich ein Ja zu dieser Vorlage. Als kleiner Nachsatz: Stadträtin B. Günthard-Maier weiss, dass sich die Winterthurerinnen und Winterthurer, wie auch der Gemeinderat, einen Entscheid sehr gut überlegen. Sie weiss aber auch, dass das Winterthurer Stimmvolk, wenn es sich einen Entscheid gut überlegt hat, mutige Schritte in die Zukunft macht. Das hat beim Park in Neuhegi oder beim Stadtraum Bahnhof gesehen. Die Stimmbevölkerung hatte den Mut für eine Weiterentwicklung zu stimmen. In diesem Sinne freut sich Stadträtin B. Günthard-Maier auf den nächsten Schritt.

**Ratspräsidentin Ch. Leupi:** Es ist ein Antrag gestellt worden, dass die Abstimmung unter Namensaufruf durchgeführt wird. Die Ratspräsidentin lässt über den Antrag abstimmen.

**Der Rat** stimmt dem Antrag mit deutlich mehr als den erforderlichen 20 Stimmen zu.

**Ratspräsidentin Ch. Leupi** lässt über den Antrag 1 abstimmen: Für den Neubau eines Polizeigebäudes an der Obermühlestrasse 5, Winterthur, wird zu Lasten der Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens, Objekt 12833, ein Kredit von Fr. 82'100'000 bewilligt. Die Kreditgenehmigung erstreckt sich auf die mehrwertsteuersatz- und teuerungsbedingten Mehr- oder Minderkosten.

	Ja	Nein		Ja	Nein
Christoph Baumann (SP)		X	Stefan Feer (FDP)	X	
Bea Helbling-Wehrli (SP)	X		Felix Helg (FDP)	X	
Roland Kappeler (SP)		X	Urs Hofer (FDP)	X	
Regula Keller (SP)		X	Thomas Leemann (FDP)	X	
Betty Konyo Schwerzmann (SP)		X	Christoph Magnusson (FDP)	X	
Fredy Künzler (SP)		X	David Schneider (FDP)	X	
Felix Landolt (SP)	X		Markus Wenger (FDP)	X	
Christa Meier (SP)		X			
Ursina Meier (SP)		X	Katrin Cometta-Müller (GLP)	X	
Silvana Näf (SP)		X	Rahel Comfort (GLP)	X	
Maria Sorgo (SP)	X		Silvia Gygax-Matter (GLP)	X	
Markus Steiner (SP)		X	Markus Nater (GLP)	X	
Silvio Stierli (SP)		X	Annetta Steiner (GLP)	X	
Gabriela Stritt (SP)		X	Martin Zehnder (GLP)	X	
Benedict Zäch (SP)		X	Michael Zeuglin (GLP)	X	
			Marc Wäckerlin (PP)		X
Simon Büchi (SVP)	X				
Gabi Gisler-Burri (SVP)	X		Jürg Altwegg (Grüne)	X	
Matthias Gubler (SVP)	X		Reto Diener (Grüne)	X	
Michael Gross (SVP)	X		Renate Dürr-Ziehli (Grüne)	X	
Hansrudolf Hofer (SVP)	X		Christian Griesser (Grüne)	X	
Rolando Keller (SVP)	X		Doris Hofstetter (Grüne)	X	
Chantal Leupi (SVP)	-----	-----	David Berger (AL)	----	----
Urs Obrist (SVP)	X		Katrin Gander (AL)	X	
Daniel Oswald (SVP)	X				
Pacsal Rüttsche (SVP)	X		Lilian Banholzer (EVP)	X	
Doris Steiner (SVP)	X		Michael Bänninger (EVP)	X	
Werner Steiner (SVP)	X		Thomas Deutsch (EVP)	X	
Marcel Trieb (SVP)	X		Barbara Huizinga-Kauer (EVP)	X	
Zeno Dähler(EDU)	X		Franco Albanese (CVP)	X	
			Matthias Baumberger (CVP)	X	
Yvonne Gruber (BDP)	X		Klaus Brand (CVP)	X	

		Iris Kuster (CVP)	X	
--	--	-------------------	---	--

**Der Rat** stimmt dem Antrag mit 45 Ja-Stimmen zu 13 Nein-Stimmen zu.

**Ratspräsidentin Ch. Leupi** lässt über den Antrag 2 abstimmen: Der Stadtrat wird damit beauftragt, das Baugesuch vor der Volksabstimmung vorzubereiten und es unmittelbar nach Rechtskraft des gutheissenden Volksentscheids einzureichen.

**Der Rat** stimmt dem Antrag mit grosser Mehrheit zu.

**Ratspräsidentin Ch. Leupi** lässt über den Antrag der BBK zuhanden des Protokolls abstimmen: „Allfällige Reserven sollen zur weiteren Optimierung im Hinblick auf den Absenkungspfad der 2000 Watt und 1 Tonne CO<sub>2</sub>-Gesellschaft/MuKEn genutzt werden. Die BBK ist periodisch über getroffene entsprechende Entscheide zu informieren.“

**Der Rat** stimmt dem Antrag einstimmig zu.

### 3. Traktandum

#### **GGR-Nr. 2016.29: 6. Nachtrag zur Verordnung über den Finanzhaushalt der Stadt W'thur (Finanzhaushaltsverordnung) vom 31. Okt. 2005, Gliederung der Verwaltungsrechnung in Produktgruppen und Produkte**

---

**Ratspräsidentin Ch. Leupi:** Über das Geschäft kann ohne Beratung abgestimmt werden.

**M. Zehnder (GLP):** Der Antrag konnte bereits in der Kommission relativ schnell behandelt werden. Er ist mit 9 zu 0 Stimmen angenommen worden. Es geht um einen Nachtrag in der Finanzhaushaltsverordnung. Im DSS sind mehrere Reorganisationen durchgeführt worden. Diese Reorganisationen führen dazu, dass die Produktgruppen angepasst werden müssen. Der Gemeinderat musste einschreiten. Am 20. Juli 2016 haben die Mitglieder der BSKK die Unterlagen erhalten und an der Sitzung besprochen. Die Unterlagen der alten Organisation hat das DSS vorgelegt, mit dem Vermerk, was alles geändert worden ist. Es sind im Wesentlichen folgende Änderungen: Im Bereich Familie und Jugend und im Bereich Bildung sind Strukturänderungen vorgenommen worden. Stadtrat St. Fritschi hat in der Kommission erklärt, wie der Bereich Familie und Jugend als weitere Abteilung vom Bereich Bildung übernommen worden ist – das ist allerdings nicht eins zu eins der Fall. Es sind noch weitere Anpassungen vorgenommen worden im Bereich Bildung. Die Struktur ist jetzt schlanker. Die ganzen Abteilungen sind im Superblock näher zusammengerückt und neu strukturiert worden. M. Zehnder zeigt anhand einer Folie die Änderungen auf. Die neue Struktur sieht folgendermassen aus: Im Bereich Bildung sind zwei Hauptabteilungen, „Familie und Betreuung“ sowie „Pädagogik und Beratung“ gebildet worden. Die Kommissionmitglieder konnten dazu Fragen stellen. Es geht auch um ein Balance-Projekt, das weiterverfolgt wird. Wichtig für den Gemeinderat sind die beiden neuen Hauptabteilungen, diese führen dazu, dass im Buch, das Budget und Rechnung enthält, Anpassungen notwendig werden. Aus diesem Grund hat M. Zehner die synoptische Darstellung kopiert. Die erste Änderung sieht auf den ersten Blick nach einer Namensänderung aus. Ursprünglich hiess das „Familie und Jugend“ jetzt steht „Familie und Betreuung“ Neu wird viel mehr Wert darauf gelegt, dass die Betreuung abgebildet wird, mit der Konsequenz, dass neu Tagesstrukturen eingebaut werden. Ursprünglich gehörten die Tagesstrukturen zur Produktgruppe „Volksschule“ – Produkt 4. Jetzt gehört das Produkt Tagesstrukturen in die Produktgruppe „Familie und Betreuung“. Im Produkt 5 sind sowohl die Tagesstrukturen wie auch die schulergänzende Betreuung enthalten. Damit ist dieses Produkt erweitert worden. Die „Unterstützenden Dienste“, das Produkt 5 der Produktgruppe Volksschule, werden neu verteilt auf die einzelnen Produkte in der Produktgruppe Volksschule, damit gibt es nur noch 3 Produkte in der Produktgruppe Volks-

schule. Diese 3 Produkte sind grösser und bilden mehr ab, weil die unterstützenden Dienste ebenfalls darin enthalten sind. Das Produkt 3, „Schulergänzende Angebote“, der Produktgruppe Volksschule enthält neu alle Leistungen, die zusätzlich zum normalen Unterricht angeboten werden und für die ein gesetzlicher Auftrag besteht. Das heisst, diese Leistungen müssen angeboten und von der Stadt mit finanziert werden, dazu gehören der schulzahnärztliche Dienst, der schulärztliche Dienst, Schulsportangebote und Musikunterricht etc. Diese Aufzählung ist nicht unbedingt vollständig, zeigt aber auf in welche Richtung das geht. In der BSKK sind die neuen Produkte diskutiert worden. Auch im Rahmen der Budgetdebatten sind Produktgruppen angepasst worden. Einige Indikatoren sind ebenfalls geändert worden, die jetzt eine entsprechende Wirkung zeitigen und mit dem Budget 2017 zum ersten Mal abgebildet werden. Die BSKK hat mit 9 zu 0 Stimmen dem Antrag des Stadtrates zugestimmt. M. Zehnder bittet die Ratsmitglieder, ebenfalls zuzustimmen.

**Ratspräsidentin Ch. Leupi** dankt M. Zehnder für die Vorstellung der Vorlage. Wie erwähnt, ist eine Beratung nicht vorgesehen. Der Gemeinderat macht keine Einwendungen, damit hat er dem 6. Nachtrag zur Verordnung über den Finanzhaushalt der Stadt Winterthur zugestimmt.

**Ratspräsidentin Ch. Leupi:** Das Traktandum 4 ist von der Traktandenliste gestrichen.

## 5. Traktandum

**GGR-Nr. 2014.106: Beantwortung der Interpellation R. Diener (Grüne/AL), A. Steiner (GLP/PP), L. Banholzer (EVP/BDP) und Ch. Benz-Meier (SP) betr. Optimierung Velorouten Halden-Lind-Rundstr.**

---

**R. Diener (Grüne/AL):** R. Diener dankt dem Stadtrat herzlich für die Antwort zu dieser Interpellation beziehungsweise zur Situation an der Kreuzung Haldenstrasse/Lindstrasse für den Veloverkehr. Dieser Knoten wird auch vom Bus der Linie 3 auf der Hauptlinie befahren und vom Bus der Linie 10 auf der Nebenlinie. Insbesondere auf der Haldenstrasse sind die Verhältnisse sehr eng. Auf der Lindstrasse, auf der der Hauptverkehr rollt, ist die Abbiegesituation für Velofahrer sehr unbefriedigend. Diejenigen, die diesen Knoten mit dem Velo befahren, kennen die Situation. Mit dieser Anfrage sollte ein Anstoss gegeben werden, die Situation auszuloten und mögliche Verbesserungen zu prüfen, auch im Zusammenhang mit dem Umbau des Spitalareals. Zu diesem Projekt wurde ein Gestaltungsplan aufgelegt. Der Park beim Kantonsspital soll komplett neu gestaltet werden. Diese Umgestaltung soll mit in die Betrachtung einbezogen werden. Die Situation ist aus zwei Gründen sehr unbefriedigend. Zum einen sind die Strassenverhältnisse auf der Haldenstrasse sehr eng mit einem sehr schmalen, viel zu kleinen Velostreifen. Gemäss den Vorschriften müsste der Velostreifen einen halben Meter breiter sein. Auf der anderen Seite sind insbesondere die Abbieger betroffen, die vom Lindspitz her kommen und in die Lind- und danach in die Haldenstrasse fahren. Das betrifft insbesondere die Schüler der Kantonsschule, die im Hauptverkehr diesen Linksabbieger nutzen müssen, für den keine Abbiegespur vorhanden ist. Man muss sich in den Verkehr einfädeln. Dadurch entstehen schwierige und anspruchsvolle Situationen für die Velofahrer. In der Antwort wird ausgeführt, dass es nicht einfach ist, diese Problematik mit dem Linksabbieger auf der Lindstrasse elegant zu lösen. Es würde bedeuten, dass Investitionen getätigt werden müssen, sei das eine zusätzliche Spur, sei das eine Unterführung, die ins Auge gefasst werden könnte. Grundsätzlich wäre das denkbar. Von der Seite der Bahn her ist das Niveau bereits tief. Damit könnte man eine direkte Erschliessung dieses Gebietes, das heisst des Haldenareals, ermöglichen. Damit wären aber grosse Investitionen verbunden.

Enttäuscht ist R. Diener über die Antwort bezüglich der Optimierung auf der Haldenstrasse. Es ist angeregt worden, dass der Stadtrat versuchen sollte, eine Verbesserung in Bezug auf den Velostreifen im Zusammenhang mit dem geplanten Umbaus des Parks zu erreichen. Beispielsweise hätte man sehr gut den Rand des Parks versetzen können. Damit hätte man

auf der Strassenseite der Allee, zwischen dem Zaun und den Bäumen, genügend Platz für einen Velostreifen gehabt. Diese Ideen sind leider nicht weiterverfolgt worden. Die Grüne/AL-Fraktion hat den Eindruck gewonnen, dass die Gespräche, die zwischen der Stadt und dem Kanton stattgefunden haben, nicht intensiv genug geführt wurden. Sie sind nicht wirklich nachhaltig geführt worden mit dem Ziel eine Verbesserung zu erreichen. Man hat einfach von Anfang an den Eindruck gewonnen, dass das Projekt Parkgestaltung des Kantonsspitals durchgepaukt werden soll, so wie das im Richtplan aufgelegt worden ist. Man will zwar Verbesserungen für die Fussgänger schaffen, hat aber für die Velofahrer nichts gewonnen. Das ist schade. Winterthur ist eine Velostadt. Die Veloinfrastruktur soll deshalb ebenfalls verbessert werden. Wenn jetzt einseitig die Situation der Fussgänger angeschaut wird, ist das unbefriedigend und eigentlich nach dem Dafürhalten der Grüne/AL-Fraktion ungenügend. Die Fraktion ist deshalb mit der Antwort, aber auch mit dem Prozess, der danach stattgefunden hat, nicht zufrieden. Die Grüne/AL-Fraktion ist sehr enttäuscht, dass auch kleine Verbesserungen nicht möglich sind, obwohl ein konkretes Bauprojekt aufliegt und obwohl von der Stadt immer wieder zu hören ist, wenn ein konkretes Projekt vorliegt, wird die Situation geprüft und versucht Verbesserungen zu erreichen. In diesem Sinne ist R. Diener enttäuscht und unzufrieden mit der Antwort.

**A. Steiner (GLP/PP):** R. Diener hat bereits vieles ausgeführt, deshalb kann A. Steiner ihr Votum abkürzen. Wichtig ist folgender Hinweis. Seit 1999 spricht man von dieser Kreuzung. In der AG Velo gibt es Protokolle, die bereits auf das Jahr 1999 zurückgehen. Zwischen 2006 und 2008 wurde das Thema erneut an fünf Sitzungen der AG Velo behandelt. Immer wieder wurde darauf hingewiesen, dass die Strassen einfach zu schmal sind und der Handlungsspielraum eingeschränkt ist. Das war vielleicht damals richtig. Jetzt wird aber nebenan für dutzende Millionen ein neues Projekt realisiert, der Park wird mehr oder weniger umgepflügt und die Bäume an der Haldenstrasse kommen praktisch alle weg. Wann, wenn nicht jetzt? Jetzt hat die Stadt eine Chance. Diese Chance besteht noch immer. Die Baubewilligung für die Umgebungsgestaltung ist noch nicht erteilt worden, sondern erst für das Gebäude. In Bezug auf die Umgebungsgestaltung besteht ein Handlungsspielraum. Zumindest die Situation an der Haldenstrasse könnte verbessert werden. A. Steiner bittet den Stadtrat, mit dem Kanton erneut zusammensitzend, damit eine bessere Lösung gefunden werden kann. Der Park kann von Fussgängern und Fussgängerinnen genutzt werden. Damit gibt es auch genug Platz für die Velofahrenden auf der Haldenstrasse, die Situation zu verbessern. Im Idealfall würde man so weit gehen und auch die Kreuzung anschauen. Spannend ist der Bericht zum Gestaltungsplan des KSW. Darin wird darauf hingewiesen, dass der Langsamverkehr eine grosse Bedeutung hat. Die Leute sollen möglichst zu Fuss, mit dem Velo oder dem ÖV kommen. Gleichzeitig wird aber darauf hingewiesen, dass die Erschliessung Sache der Stadt ist. Das KSW kann lediglich das Parkierungssystem und die Parkgebühren beeinflussen. Alles anderen liege nicht in dessen Einflussbereich. Das ist ein klares Zuschieben des Balls an die Stadt. Die GLP/PP-Fraktion will, dass die Stadt diesen Ball aufnimmt. Der Linksabbieger von Seiten Lindspitz ist bereits erwähnt worden. Dieser ist wirklich gefährlich. A. Steiner wird immer wieder darauf angesprochen. Viele Kantonsschüler und andere Verkehrsteilnehmer müssen dort abbiegen. Es gibt fast täglich kritische Situationen. Es ist zu hoffen, dass dort nicht etwas passiert, bevor gehandelt wird. A. Steiner bittet den Stadtrat, den Ball aufzunehmen und mögliche Verbesserungen umzusetzen.

**L. Banholzer (EVP/BDP)** dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation. Die Kreuzung Haldenstrasse/Lindstrasse ist für alle Verkehrsteilnehmenden schwierig. Mit der Genehmigung des Gestaltungsplans für das Kantonsspital ist eine bessere Lösung unter Einbezug des Spitalareals leider vom Tisch. Durch die beengten Verhältnisse sind die Umgestaltungsmöglichkeiten nicht so gross, wie es nötig wäre. Immerhin verhalten sich die meisten Verkehrsteilnehmer sehr vorsichtig, sodass die Kreuzung glücklicherweise kein Unfallschwerpunkt ist. Wenn aber im Rahmen der Umgestaltung des Spitalparks Einflussmöglichkeiten vorhanden sind, hofft die EVP/BDP-Fraktion, dass der Stadtrat punktuell Verbesserungen erreichen kann. Die Fraktion nimmt aber den Stadtrat beim Wort. Er hat erklärt,

dass bei einer Gesamtsanierung des Knotens, die Defizite angegangen und neue Lösungen gesucht werden. Die EVP/BDP-Fraktion nimmt die Antwort zustimmend zur Kenntnis.

**Ch. Meier (SP):** Auch die SP-Fraktion bedankt sich herzlich für die Beantwortung der Interpellation. Ch. Meier verzichtet darauf, bereits Gesagtes zu wiederholen, will aber auf einen konkreten Punkt eingehen. Sie befährt diese Kreuzung regelmässig mit dem Velo und kennt dadurch die Situation auf der Haldenstrasse sehr gut. Es ist so, die Platzverhältnisse auf der Haldenstrasse lassen wenig Spielraum in baulicher Hinsicht. Es ist schlicht zu eng. Deshalb ist es nachvollziehbar, dass der Velostreifen nicht verlängert werden kann. Gerade deshalb ist es nicht nachvollziehbar, warum sich der Stadtrat bisher so vehement dagegen ausgesprochen hat, eine Tempo 30 Zone auf der Haldenstrasse zu prüfen. Es handelt sich um eine kurze Strecke zwischen dem Kreisel und der Lindstrasse. Das Argument, dass der Bus dadurch Zeit verliert, ist nicht stichhaltig. In den meisten Fällen kann der Bus nicht schneller als 30 fahren, weil es die Platzverhältnisse nicht zulassen, ein Velo zu überholen. Wenn man mit dem Velo diese Stelle befährt, wird man von Bussen und Autos bedrängt, die gestresst sind, weil sie eigentlich 50 km/h fahren könnten, von den Velofahrern aber gebremst werden. Das macht die Situation zusätzlich gefährlich. In Zukunft, wenn die Einfahrt zur Tiefgarage des Kantonsspitals ebenfalls Platz auf der sowieso engen Haldenstrasse benötigt, wird die Situation noch unübersichtlicher und dadurch noch gefährlicher. Die SP hofft deshalb, dass der Stadtrat eine Tempo 30 Zone auf dieser kurzen Strecke erneut prüfen wird und pragmatisch und zielorientiert an die Sache herangeht. Wenigstens mit einer Temporeduktion sollte die Situation etwas entschärft werden.

**F. Helg (FDP):** Diese Kreuzung stand bereits früher im Fokus. Ch. Meier hat einen Vorstoss eingereicht und gefordert, dass die Situation der Fussgänger verbessert werden muss. Ein ewiges Thema in diesem Rat. In der Antwort wird klar aufgezeigt, dass das Verbesserungspotential aufgrund der Topographie, der Strassenbreite und der Kapazitätssicherung beschränkt ist. Die FDP-Fraktion teilt die Auffassung, dass die Situation auf dieser Kreuzung nicht optimal ist. Das ist in der Diskussion bereits vielfach erwähnt worden. Aber man darf es auch nicht dramatisieren. Selber hat F. Helg diesen Knoten auf dem Weg in die Kantonschule befahren. Eine Verkehrsbeziehung ist wirklich problematisch, wenn man von der Lindstrasse Richtung Kreuzung fährt und dann nach links in die Haldenstrasse abzweigen muss. In der Antwort steht, dass mit Markierungen bereits Verbesserungen erzielt werden konnten. Hier besteht vielleicht noch ein gewisses Potential, das man ausloten könnte. Vor allem wenn man als Velofahrer im Kreuzungsbereich mitten auf der Strasse halten muss, würde man mit Markierungen gewisse Anhaltspunkte erhalten. Das Sicherheitsgefühl könnte verbessert werden. Was den Park des Kantonsspitals anbelangt, bestand die Möglichkeit sich im Rahmen des Gestaltungsplans einzubringen. Entsprechende Anliegen sind auch vorgebracht worden. Auch der Gestaltungsplan ist inzwischen rechtskräftig festgelegt worden. Die entsprechenden Festsetzungen zum Aussengelände sind erfolgt. Dort ist der Zug für eine Prüfung wahrscheinlich abgefahren.

**P. Rütsche (SVP):** Die SVP sagt herzlich Dankeschön für die Interpellationsantwort. Auch die SVP-Fraktion teilt die Meinung des Stadtrates, dass die Kreuzung nicht ganz zufriedenstellend ist. Aber es gibt schlussendlich ein Platzproblem. Man darf nicht vergessen, dass Busse diese Kreuzung passieren und zusätzlich eine Blaulichtorganisation. Diese muss ebenfalls beachtet werden. Für P. Rütsche ist es wichtig, dass die Velofahrerinnen und Velofahrer die Kreuzung gut umfahren können. Dementsprechend ist das OK. Dass man diese Bedürfnisse in Zukunft mit einbezieht, wenn eine Sanierung ansteht, begrüsst P. Rütsche. Man darf nicht vergessen, dass es noch andere Verkehrsteilnehmer gibt. Es muss für einen guten Verkehrsfluss gesorgt werden. Die SVP nimmt die Antwort positiv zur Kenntnis.

**Stadtrat J. Lisibach:** Der Stadtrat findet die Situation für Velofahrende und Fussgänger und Fussgängerinnen am Knoten Lindstrasse/Haldenstrasse auch nicht unbedingt optimal. Aber der Knoten ist, trotz der Mängel, kein Unfallschwerpunkt. Es werden seit Jahren immer wieder Verbesserungen im Quartier und in den Verkehrsplänen diskutiert. Eine Massnahme, die

ohne grössere bauliche Eingriffe möglich war, hat man realisiert. In der Haldenstrasse sind ein minimaler Velostreifen und ein sogenannter „Velosack“ markiert worden und heikle Konfliktpunkte zwischen Autofahrenden und Velofahrenden sind rot eingefärbt worden. Beheben kann man die Mängel für den Langsamverkehr wahrscheinlich nur mit einer aufwändigen und kompletten Umgestaltung dieses Knotens. Stadtrat J. Lisibach denkt auch an den Linksabbieger von der Lindstrasse. Das ist bereits erwähnt worden. Wie eine allfällige Lösung aussehen könnte, müsste in einem Projekt untersucht werden. In jedem Fall hätte das grössere bauliche Eingriffe in den bestehenden Strassenraum zur Folge. Da es sich, wie erwähnt, um keinen Unfallschwerpunkt handelt und die Ver- und Entsorgungsleitungen nicht erneuerungsbedürftig sind, besteht für den Stadtrat kein dringender Handlungsbedarf zur Ausarbeitung eines Bauprojekts. Es ist auch kein entsprechendes Vorhaben in der Investitionsplanung eingestellt. Im Rahmen der Erarbeitung des Gestaltungsplans und des Baugesuchs für das Kantonsspital hat ein intensiver Austausch stattgefunden zwischen der Stadt und dem Kanton. So hat der Kanton beispielsweise zwei Mal in der BBK über den Gestaltungsplan informiert. Die öffentlich geäusserte Kritik, dass Stadt und Kanton nicht oder schlecht, vor allem im Bereich des Verkehrs, zusammenarbeiten würden, ist nicht begründet. Fakt ist, dass der Stadtrat bereits in der Beantwortung der Frage 3 der Interpellation darauf hingewiesen hat, dass die Situation der rechts abbiegenden Velofahrer häufig vorkommt, sowohl in Winterthur als auch in anderen Städten. Die Idee, die Velofahrenden durch den Spitalpark zu führen, birgt gravierende Konfliktpunkte insbesondere für Fussgängerinnen und Fussgänger. Auch das ist an der BBK Sitzung ausgeführt worden. Deshalb hat der Stadtrat diese Idee als nicht zielführend abgelehnt. Stadtrat J. Lisibach weiss, dass diese Kreuzung ihre Mängel hat. Er ist aber überzeugt, dass ein Nebeneinander von Langsamverkehr, öffentlichem Verkehr und motorisiertem Verkehr auch unter diesen erschwerten Bedingungen grundsätzlich möglich ist. Das wird auch jeden Tag gelebt.

**Ratspräsidentin Ch. Leupi:** Damit ist das Geschäft erledigt und wird abgeschrieben.

## 6. Traktandum

### **GGR-Nr. 2015.16: Beantwortung der Interpellation F. Helg (FDP) betr. Höhe von Projektierungskrediten**

---

**F. Helg (FDP)** dankt dem Stadtrat und den beteiligten Fachleuten für die ausführlichen Darlegungen. Insbesondere auch für die Bereitschaft, im Gespräch die Erkenntnisse persönlich zu erläutern. Der Eindruck von F. Helg ist etwas zwiespältig. Er kann einerseits aufgrund der Ausführungen die Vorgehensweise bei der Ermittlung der Kosten für einen Projektierungskredit gut nachvollziehen, insbesondere das Argument, dass man nicht alle zukünftigen Entwicklungen vorwegnehmen kann in der Phase der Projektierung. Ausserdem ist eine gute Planung sicher auch eine Garantin für weniger Überraschungen in der Ausführungsphase. Andererseits hat F. Helg das Gefühl, dass die Projektierungskredite recht pauschal und mit grosszügigen Sicherheitsmargen berechnet werden. So bleibt auch eine gewisse Ratlosigkeit. Vieles hängt vielleicht auch mit den unterschiedlichen Rollen von Verwaltung und Parlament zusammen. Die Verwaltung neigt eher dazu, mit der nicht zu knappen Festsetzung der Projektierungskosten über gewisse Reserven zu verfügen, um die bessere Einhaltung des Kredits sicherstellen zu können. Umgekehrt ist es das Bestreben des Parlaments, der Verwaltung genau auf die Finger zu schauen. Das ist insbesondere die Sorge derjenigen Parteien, die die städtischen Finanzen besonders im Visier haben. Das gilt auch für die insgesamt zu teuer projektierten Baukosten.

Das war der Ausgangspunkt dieser Interpellation. Vor einiger Zeit mussten mehrere Verkehrsknoten umgestaltet werden. Die Projektierungskosten sind vom Stadtrat jeweils pauschal mit 200'000 Franken eingesetzt worden. Damals wurden sie vom Gemeinderat auf 150'000 Franken gekürzt. Im Interpellationstext hat F. Helg eine Plausibilitätsrechnung erstellt. Für 200'000 Franken könnte ein städtisch angestellter Ingenieur gut ein Jahr lang arbeiten, dabei wären auch die Sachkosten abgedeckt. In der Interpellationsantwort wird mehr-

fach darauf hingewiesen, dass die Erfahrung und die Einschätzung der städtischen Fachleute massgebend sind. F. Helg bezweifelt diese Kompetenz nicht. Aber die Tendenz dürfte doch dahin gehen, dass man mit recht pauschalierten Berechnungen operiert und intern die Plausibilisierung mit einem Prozentsatz des Gesamtkredits vornimmt. In der Frage 2 wird nach einem Vergleich zwischen intern erbrachter Projektierung und einer Projektierung, die extern vergeben wird, gefragt. F. Helg ist der Meinung, dass hier zu vereinfacht zwischen komplexen Projekten, die extern bearbeitet werden und einfachen Projekten, die intern an die Hand genommen werden, unterschieden wird. Es scheint offenbar Mühe zu bereiten, gewohnte Wege zu verlassen. Der Stadtrat führt in seiner Antwort auch, über keine speziellen Erkenntnisse zu verfügen über diese beiden Arten der Projektierung – extern beziehungsweise intern. Der Stadtrat führt in der Antwort zur Frage 4 aus, dass letztlich die Gesamtkosten eines Projekts massgebend sind. Das trifft sicher zu. Aber die Projektierungskosten sind doch ein Bestandteil davon. Wenn die Projektierungskosten tiefer sind, sind auch die Gesamtkosten tiefer. Eingangs hat F. Helg von einer gewissen Ratlosigkeit gesprochen, als er sich mit dieser Interpellationsantwort auseinandergesetzt hat. Die Folgerung ist, dass es auch weiterhin im Einzelfall einen profunden Blick auf einzelne Projektierungskredite braucht. Der Gemeinderat, beziehungsweise die Kommissionen, müssen nachfragen, wenn etwas nicht plausibel erscheint und wenn es keine Klärung gibt, mit einem Kürzungsantrag nachhaken. Oder man muss vermehrt im Nachhinein prüfen, in welchem Verhältnis letztlich die Projektierungskosten zu den Gesamtkosten stehen. Nur ist es dann zu spät, um nachträglich gestaltend Einfluss zu nehmen.

**L. Banholzer (EVP/BDP):** Die EVP/BDP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation. Sie teilt die Ansicht der Interpellanten nicht, dass die Projektierungskredite für städtische Bauvorhaben grundsätzlich zu hoch sind. Die Kritiker haben hingegen anlässlich der letzten Budgetberatung gezeigt, dass sie selber, die in ihren Augen richtige Höhe der Projektierungskredite, nach dem Prinzip Handgelenk mal Pi berechnet haben. Diese Berechnungen entbehren daher jeder Grundlage. Das Gleiche werfen sie jetzt der Stadt vor. Es wird in der Beantwortung der Interpellation aufgezeigt, dass die Berechnung von Projektierungskrediten keine exakte Wissenschaft ist, aber aufgrund der Erfahrung von Fachleuten die Höher der Kosten abgeschätzt werden kann. Die EVP/BDP-Fraktion ist überzeugt, dass die Höhe dieser Kredite nach bestem Wissen und Gewissen berechnet wird. Ausserdem ist ein Projektierungskredit ein Teil des gesamten Kreditrahmens. Wird er nicht ausgeschöpft, kann der Ausführungskredit reduziert werden. Das heisst die EVP/BDP-Fraktion sieht keine systematischen Fehllansätze. Es ist offensichtlich, dass eine gute und gründliche Projektierung hilft, die Baukosten im Griff zu haben oder sogar zu senken. Die EVP/BDP-Fraktion nimmt die Antwort zustimmend zur Kenntnis.

**M. Baumberger (CVP/EDU):** Die CVP/EDU-Fraktion nimmt die stadträtliche Antwort mässig zufrieden zur Kenntnis. M. Baumberger dankt dem Stadtrat für die Antwort. Die Fraktion nimmt erfreut zur Kenntnis, dass man immer stärker auf die Kostenproblematik sensibilisiert ist. Das ist sehr erfreulich und geht in die richtige Richtung. Die CVP/EDU-Fraktion wünscht sich trotzdem einen verstärkten Sparwillen in diesen Bereichen. Die Fraktion will dem Stadtrat einen Vorschlag unterbreiten. Sie ist der Meinung, dass sich die Stadt noch immer zu sehr an rigiden Vorgaben von nicht staatlichen Akteuren orientiert, die diese Kosten in die Höhe treiben. M. Baumberger will nicht sagen, wer das ist. In diesem Bereich ist es möglich zu verhandeln und mit diesen Leuten die Kosten genau anzuschauen, so wie das auch im Privaten passiert. Das ist für Private zugegebener Massen einfacher als für die öffentliche Hand. Die CVP/EDU-Fraktion ist überzeugt, dass noch etwas drin liegt.

**M. Nater (GLP/PP)** dankt für den Bericht. Beim Durchlesen der Antwort war er erstaunt, dass Planungskredite frei vergeben werden können. Es ist gesagt worden, dass die freie Vergabe auf Erfahrungen beruhe. Was sind Erfahrungen? Erfahrungen sind Vergangenheitsbetrachtungen und in diese Vergangenheitsbetrachtungen werden meist Sicherheitsmargen einberechnet. Das wird auch sichtbar. Die meisten Kosten oder Ausgaben liegen in der Erfolgsrechnung um 20 bis 25 % tiefer. Das besagt, dass der Projektierungskredit um

diese 20 bis 25 % zu hoch veranschlagt wurde. Von daher muss man das vertieft anschauen. Die Frau von M. Nater ist Kontrollerin. Sie hat ihm erklärt, dass ein bestimmter Wert so genau wie möglich erreicht werden muss. 20 bis 25 % tiefer ist kein genauer Wert. Wenn der Wert 20 bis 25 % höher liegt, löst das Diskussionen aus. Scheinbar werden die Mitarbeitenden gelobt, wenn der Wert 20 % tiefer ist. Von daher muss man sich fragen, ob die richtigen Anreize gesetzt werden. Richtig ist, in dieser Hinsicht stimmt M. Nater mit dem Bericht überein, dass die Projektierungsphase ein sehr wichtiger Schritt ist. Man muss Zeit investieren, damit das Projekt entsprechend umgesetzt werden kann. Zu Beginn können die Kosten noch beurteilt werden, im laufenden Projekt ist das nicht mehr möglich. Dass die Projektierungskredite vom Stadtrat geprüft werden und Kriterien vorhanden sind, um diese Kredite entsprechend zu bewerten, nimmt die GLP/PP-Fraktion positiv zur Kenntnis. Die Frage ist, wie geht es weiter. Heisst das für die Zukunft, dass die Projektierungskredite 20 bis 30 % tiefer gesetzt werden? Oder wie kann sichergestellt werden, dass man auch einmal mit einer Null abschliessen kann und die Kosten nicht weiterhin um 20 bis 30 % tiefer liegen? Die GLP/PP-Fraktion nimmt die Antwort kritisch zur Kenntnis.

**F. Landolt (SP):** Die SP dankt dem Stadtrat für die Interpellationsantwort und teilt grössten Teils die darin geäusserte Meinung zu den Projektierungskrediten. Sie ist nicht der Ansicht, dass durch die Höhe eines Projektierungskredits beziehungsweise durch das Senken des Projektierungskredits ein Projekt positiv beeinflusst werden kann. Die SP stützt ihre Ansicht auf drei Argumente: 1. Der Projektierungskredit ist Teil der Gesamtkosten. Hier will F. Landolt F. Helg widersprechen. Sollte es sich bei der Projektentwicklung erweisen, dass die Lösung intelligenter und umsichtiger gefunden und kostengünstiger realisiert werden kann, sind die Projektierungskredite Teil dieser optimierten Lösung und treiben die Kosten des Bauprojekts nicht in die Höhe. Wenn man einen Projektierungskredit sinnvoll und bei guter Verwaltungsführung einsetzt, kann eine gute Projektentwicklung ein Projekt optimieren. 2. In einer frühen Phase eines Projekts ist das Potential am grössten, ein Projekt zu optimieren. Offensichtlich ist, dass die Projektentscheide in der frühen Phase ein grosses Potential beinhalten. Je länger ein Projekt dauert, desto geringer sind die Möglichkeiten, ein Projekt zu optimieren oder die Kosten zu senken. Sehr oft sind die Optimierungspotentiale betrieblicher Art. Gerade mit einem genügend hohen Projektierungskredit können die betrieblichen Fragen ebenfalls in Betracht gezogen werden. Es können Varianten studiert werden, mit denen die Gesamtkosten gesenkt werden können. Diese Möglichkeiten werden geraubt, wenn man die Projektierungskredite generell kürzt. 3. Ein zu knapp bemessener Projektierungskredit kann den Erfolg des Projekts gefährden. Genau aus den erwähnten Gründen. Wenn zu wenig Varianten geprüft werden können, wenn zu wenig intelligente Lösungen gesucht werden können, ist es möglich, dass man insgesamt ein suboptimales Projekt erhält. Eine Bemerkung zur Frage 2: F. Landolt ist erstaunt, dass von Seiten der FDP Vergleiche gezogen werden mit internen Projektentwicklern der Stadt. Die SP unterstützt ausdrücklich die Teilung. Einfache Projekte sollen intern entwickelt und umgesetzt werden. Sobald ein Projekt eine gewisse Komplexität erlangt, gerade im Verkehrsbereich, sollen externe Leute beigezogen werden. Dadurch kann die Verwaltung schlank gehalten werden. Die SP ist dagegen, dass ein Potential aufgebaut wird, um interne Projekte zu realisieren. Die SP-Fraktion ist mit der stadträtlichen Antwort zufrieden.

**R. Diener (Grüne/AL):** Die Vorredner haben das meiste bereits gesagt. Die Grüne/AL-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antwort. Der entscheidende Punkt ist die U-Kurve. Zu Beginn eines Projekts, um Unsicherheiten zu beseitigen, ist der Aufwand hoch. Das ist in der Projektierungsphase der Fall. Am Ende des Projekts ist der Aufwand riesig, wenn Änderungen vorgenommen werden müssen, weil ein Fehler gemacht worden ist. In der ersten Phase der Projektierung benötigt man das Geld, um die Risiken und Probleme zu erkennen. Genau deshalb benötigt man diese 20 % Reserven. Im Normalfall werden diese kaum ausgeschöpft, weil die Strategie klar ist. Die Probleme werden erkannt und man weiss, wie man zum Ziel kommen will. Wenn es aber Knackpunkte geben sollte, ist es wichtig, dass man diese Reserven hat. R. Diener ist mit M. Nater nicht einverstanden. Genau diese 20 % sind entscheidend, um Eventualitäten abfangen zu können. Es ist wichtig diese bereits zu Beginn

eines Projekts zu erkennen. Sonst tauchen sie erst am Schluss auf, dann sind die Probleme unter Umständen viel grösser. Die Abrechnung erfolgt jeweils über das gesamte Projekt. Wenn das Geld des Projektierungskredits nicht ausgeschöpft wird, wird es auch nicht verrechnet. Es wird nur das verrechnet, was man tatsächlich benötigt. Die Grüne/AL-Fraktion findet es richtig so.

**P. Rütsche (SVP)** dankt für die Interpellationsantwort. Es ist so, eine gute Planung ist das A und O für ein gelungenes Bauprojekt. Leerläufe und Überraschungen bei der späteren Ausführung des Projekts müssen vermieden werden. Das gilt für interne und externe Ausführungen. Trotzdem muss mit den Projektierungskrediten haushälterisch umgegangen werden. Sie müssen sinnvoll eingesetzt werden. Dementsprechend sind die Massnahmen zu begrüssen, die der Stadtrat in der Antwort beschrieben hat. Die SVP ist der Meinung, dass es noch etwas weiter gehen könnte.

**Stadtrat J. Lisibach** versteht das Anliegen der Gemeinderätinnen und Gemeinderäte insbesondere von Gemeinderat F. Helg und den Wunsch nach einer nachvollziehbaren Berechnung der eingestellten Projektierungskredite. Aber es handelt sich um eine Huhn und Ei Frage. Die Kostengenauigkeit, das ist erwähnt worden, erhöht sich im Rahmen des Planungsprozesses von Phase zu Phase. Da man ohne Geld nicht planen kann, muss man zu Beginn sehr früh einen Kredit im Budget einstellen. Genau diesem Kredit liegen aber in der Regel noch keine genauen Kostenberechnungen zu Grunde, weil zuerst die Bedürfnisse und Lösungsstrategien formuliert werden müssen. Wenn man diese Projektierungskredite genauer berechnen will, müssen die entsprechenden Projekte weiterentwickelt werden, was wiederum Kosten generiert, die mit Projektierungskrediten finanziert werden müssen. Alles etwas verwirrend, letztlich aber nicht so wichtig, weil das primäre Ziel des Stadtrates und hoffentlich auch des Grossen Gemeinderates gute und kostenoptimierte Projekte sind. Die Projektierungskosten sind dabei ein kleiner Teil der Gesamtkosten. Das heisst ins Gewicht fallen die Baukosten. Eine gut durchdachte Projektierung ist der Schlüssel für ein gutes und kostenoptimiertes Projekt. Deshalb kann es nicht das primäre Ziel sein, die Projektierungskosten zu senken oder tief zu halten. Es geht letztlich darum, die Gesamtkosten tief zu halten. Dass durch tiefe Projektierungskosten die Gesamtkosten tief gehalten werden können, stimmt nicht. So kann es absolut Sinn machen, in ein Huhn gutes Futter und gute Haltung zu investieren und dafür auch viele und gute Eier zu erhalten.

**Ratspräsidentin Ch. Leupi:** Damit ist die Interpellation erledigt.

## 7. Traktandum

### **GGR-Nr. 2015.49: Begründung des Postulats Ch. Baumann (SP) und L. Banholzer (EVP) betr. Glasfaser-Ausbau in den Aussenwachten aus den Geldern der Stadtwerkreserven**

---

**Ratspräsidentin Ch. Leupi:** Das Traktandum sollte ursprünglich ohne Diskussion behandelt werden. Es sind aber von verschiedenen Seiten Wortmeldungen eingegangen.

**F. Künzle (SP):** Seine Firma ist bekanntlich ein Anbieter von Glasfasernetzen in der Stadt Winterthur. Aus diesem Grund tritt F. Künzle in Ausstand, damit ihm niemand einen Vorwurf machen kann. Es ist nicht so, dass diese Firma abhängig ist von diesem Ausbau. Trotzdem tritt F. Künzle in Ausstand.

**Ch. Baumann (SP):** Glasfasern, das ist eine Technologie, die einen modernen Datenverkehr gewährleistet. Mit dem Glasfasernetz investiert die Stadt in die Zukunft, so wie das auch mit den funktionierenden Wasser- oder Abwasserleitungen oder dem Stromnetz gehandhabt wird. Damit garantiert die Stadt einen modernen und adäquaten Anschluss der Siedlungsgebiete. Die Stimmberechtigten haben mit einem deutlichen Ja, dem Bau des Glasfasernetzes

in Winterthur zugestimmt und dafür 67 Millionen gesprochen. Jetzt wird in ganz Winterthur ein Netz aufgebaut. Aber es hat, wie bei Asterix, einige Flecken in den Aussenwachten, die weiss bleiben. Auch wenn das nur wenige Prozente der Bevölkerung betrifft, so wird in Bezug auf die Grundversorgung mit Glasfasern ein Teil der Bevölkerung ungleich behandelt. Obwohl beispielsweise die Aussenwachten Eidberg, Gotzenwil, Iberg oder Taa erschlossen worden sind, soll das gemäss Abstimmungsweisung für Aussenwachten wie Neuenburg, Grundhof, Stadel oder Reutlingen nicht gelten. Das Postulat will, dass diese Ungleichheit genau geprüft wird. Die Postulanten fordern eine Kreditvorlage für dieses Vorhaben, die im Gemeinderat debattiert werden kann. Ch. Baumann ist der Meinung, dass diese Kreditvorlage im Hinblick auf andere Netzarbeiten koordiniert werden müsste, damit die Umsetzung möglichst kostengünstig realisiert werden kann mit allen Synergien, die möglich sind. Ch. Baumann bittet die Ratsmitglieder im Sinne einer Gleichbehandlung aller Bewohnerinnen und Bewohner von Winterthur, das Postulat zu unterstützen. Mit dem Postulatsbericht wird der Gemeinderat verlässliche Argumente erhalten, damit er in Kenntnis von Pro und Contra sauber abwägen kann. Ch. Baumann dankt für die Überweisung des Postulats.

**L. Banholzer (EVP/BDP):** Es gibt für die EVP/BDP-Fraktion drei Hauptargumente, die dafür sprechen, dass auch die Aussenwachten von Winterthur ans Glasfasernetz angeschlossen werden sollen. Das erste und wichtigste Argument ist die Gleichbehandlung der Aussenwachten. Ch. Baumann hat es bereits gesagt, in Seen hat die Swisscom das Netz aufgebaut und bringt Glasfasern auch in die Weiler und Dörfer ausserhalb der Stadt. Auch in den Stadtkreisen, in denen der Bau durch Stadtwerk stattfindet, gibt es Aussenwachten. Diese sollten gleichberechtigt erschlossen werden. Das zweite Argument: Die Glasfaser erlaubt es, dass die Einwohner und Einwohnerinnen aus einem breiten Spektrum von Anbietern Internet, Fernsehen und Telefonie auswählen können. Das ist ein offener Markt, auf dem grundsätzlich jeder tätig werden kann. Das fördert die Innovation und führt zu Wettbewerb unter den Anbietern. Diese Wahlmöglichkeit sollen alle Einwohnerinnen und Einwohner von Winterthur haben. Zudem ist die Glasfaser auch eine Investition in die Zukunft. Man kann noch mehr Daten übertragen und weitere Services anbieten. Auch die Bewohner ausserhalb der Kernstadt sollen in Zukunft angeschlossen werden. Die EVP/BDP-Fraktion ist der Meinung, dass vor allem aus Gründen der Gleichberechtigung allen Winterthurerinnen und Winterthurerern das Glasfasernetz zur Verfügung gestellt werden soll. Es gehört zur Infrastruktur einer Stadt und zum Service Public. Die EVP/BDP-Fraktion befürwortet die Überweisung des Postulats zur Prüfung.

**M. Nater (GLP/PP)** hat die alten Unterlagen hervorgesucht und er hat sich auch mit B. Meier abgesprochen. Ein Punkt wird, der im Postulat erwähnt wird, ist die Ungleichbehandlung aus kommerziellen Überlegungen. Diese Ungleichbehandlung ist stossend, weil die Bewohnerinnen und Bewohner der Aussenwachten genauso wie allen anderen Gebühren zahlen und so zum guten Rechnungsabschluss von Stadtwerk beitragen. Wenn M. Nater aber die Abstimmungsvorlage vom November 2012 anschaut, steht folgender Text: „Der Glasfaserausbau seitens der Stadt Winterthur finanziert sich über die Mieterträge der Serviceanbieter, deshalb wird die Staatskasse nicht belastet.“ Von daher muss man die Sache genau prüfen. Ein Businessplan ist hinterlegt worden. Wenn jetzt jeder Einwohner an das Glasfasernetz angeschlossen werden soll, muss man sich die Wirtschaftlichkeit überlegen. Das Ziel des Glasfasernetzes ist die Übertragung. Die Stadt muss sicherstellen, dass jeder Einwohner von Winterthur einen schnellen Anschluss an das Internet hat. Es ist die Frage, wie das umgesetzt werden soll. Muss das unbedingt über Glasfaser erfolgen? Muss die Glasfaser zu jedem Haus gezogen werden oder kann man sie einfach bis zur Strasse ziehen und den Anschluss den Hausbewohnern überlassen? Gibt es Möglichkeiten über Mobilfunkantennen eine billigere Verbindung zu erreichen? Von daher stellt die GLP/PP-Fraktion den Antrag, Varianten zu prüfen, die nicht ausschliesslich auf das System Glasfaser setzen.

**Th. Leemann (FDP)** kommt aus der Aussenwacht Ricketwil. Als Vertreter der FDP äussert er sich folgendermassen diesem Postulat: Die Aussenwachten sind wirklich noch weisse Flecken auf dem Gemeindegebiet von Winterthur – sei das die Anbindung an den öffentli-

chen Verkehr, sei das ein Veloweg, sei das ein Fussgängerstreifen oder sei das ein Trottoir. Das haben die Aussenwachen alles nicht. Das Glasfasernetz sollten die Aussenwachen wirklich haben. Bei der Abstimmung zum Glasfasernetz haben sicher viele Bewohner der Aussenwachen dafür gestimmt. Jetzt sollen einige leer ausgehen. Das geht wirklich nicht. Das Glasfasernetz ist aus heutiger Sicht für alle Nutzer notwendig. Man kann von zu Hause aus arbeiten, Home Office wird immer mehr praktiziert. Aber dafür braucht es eine schnelle Verbindung. Es kommt darauf an, mit welchen Programmen gearbeitet wird, seien das Zeichnungsprogramme oder andere Nutzungen. Der Stadtrat wird aufgefordert, zeitnah eine Kreditvorlage für dieses Anliegen zu erstellen. Das würde Th. Leemann begrüßen. Er ist gespannt auf den Antrag des Stadtrates und bittet die Ratsmitglieder, das Postulat zu unterstützen.

**D. Steiner (SVP):** Auch die SVP-Fraktion ist für einen flächendeckenden Ausbau des Glasfasernetzes für alle Winterthurerinnen und Winterthurer, auch für die in den Aussenwachen. Auch sie bezahlen Steuern. Schliesslich soll der Volkswille vom 25. November 2012 umgesetzt werden. 80 % der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben der Vorlage für den Bau des städtischen Glasfasernetzes zugestimmt. Man darf nicht vergessen, dass das die Zukunft ist und zur Grundversorgung des Service Public gehört. Die SVP ist für die Gleichberechtigung aller Bürger. Sie SVP unterstützt das Postulat.

**Z. Dähler (CVP/EDU):** Gleichberechtigung für alle Bürger, das wäre schön, wenn man das erreichen könnte. Es ist aber auch in diesem Fall wie immer, wenn man bei einer Sache über 80 % erreichen will, wird der Aufwand ausserordentlich hoch und teuer. Die CVP/EDU-Fraktion ist nicht für die Forcierung dieses Ausbaus. Die Gebühren werden sachbezogen erhoben. Man bezahlt für einen Anschluss, zum Beispiel für den Gasanschluss, wenn man diesen Anschluss hat, für den Fernwärmeanschluss oder für den Telefonanschluss. Z. Dähler bezahlt seit Jahren nichts mehr für einen Telefonanschluss. Man bezahlt nur das, was man auch hat. Niemand in den Aussenwachen muss etwas für den Glasfaseranschluss bezahlen, wenn er nicht an das Glasfasernetz angeschlossen ist. Menschen, die in den Aussenwachen wohnen, haben ihren Wohnort gewählt. Sie haben einen wertvollen Vorteil gegenüber den Menschen in der Innenstadt. Sie haben viel Grün und viel mehr Ruhe. Der Wohnort gibt keinen Anspruch auf gleiche Leistungen. Jetzt eine Luxusvorlage zu fordern, ist nicht angebracht. Die Entwicklung schreitet voran und man kann die vorhandenen Kabel durch Glasfaserkabel ersetzen, wenn diese ersetzt werden müssen. Aber man hat es heute bereits gehört, die Mobilfunktechnologie schreitet voran. Es gibt Standards, die ähnlich gute Leistungen erbringen. Man muss nicht teure Kabel ziehen, sondern kann das über Funk organisieren.

**Ratspräsidentin Ch. Leupi:** Ist das ein Ablehnungsantrag?

**Z. Dähler (CVP/EDU):** Das ist ein Ablehnungsantrag.

**M. Wäckerlin (GLP/PP)** will zuhanden des Protokolls das Votum von M. Nater ergänzen. M. Nater meint den Unterschied zwischen Fiber To The Home (FTTH) und Fiber To The Street (FTTS). Wenn der Stadtrat sich mit dem Thema befasst, sollte er sich auch diese Varianten anschauen. Die GLP/PP-Fraktion schlägt vor, zu prüfen, ob das allenfalls eine günstigere Lösung wäre.

**D. Oswald (SVP):** Die Diskussion ist interessant. Die einen Weiler werden von der Swisscom ans Glasfasernetz angeschlossen. Offenbar rechnet es sich, diese Anschlüsse zu erstellen. In den Stadtgebieten, in denen Stadtwerk Anbieter ist, rechnet es sich offenbar nicht. Die grundlegenden Überlegungen, die sich der Gemeinderat machen muss, betreffen Stadtwerk. Was läuft da falsch, dass sich das für Stadtwerk nicht rechnet? Das ist die Frage, die beantwortet werden muss. Wenn es sich für die Swisscom rechnet, sollte es sich für Stadtwerk ebenfalls rechnen. Ansonsten machen sie etwas falsch.

**R. Diener (Grüne/AL):** Es kommt selten vor, dass R. Diener D. Oswald Recht geben muss. In diesem Fall ist das so. Damit will R. Diener aber nicht zu Protokoll geben, dass etwas schief gelaufen ist. Er stellt einfach fest, dass er verwundert ist. Es ist so, wie D. Oswald es formuliert hat. Swisscom baut im Süden der Stadt in den Aussenwachen das Glasfasernetz auf und geht offensichtlich davon aus, dass das Angebot rentiert. Auf der anderen Seite der Stadt, im Norden, auf der „Pfnüselseite“, wenn man beim Bild des Zürichsees bleiben will, wohnen sicher weniger Leute als auf der Sonnenseite. Dort sollen keine Anschlüsse erstellt werden. Zufälligerweise wird Stadtwerk in Zukunft diese Anlagen erstellen – wenn das überhaupt der Fall sein sollte. So sind die Gebiete aufgeteilt worden. Es gibt eine Vereinbarung, in welchem Gebiet wer diese Infrastruktur aufbauen soll. Die generelle Gleichbehandlung ist nicht das Thema, wie das von M. Nater aufgeworfen worden ist. Es geht nicht darum, dass die Infrastruktur für alle genau gleich sein muss. Sonst müsste das bei der Verkehrsinfrastruktur ebenfalls der Fall sein. Das kann man selbstverständlich nicht umsetzen. Aber es geht um die Gleichberechtigung für alle in einer gleichartigen Wohnsituation. Zum Beispiel gilt beim ZVV die Regelung, dass für eine bestimmte Anzahl Einwohner in einem Gebiet, die Erschliessung mit einem Verkehrsmittel realisiert wird. In Bezug auf die Energiedichte müssen bestimmte Mengen erreicht werden, damit die Erschliessung mit Fernwärme sinnvoll ist. Wenn diese Bedingungen nicht gegeben sind, muss das überall gleich bewertet werden. Egal ob es die Aussenwacht X oder die Aussenwacht Y betrifft. Hier besteht die Situation, dass die Aussenwachen unterschiedlich behandelt werden. R. Diener ist ebenfalls der Meinung, dass der Aufbau des Glasfasernetzes auch in den anderen Aussenwachen möglich ist. Sollte nicht längerfristig zumindest ein annähernd rentabler Betrieb für Stadtwerk möglich sein, wenn das die Swisscom ebenfalls macht? Das ist die Frage, die R. Diener stellt.

**J. Altwegg (Grüne/AL):** Es ist unüblich, dass von der gleichen Fraktion zwei Leute reden. Aber J. Altwegg fühlt sich bemüssigt, etwas zu den Glasfasern zu sagen. Er war vor einer guten Woche in Schuls, am äussersten Zipfel der Schweiz an der openaxs FTTH Conference. Es handelt sich um einen Verbund von Glasfaseranbietern. J. Altwegg ist kein Anbieter, er war als Journalist vor Ort. Dort wird unter dem Titel mia Engiadina ein Glasfasernetz aufgebaut. Die Glasfaser wird dort ganz klar als Schlüsseltechnologie angeschaut. J. Altwegg ist folgendermassen begrüsst worden: Herzlich willkommen in der Digitalen Wüste, in der Oase Schuls. Glasfaser. Es wäre schade, wenn in Winterthur eine grosse Oase entstehen würden und einige kleine Wüsten rund um die Stadt. Das wäre total schade. Der Erbauer des Wellnessbades, das vor gut 20 Jahren für ca. 50 Millionen gebaut worden ist, war auch Gemeindepräsident von Schuls. Er hat folgendes gesagt: Man muss aufhören mit den Businessplänen. Wenn man diese Pläne bereits vor 100 Jahren gemacht hätte, gäbe es die Rhätische Bahn nicht und der Gotthardtunnel wäre damals auch nicht gebaut worden. Das hat J. Altwegg beeindruckt. Manchmal muss man einfach etwas Neues machen. Das ist das Beispiel aus Schuls im tiefen Engadin. Zu den Voten von Z. Dähler und M. Nater: Die Möglichkeiten der Mobilfunktechnologie sind beschränkt. Man kann das Funknetz nicht beliebig vollstopfen. Die Geschwindigkeit ist zudem nicht unbegrenzt. Es sind ganz klare Limiten vorhanden. Das ist beim Glas nicht der Fall. J. Altwegg ist der Ansicht, dass in den nächsten 20 Jahren mehr als genug Reserven vorhanden sein werden. Das ist beim Funkt nicht der Fall. Das ist technologisch ein wichtiger Unterschied.

**Z. Dähler (CVP/EDU):** Es gibt aus der Sicht von Z. Dähler einen grossen Unterschied zwischen der Swisscom und Stadtwerk. Die Swisscom zwingt überall dort, wo sie ein Glasfasernetz aufgebaut hat, ihre Kunden dazu über Glasfaser zu kommunizieren. Das wird in den nächsten zwei Jahren passieren. Wer das noch nicht hat, erhält ein Kästchen für den Glasfaseranschluss. Stadtwerk kann das nicht machen, weil es keine direkten Kunden hat.

**Th. Leemann (FDP)** muss erneut einhaken und auf Z. Dähler reagieren. In Ricketwil mit G3 und G4 läuft wirklich nichts. Th. Leemann hat noch immer einen Festnetzanschluss. Die Lage in der Stadt ist sehr komfortabel, weil überall G5 und G4 auf dem Natel erreicht wird. Das ist in Ricketwil nicht der Fall.

**Stadträtin B. Günthard-Maier:** Es ist wirklich eine Frage des Business Case. Man muss Kosten und Nutzen einander gegenüberstellen. In den Aussenwachen müssen mehr Leitungen gebaut werden, die Anschlussdichte ist tiefer. Damit wird das Kosten/Nutzen-Verhältnis sicher nicht positiv beeinflusst. Die Frage wird sein: Wer bezahlt diese Kosten? Aus welcher Kasse kommt das Geld? Sind das Steuergelder? Wie könnte man diese Anschlüsse sonst finanzieren? Zur Klärung: Wenn das Postulat überwiesen wird, geht Stadträtin B. Günthard-Maier nicht davon aus, dass als Antwort eine Kreditvorlage erfolgt. Die Ratsmitglieder haben das Format eines Postulats gewählt und nicht das einer Motion. Das heisst der Stadtrat nimmt das Postulat entgegen und wird Varianten prüfen. Danach wird er dem Gemeinderat darlegen, welche Variante welche Konsequenzen hat.

**Ratspräsidentin Ch. Leupi** lässt über die Überweisung des Postulats abstimmen.

**Der Rat** stimmt der Überweisung mit grosser Mehrheit zu. Damit ist das Postulat überwiesen.

## 8. Traktandum

**GGR-Nr. 2015.14: Beantwortung der Interpellation L. Banholzer (EVP), Y. Gruber (BDP), R. Diener (Grüne), K. Cometta-Müller (GLP), Th. Leemann (FDP) und R. Keller (SP) betr. Schliessung Bahnhof Reutlingen**

---

**L. Banholzer (EVP/BDP):** Die EVP/BDP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation. Eine Stadtbahn, die auf den bestehenden Schienen auch die äusseren Quartiere und Stadtteile mit eigenen Haltestellen ans Zentrum anbindet, war schon immer eine Vision für das Winterthurer Verkehrssystem, was sich auch in verschiedenen Vorstössen und Leitbildern manifestiert hat. Die Bahnhöfe Reutlingen und Wallrüti kommen dieser Vision sehr nahe, sind aber leider bis heute fast die einzigen zusätzlichen Haltestellen im bestehenden Netz geblieben. Die Vorteile einer Bahnerschliessung liegen auf der Hand. Kurze Fahrzeiten ins Zentrum, komfortable Anschlüsse und immerhin ein Halbstundentakt, das ist zum heutigen Zeitpunkt sicher angenehmer als eine lange Busfahrt durch verstopfte Strassen. Dass dieser Bahnhof durch die Stadt übernommen, beziehungsweise gebaut wurde, könnte jetzt zur Hypothek für die Bahnerschliessung von Reutlingen werden. Der Knackpunkt für einen Weiterbetrieb ist bekannt, nämlich der behindertengerechte Ausbau, der bis 2023 umgesetzt werden muss. Der Stadtrat betont in seiner Antwort, dass er sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für den Erhalt des Bahnhofs einsetzen will und nicht ohne Not auf den S-Bahn-Halt verzichten will. Er sieht die SBB in der Pflicht für den Umbau und für den Weiterbetrieb zu sorgen. Das soll aus dem Bahninfrastrukturfond bezahlt werden. Eine Antwort auf ein entsprechendes Schreiben, das der Stadtrat an den Bund gesandt hat, ist bis zur Beantwortung der Interpellation nicht eingetroffen und wahrscheinlich auch bis heute nicht. Aber vielleicht können die Ratsmitglieder heute mehr erfahren. Die verschiedenen Szenarien, die der Stadtrat aufzeigt, sind hauptsächlich geprägt durch finanzielle Überlegungen, weil die Bahnerschliessung für die Stadt teurer ist als die Erschliessung durch den Bus. Die Grundlagen für eine mögliche zukünftige Erschliessung sollten zurzeit bereits erarbeitet sein. Die EVP/BDP-Fraktion ist gespannt, wann die Bevölkerung darüber informiert wird. Der Ansatz, eine Buslösung zu prüfen, ist zwar nachvollziehbar. Damit könnten bisher nicht erschlossene Gebiete eine ÖV Lösung erhalten. Aber die EVP/BDP-Fraktion ist in jedem Fall der Meinung, dass sich der Stadtrat wirklich dezidiert für den Erhalt des Bahnhofs Reutlingen einsetzen soll. Eine attraktive Erschliessung durch den ÖV, so wie das der Bahnhof Reutlingen heute ist, führt dazu, dass der ÖV auch benutzt und nicht doch das Auto bevorzugt wird. Selbst wenn die SBB einen abschlägigen Bescheid geben sollte, gibt es verschiedene Optionen für den Bahnhof, die ebenfalls geprüft werden sollen. Es stimmt, es bleibt noch Zeit bis eine tragfähige Lösung gefunden sein muss. Diese Lösung soll unter Berücksichtigung der finanziellen Möglichkeiten auch für die Bevölkerung von Reutlingen und

Stadel weiterhin eine attraktive Anbindung an die Stadt gewährleisten. Die EVP/BDP-Fraktion nimmt die Antwort auf die Interpellation positiv zur Kenntnis.

**R. Diener (Grüne/AL):** Die Grüne/AL-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Interpellationsantwort. Es ist relativ lange her, seit die Antwort erteilt worden ist. Inzwischen haben verschiedene Gespräche stattgefunden, auch mit den Anwohnern und Interessierten. Auch der regionale Richtplan ist inzwischen erstellt worden. Darin ist ein Satz enthalten, der R. Diener stutzig macht. Offensichtlich plant der Kanton, die Haltestelle Reutlingen aus der Richtplanung zu streichen. Das wäre allerdings kontraproduktiv, wenn man die Station erhalten will. Das wäre ein Bärendienst für Winterthur und die Anwohner. R. Diener hofft, dass es nicht so weit kommt. Die Grüne/AL-Fraktion teilt die Meinung des Stadtrates, dass man versuchen sollte, die Finanzierung möglichst über Bundesgelder sicherzustellen. Die Auflagen kommen schliesslich ebenfalls vom Bund. Letztendlich muss ein behindertengerechter Ausbau den Vorgaben des Bundes entsprechen. Damit müsste der grösste Teil der Finanzierung vom Bund übernommen werden. Falls das nicht möglich sein sollte, sieht die Grüne/AL-Fraktion eher die Lösung in einer Reduktion der Anfahrten an diese Haltestelle, insbesondere eine Reduktion der Anfahrten der langen S-Bahnzüge, der Doppelstock-Kompositionen. Für Anfahrten mit mittleren und kleineren Kompositionen benötigt man keine Perrons von 300 m Länge. Das wäre tatsächlich eine günstigere Lösung. Es hat sich im Laufe der Abklärungen gezeigt, dass die Umbauten auch günstiger realisiert werden könnten. Fachleute haben erklärt, dass sie nicht so teuer sein müssen, wie in den vorhandenen Unterlagen angegeben. Buslösungen sieht die Grüne/AL-Fraktion nach den Abklärungen und Gesprächen mit Stadtbus aus betrieblichen und finanziellen Gründen nicht. Wenn man die gesamten finanziellen Investitionen betrachtet, die getätigt werden müssten, um eine neue Buslinie zu betreiben, kostet das mehr, als der Weiterbetrieb der Station. Sicher, der Stadt Winterthur werden nicht die vollen Kosten belastet. Aber man muss auch eine gesamtwirtschaftliche Betrachtung mit einbeziehen. Für die Anwohner ist eine Bahnlinie direkt vor Ort interessanter, weil damit die Anschlusssicherheit gewährleistet ist. Damit ist auch die Verbindung nach Zürich gesichert. Ein Bus, der in den Hauptverkehrszeiten in die Stadt fährt, bleibt im Stau stecken. Damit erhöht sich die Anzahl der Busbehinderungen in Winterthur. Die Grüne/AL-Fraktion ist dankbar, dass die Abklärungen sauber und gut durchgeführt werden und zu einer Lösung führen, die den Anwohnern am meisten bringt.

**K. Cometta (GLP/PP):** Auch die GLP/PP-Fraktion ist zu einer allfälligen Schliessung des Bahnhofs Reutlingen sehr kritisch eingestellt. Sie will keinen ÖV Abbau in Winterthur. Die Schliessung des Bahnhofs Reutlingen ist ein Abbau im öffentlichen Verkehr. Das schleckt keine Geiss weg. Ein Bus ist nicht gleich kundenfreundlich. Es ist bekannt, der Zug ist bequem, schnell und zuverlässig. Ein allfälliger Busbetrieb wäre sicher eher langsamer und er würde viele Schlaufen fahren. Die GLP/PP-Fraktion glaubt nicht, dass das attraktiv ist für die Kundschaft. Deshalb wird der Stadtrat aufgefordert, weiterhin nach Lösungen zu suchen, so wie er das in seiner Antwort verspricht. Umso mehr ist die Fraktion erstaunt, dass im regionalen Richtplan, als die Regionalplanung Winterthur und Umgebung verabschiedet worden ist, die Schliessung des Bahnhofs Reutlingen bereits vorweggenommen worden ist. Dort ist dieser Bahnhof gestrichen. Im Übrigen ist es unverständlich, dass ein behindertengerechter Ausbau so teuer sein muss. Es macht den Eindruck, dass es dem Schweizerischen Hang zum Übererfüllen entspricht, wenn der Umbau über 3 Millionen kosten soll. R. Diener hat es bereits angesprochen: Wenn man künftig die S29 einsetzen würde, das heisst, wenn es Turbo Züge sind und keine Doppelstock-Kompositionen wie S12, reicht die halbe Länge. Eine Anmerkung zur Rechnung der Betriebskosten: Der Bahnhof steht bereits. Gesamthaft gesehen, ist es günstiger, wenn der Zug an einem bestehenden Bahnhof anhält, als eine neue Buslinie zu schaffen. Es ist klar, der Kostenteiler ist ein anderer. Aber letztendlich sind alle überall Steuerzahler nicht nur in Winterthur, sondern auch im Kanton. Die Aussenwachen gehören zu Winterthur, das haben die Diskussionen zum Traktandum 7 gezeigt. Die Stadt muss dazu Sorge tragen. Die Gleichbehandlung der Aussenwachen ist heute bereits diskutiert worden. Der Gemeinderat kann nicht über das Glasfasernetz diskutieren und gleichzeitig bestehende Infrastrukturen aufgeben. Die GLP/PP-Fraktion will keinen weiteren weissen

Fleck, um die Worte von Th. Leemann zu wiederholen. Sie erwartet deshalb vom Stadtrat, dass er sich auf allen Ebenen für den Erhalt des Bahnhofs Reutlingen einsetzt.

**Th. Leemann (FDP):** Was mit dem Bahnhof Reutlingen passiert, ist noch nicht bekannt. Das haben die Abklärungen mit den SBB ergeben. Weiterhin eine Zugverbindung oder eine Buslinie? Weil auf den Strassen von Winterthur bereits viel zu viel Verkehr herrscht, muss der Bahnhof erhalten bleiben. Die FDP würde das weitere Bestehen der Zugverbindung begrüßen. Aber Th. Leemann hat weiter gedacht. Ist Reutlingen nur der Anfang? Wird es nächstes Mal Wallrüti sein? Wird danach erneut ein kleinerer Bahnhof aufgegeben? Th. Leemann weiss nicht, wie dieser Weg weiter geht. Eine Busverbindung bringt nur dann Vorteile, wenn noch andere Aussenwachen miteinander verbunden werden können in einem Ring. Ansonsten macht es keinen Sinn. Jetzt muss man abwarten, was die die Planungsgrundlagen der SBB ergeben. Th. Leemann möchte gerne wissen, wie es die Stadt Winterthur geschafft hat, Eigentümerin des Bahnhofgebäudes zu werden. Erhält Winterthur von den SBB Geld, weil sie den Bahnhof anfahren dürfen? Den Unterhalt muss die Stadt schliesslich bezahlen. Der Stadtrat hat erklärt, dass er mit der Interpellationsantwort lieber noch etwas gewartet hätte, bis mehr Fakten bekannt sind. Das war aber aufgrund der Fristen kaum möglich. Th. Leemann hat sich überlegt, ob in Bezug auf den behindertengerechten Umbau eine Light-Version möglich wäre, mit einer kleinen Erhöhung des Perrons. Das ist auch bei anderen Bahnhöfen der Fall. Es sind Tritte angebracht worden, damit man besser einsteigen kann. Die FDP ist gespannt, wie es weitergeht.

**R. Keller (SP):** Sie SP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antwort. Das meiste ist bereits gesagt worden. Viele Fragen sind noch offen. Der Stadtrat kann noch keine abschliessende Antwort zu diesem Geschäft geben. Vor allem die Finanzierung ist nicht geklärt. Es ist zentral, dass sich der Stadtrat in erster Linie für den Erhalt des Bahnhofs Reutlingen einsetzt. Das ist die Option, die von der SP befürwortet wird. Realistischer Weise muss man festhalten, wenn die Finanzierung durch den Infrastrukturfond nicht zustanden kommt, wird die Stadt ein grösseres finanzielles Problem haben. Winterthur kann sich diesen Umbau kaum leisten. Der Stadtrat muss beharrlich bleiben und beim Bund dran bleiben. Erst als zweite Option sollen andere Lösungen geprüft werden – sei das eine Verkürzung der Züge, das würde weniger Nachteile haben oder im schlimmsten Fall eine Buslösung, die von der SP eher skeptisch beurteilt wird. Es ist ganz wichtig, dass die Bevölkerung rechtzeitig und transparent über die weiteren Schritte informiert und einbezogen wird.

**D. Oswald (SVP):** Die Interpellationsantwort ist interessant. Sie sagt viel aus. Als erstes muss das grundlegende Problem angesprochen werden. D. Oswald spricht dabei die SP an. Eine überdimensionierte und allumfassende Forderung des Gleichstellungsgesetzes hat zur Folge, dass jeder Bahnhof umgebaut werden muss, ob es Sinn macht oder nicht. Das sind die Konsequenzen der Forderungen, die von der SP auf Bundesebene gestellt worden ist. Dadurch werden hohe Kosten verursacht. Eigentlich sollte man diese Kosten denen persönlich am privaten Einkommen belasten, die solche Forderungen stellen. Das ist das grundlegende Problem dahinter. Deshalb steht die Stadt vor dieser Situation. Es ist nicht möglich, zu sagen: Solange niemand ein Problem hat, kann der Bahnhof weiterbetrieben werden wie bisher. Als erstes wird versucht eine Lösung für die Finanzierung zu finden. Das ist richtig. Aber es wird nicht wirklich mit der nötigen Konsequenz daran gearbeitet. Man muss mit einbeziehen, was parallel passiert. In Bezug auf die Planungsinstrumente hat der Bahnhof bereits seine Grundlagen verloren ist gestrichen worden. Der Stadtrat schreibt, dass er verschiedene Varianten prüfen will. Die SVP ist der Ansicht, dass das Thema unprofessionell vorangetrieben wird, so wie das von anderen Geschäften aus diesem Departement bekannt ist. Das verwundert eigentlich nicht, aber es macht die Sache nicht besser. Die Rechnung zeigt, dass der Bahnhof die Stadt Winterthur 200'000 Franken pro Jahr kostet. Die Kostenrechnung des ZVV beträgt 120'000 Franken. Niemand glaubt, dass die jährlichen Kosten für den Halt in Reutlingen 120'000 Franken betragen, obwohl der Zug sowieso diese Strecke fährt. Wenn eine neue Buslinie in Betrieb genommen werden muss, kostet das sicher mehr als ein Halt von 2 Minuten an einem Bahnhof. Man muss wissen, was man will. Die SVP will

die bestehende Lösung erhalten. Das bedingt sehr wahrscheinlich am wenigsten Cash out. Hinter dieser Lösung müssen alle stehen und konsequent pragmatische Lösungen einfordern. Das sieht auch D. Oswald so. Eine Mitfinanzierung des Bundes und ein Kompromiss in der Umsetzung des Behindertengesetzes sind notwendig. Es kann nicht sein, dass man einfach stur sagt, dass die Bedingungen zu 100 % umgesetzt werden müssen, ob das Sinn macht oder nicht. Es gibt sicher gewisse Leute, die das fordern. Das ist bekannt. Aber die Mehrheit der Schweizer denkt sicher anders. Wenn den Bahnhof erhalten will, muss das glaubwürdig vertreten und nicht bereits jetzt andere Varianten prüfen. Von daher ist die SVP der Meinung, dass die übrigen Varianten, die auf den ersten Blick nicht so schlecht klingen, bei genauerer Betrachtung grosse Nachteile haben. Gerade die Verkehrsführung durch das Dorf ist nicht einfach, auch in Bezug auf Sicherheit und Schnelligkeit. Es liegt auf der Hand, dass die Bahn die bessere Lösung ist. Gewisse Übungen können abgebrochen werden. Der Stadtrat soll sich darauf konzentrieren, dass die Haltestelle zu vernünftigen Kosten erhalten werden kann. Man müsste das aber wahrscheinlich etwas anders angehen.

**M. Baumberger (CVP/EDU):** Die CVP/EDU-Fraktion nimmt die stadträtliche Antwort positiv zur Kenntnis. Sie dankt dem Stadtrat für die Antwort. Es ist erfreulich, dass sich der Stadtrat für den Bahnhof und für die Interessen der Bewohner dieser Aussenwacht einsetzt. Es freut die Fraktion speziell, dass sich der Stadtrat auch um die Anliegen der behinderten Menschen kümmert, was der CVP/EDU-Fraktion ein besonderes Anliegen ist.

**K. Cometta (GLP/PP)** präzisiert ihr Votum. Sie hat zum regionalen Richtplan ihre Frage zu wenig explizit formuliert. Wie ist die Streichung des Bahnhofs Reutlingen in den regionalen Richtplan gekommen? Es ist so, dass dieser Richtplan von der Regionalplanung Winterthur (RWU) verabschiedet worden ist. Zwei Winterthurer Stadträte sind im Vorstand des RWU. K. Cometta ist der Ansicht, dass im RWU nichts gegen den Willen einer Gemeinde beschlossen wird. In diesem Sinne interessiert K. Cometta eine kurze Antwort zu diesem Thema.

**J. Altwegg (Grüne/AL)** fühlt sich bemüsst, die Ausführungen von D. Oswald zu kommentieren. Wie sehen die Mehrheiten beim Bund aus? Wie sind die Mehrheitsverhältnisse im Nationalrat? Die SP hat dort keine Mehrheit – das hat sie noch nie gehabt. Zudem gibt es beim Bund nicht viele Rollstuhlfahrerinnen oder Leute, die einen Rollator benötigen. J. Altwegg weiss nicht, was von den Aussagen von D. Oswald zu halten ist. Er fühlt sich vor den Kopf gestossen. Aussage zu den Kosten: Wenn dem so ist, müsste man keine Billetts mehr kaufen, weil der Zug sowieso fährt. Es spielt keine Rolle, ob ein einzelner Passagier im Zug sitzt oder nicht. Die Argumentation von D. Oswald ist doch sehr seltsam.

**Stadtrat M. Gfeller:** Zu diesem Thema gibt es sehr viel zu sagen. Der Stadtrat wird aber nicht erklären, wie die Stadt zu diesem Bahnhof gekommen ist. Das wäre eine abendfüllende Geschichte. Der Bahnhof Reutlingen gehört im Moment, wie auch der Bahnhof Wallrüti, der Stadt Winterthur. Stadtrat M. Gfeller kann aber versichern, dass man sich um den Bahnhof Wallrüti wesentlich weniger Sorgen machen muss, weil Wallrüti in einem sehr dicht besiedelten Einzugsgebiet liegt. Die Frequenzen der Ein- und Aussteigenden sind so gross, dass die Züge dort weiterhin anhalten werden. Umso mehr freut es den Stadtrat, dass so viele Leute aus Reutlingen heute auf der Zuschauertribüne sitzen. Stadtrat M. Gfeller heisst sie herzlich willkommen. Er hofft und setzt auch darauf, dass alle mit dem Zug gekommen sind. Nur wenn der Bahnhof entsprechend genutzt wird, kann man damit rechnen, dass dieser Halt noch lange aufrechterhalten bleibt. Man muss unterscheiden, ob von einem Bahnhof mit Peron die Rede ist, von dem aus man mit dem Rollstuhl in den Zug hineinfahren kann oder von der Tatsache, dass die Züge halten und die Leute mit einem Schritt ein- oder aussteigen können. Ersteres wird bestimmt durch das Behindertengleichstellungsgesetz. Das ist so, wie in der Antwort geschrieben. Eine Wandlung ist im Kanton Zürich bereits zur Kenntnis genommen worden. Der ZVV musste in Bezug auf den Halt an der Station beim Rheinfluss zurückbuchstabieren. Diese Station ist definitiv nicht behindertengerecht. Dort werden die Züge auch in Zukunft halten. Der ZVV ist durch eine erdrückende Kantonsratsmehrheit dazu ge-

zwungen worden, diesen Halt aufrechtzuerhalten. Vielleicht ist das nicht auf 10 oder 20 Jahre hinaus der Fall, aber in den nächsten Jahre wird das so bleiben. Diese Aussage gilt in Bezug auf die Infrastruktur. Das ist ein Präzedenzfall zugunsten eines Halts in Reutlingen und zugunsten eines bescheidenen Ausbaus.

Wie geht es weiter? Zwei Jahreszahlen hat der Stadtrat in der Antwort erwähnt. Bis 2019 wird an den Fahrplänen und am Halt in Reutlingen nichts geändert. Man kann allenfalls bis 2019 ernsthaft eine Busvariante prüfen. Das wäre für Stadel grundsätzlich eine Verbesserung. Sicher wird nicht Reutlingen durch einen Bus bedient werden und Stadel nicht. Das würde keinen Sinn machen. Damit würde die Stadt keine entsprechende Gegenleistung erhalten. Vielleicht ergibt sich eine Lösung in Bezug auf die Anschlüsse Richtung Wiesendangen oder Seuzach. Das ist eine Option, die bereits geprüft worden ist. Diese Lösung sollte nicht einfach in die Rundablage gelegt, sondern zum geeigneten Zeitpunkt erneut geprüft werden. Das hängt immer auch von den Umlaufzeiten ab, die eine Buslinie benötigt. Allenfalls hängt es auch davon ab, wie Wiesendangen in Zukunft im Detail erschlossen wird. Das sind offene Fragen, die bis 2018/2019 geprüft werden können. Das steht auf Seite 3 der stadträtlichen Antwort. Dort geht es um Fakten. Stadtrat M. Gfeller kann versichern, wenn sich der ZVV an seine eigene Strategie hält, wird auch nach dem Jahr 2019 mindestens jede halbe Stunde ein Zug in Reutlingen halten. Warum, das ist in der zweijährigen Strategie des ZVV enthalten. Dort wird aber auch festgehalten, dass Reutlingen eine von wenigen Bahnhöfen im Kanton Zürich ist, die mit einem geringfügigen Abbau rechnen muss. Wenn allenfalls ein Zug im Halbstundentakt in Reutlingen hält, ist es nicht sicher, dass der dritte Zug, der bis Seuzach fährt, ebenfalls an diesem Bahnhof anhält. Worauf Reutlingen nicht hoffen kann, ist eine garantierte Direktverbindung nach Zürich. Das garantiert der ZVV nicht. Was ebenfalls nicht erwartet werden kann, das sind drei Züge pro Stunde in eine Richtung. Ein Halbstundentakt wird das höchste der Gefühle sein. Das sollte ein möglichst sauberer Takt sein. Das liegt drin und kann der Strategie des ZVV entnommen werden. Eigentlich hat aber der Stadtrat von Winterthur nicht viel dazu zu sagen. Der ZVV überarbeitet seine Strategie alle zwei Jahre. Diese wird vom Kantonsrat genehmigt. Das ist in diesem Frühjahr passiert. Soviel kann Stadtrat M. Gfeller zum mittelfristigen Horizont sagen.

Bauvorhaben bis 2023: Es ist nicht zwingend, dass das Behindertengleichstellungsgesetz rasch umgesetzt wird. Was nach 2023 passiert, ist tatsächlich eine Frage. Zudem ist keineswegs bekannt, ob der Umbau wirklich 3,25 Millionen kostet. Diese Kosten sind für einen Bahnhof gerechnet an dem auch lange Doppelstock-Kompositionen halten können und man mehr oder weniger überall ebenerdig aussteigen kann. Wahrscheinlich ist, dass in Zukunft in Reutlingen nur noch die kurzen Thurbos halten. Für diese Züge ist ein Ausbau oder eine Anpassung einiges günstiger. Die Ratsmitglieder können aber Stadtrat M. Gfeller nicht auf konkrete Zahlen behaften. Eine Million ist schnell investiert, wenn ein Projekt realisiert wird, das vom Bundesamt genehmigt werden muss. Hier wird es für Winterthur wahrscheinlich keinen Sonderzug geben. Aber das ist ein Thema für die Jahre 2023 und folgende. Finanzierung: Auch hier muss man unterscheiden. Handelt es sich um Investitionen für einen behindertengerechten Ausbau und bezahlt das der Bund? Das müsste er nach den neuen bundesrechtlichen Regelungen machen. Aber im Bahninfrastrukturfond ist zu wenig Geld. Das wird sich am Beispiel der Stadtbahn in Zug entscheiden. Es wird sich zeigen, wie das finanziert wird. Vielleicht wird die Finanzierung im Windschatten von Zug für Winterthur ebenfalls vom Bund geregelt. Wenn nicht, hat Winterthur ein Problem. Es kann sein, dass der ZVV bereit ist, weiterhin ein Auge zuzudrücken – à la Rheinfall. Das zu den Investitionen.

Für eine Buslinie sind die Investitionen nicht hoch. Es braucht vielleicht zwei Haltekanten und das Trottoir muss erhöht werden. Das müsste sicher nicht nur in Reutlingen gemacht werden sondern auch in Stadel. Sonst würde die ganze Übung wenig Sinn machen. Wenn schon, denn schon müssen die rund 300 Einwohner von Stadel ebenfalls bedient werden. Die Investitionen sind aber tief. Einen Bus hat Stadtbahn unter Umständen bereits gekauft. Die Betriebskosten fallen aber ins Gewicht. Für einen zusätzlichen Bus sind diese Kosten höher, als für die Bahn, die einfach in Reutlingen zusätzlich anhält, wenn sie sowieso diese Strecke fährt. Der Clou am Ganzen ist, dass die Betriebskosten und die Kostenbeteiligungsregelung des Kantons für die Gemeinden ziemlich stark auseinanderklaffen. Im ganzen ZVV wird der öffentliche Verkehr zu ca. 60 bis 65 % über die Einnahmen finanziert. Der Rest wird zur Hälft-

te auf den ganzen Kanton verteilt. Das erfolgt durch den Kantonsrat über ein Zweijahresbudget. Den restlichen Betrag bezahlen alle Gemeinden im Kanton solidarisch. Dieser Schlüssel ist sehr kompliziert. Es wird berücksichtigt, wie viele Busse und Bahnen innerhalb der Stadt Winterthur halten. Das läuft darauf hinaus, dass die Abfahrt eines ländlichen Busses an einer Station mit dem Faktor eins berechnet wird, die Abfahrt eines Turbo-Gelenktriebwagens mit dem fünffachen Faktor und die Abfahrt eines Doppelstöckers mit dem neunfachen Faktor. Das heisst, der Betrag, den die Stadt Winterthur dem ZVV für den Halt einer Doppelstock-Komposition abgelten muss, ist gleich hoch, wie für neun Mal mit einem Bus anhalten in der gleichen Zeit. Man kann also einmal Stadel und zweimal Reutlingen dreimal pro Stunde bedienen und bezahlt dem ZVV nicht mehr als für einen Halt mit der Doppelstockkomposition, der einmal pro Stunde an einem Ort anhält. Das ist das System. Als Kantonsrat hat Stadtrat M. Gfeller vor mehr als 10 Jahren versucht, das System ein wenig zu ändern. Dabei ist er auf die Nase gefallen. Die Kantonsräte können das erneut versuchen. Es wird nicht einfach sein. Das System ist so ausgeklügelt und heikel, dass sich kaum jemand getraut, Änderungen zu verlangen. Dieser Hintergrund ist wichtig. Das wiederum bedeutet, dass prophylaktisch eine Buslinie zu fordern, eine gute Idee sein kann, damit man weiss, ob die regionale Buslinie Altikon, Sulz, Rickenbach, Wiesendangen über Stadel und Reutlingen bis zum Bahnhof Winterthur verlängert werden kann. Das ist nicht völlig unrealistisch. Die Gemeinde Wiesendangen hat reklamiert, dass die Wartezeiten an der Frauenfelderstrasse zu lange sind. Sie hat vorgeschlagen, die Buslinie, statt über die Frauenfelderstrasse temporär über Stadel und Reutlingen nach Oberwinterthur zu führen. Das wäre zwar zeitlich nicht viel besser, aber die Forderung ist nicht völlig abwegig. Wenn sich in diesem komplexen Liniensystem eine Möglichkeit ergibt, wird sich der Stadtrat wieder melden. Erst wenn die verschiedenen Ideen gegeneinander abgewogen werden können, wird ein Entscheid getroffen. Stadtrat M. Gfeller dankt für das Verständnis. Allen Reutlingerinnen und Reutlingern wünscht er eine gute Heimfahrt – hoffentlich auf Eisenrädern.

**K. Cometta (GLP/PP):** Es ist unüblich nach dem Stadtrat das Wort zu ergreifen. Aber die Frage, wie die Schliessung des Bahnhofs Reutlingen den Weg in den regionalen Richtplan gefunden hat und welche Rolle der Stadtrat dabei gespielt hat, ist nicht beantwortet worden.

**Stadtrat M. Gfeller** entschuldigt sich, dass er die Frage nicht beantwortet hat. Massgeblich ist nicht der regionale Richtplan, sondern der kantonale. Die Bahnstationen sind grundsätzlich immer im kantonalen Richtplan enthalten. Auch die zusätzlichen Perrons am Bahnhof Grüze Nord sind im kantonalen Richtplan enthalten und werden jetzt geprüft. Der Passus im regionalen Richtplan, der von mehreren Ratsmitgliedern zitiert worden ist, ist Stadtrat M. Gfeller im Kontext nicht geläufig. Im gedruckten Plan ist sicher das enthalten, was der kantonale Richtplan sagt. Im Kanton war es kein Thema, diesen Bahnhof zu streichen. Auf der Ebene Kanton gilt das, was Stadtrat M. Gfeller über die Strategie des ZVV gesagt hat. Er müsste den Text im regionalen Richtplan anschauen, dieser ist aber nicht massgebend.

**K. Cometta (GLP/PP):** Es hat eine Einwendung gegeben zu diesem Punkt.

**Stadtrat M. Gfeller** kennt den Text nicht auswendig.

**Ratspräsidentin Ch. Leupi:** Damit ist das Geschäft erledigt.

## 9. Traktandum

### **GGR-Nr. 2015.20: Beantwortung der Interpellation R. Diener (Grüne/AL) und Ch. Baumann (SP) betr. öffentliche Grünflächen als Gemeinschaftsgärten**

---

**R. Diener (Grüne/AL)** dankt dem Stadtrat für die Interpellationsantwort. Die Beantwortung ist bereits ein Jahr her. Der Stadtrat ist ebenfalls der Meinung, dass es Sinn macht, ein entsprechendes Areal entsprechend zu nutzen, wenn eine gute Trägerschaft vorhanden ist. Das

ist grundsätzlich erfreulich. Seit der Beantwortung der Interpellation sind weitere Projekte entstanden. Neben dem Gemeinschaftsgarten Mattenbach gibt es einen Garten, der für Flüchtlinge eingerichtet worden ist. Verschiedene Organisationen betreuen das Projekt. In der Antwort auf die Frage 2 macht der Stadtrat leider keine Aussagen über den Umfang der effektiv möglichen und geeigneten Areale. Sicher ist es richtig, dass ein grosser Teil der Flächen, die man als Strassengrün bezeichnen kann und die Parkanlagen wenig geeignet sind, zumindest in der gegenwärtigen Situation, wo der Druck fehlt für einen Masterplan Landwirtschaft in der Stadt Winterthur. Das ist sicher kein Thema. Einige Hinweise über den Umfang oder die Lage von sogenannten Positivarealen wäre nicht schlecht. Es wäre für Interessenten spannend, zu wissen, wo eine Möglichkeit besteht, einen Gemeinschaftsgarten einzurichten. Es ist aber klar, dass für die Stadt keine relevanten Mehrkosten entstehen dürfen in der gegenwärtigen Situation. Das müsste aber grundsätzlich bei dieser Art von Verpachtung, für die keine exorbitanten Zinse verlangt werden, grundsätzlich möglich sein. Schliesslich würden die Pächter das Land selber bewirtschaften. Damit entfallen die Unterhaltskosten für Stadtgrün. Wie der Stadtrat festhält, sind entsprechende Aktivitäten in dichtbesiedelten Räumen kaum möglich. Das gilt vor allem für Wohnblocks, die kaum Möglichkeiten bieten, dass sich die Bewohnerinnen und Bewohner im Aussenraum selber betätigen. Die zunehmende Verdichtung wird das noch verstärken. Es wird immer wieder Leute geben, die sich bereit erklären, zusammenzuarbeiten. Das kann auch den Umgang mit der Natur fördern und einen bewussteren Umgang mit den Ressourcen. In der Antwort auf die letzte Frage, nach der möglichen Unterstützung durch die Verwaltung, stellt der Stadtrat in Aussicht, dass eine Homepage erstellt und die entsprechenden Informationen aufgeschaltet werden. R. Diener hat aber nicht sehr viel gefunden. Vielleicht sind inzwischen mehr Informationen vorhanden. Wertvoll wäre insbesondere, wenn man nachschlagen könnte, ob entsprechende Areale bereits bestehen und wo sie sich befinden. Es wäre wichtig zu wissen, welche Areale bereits installiert sind und wo noch ein gewisses Potential für eine Verpachtung vorhanden ist. Das sollte ohne grossen Aufwand möglich sein. Es muss nicht alles perfekt erfasst sein. Es geht darum, zu wissen, wo grössere Flächen vorhanden sind. Das wäre sicher spannend. R. Diener hofft, dass das bei Gelegenheit nachgeholt wird.

**Ch. Baumann (SP)** dankt R. Diener für seine Aussagen. Die Frage nach geeigneten Arealen steht auch für die SP oben auf der Liste. Es braucht klare Hinweise, wo Areale mit einem entsprechenden Potential vorhanden sind und wie man vorgehen muss. Das sollte wirklich klar im Internet aufgeschaltet werden. Sicher sind sich alle einig, dass Gemeinschaftsgärten stark integrativ wirken und generationenübergreifend betrieben werden. Das zeigen die Projekte, die bereits umgesetzt sind. Der Zugang zur Natur wird der Bevölkerung ermöglicht und die Nachhaltigkeit kann gefördert werden. In Bezug auf eine Aussage des Stadtrates, ist sich Ch. Baumann nicht sicher. In Winterthur soll kein Bedürfnis nach entsprechenden Flächen bestehen. Andere Städte zeigen in diesem Bereich ein ganz anderes Bild. Vielleicht müsste man Kontakt mit diesen Städten aufnehmen. In Basel läuft das auf einer ganz anderen Ebene. Das hat sicher auch mit der Hilfe zu tun, die von der Stadt Basel geboten wird, wenn entsprechende Areale gesucht werden. Ch. Baumann zeigt das anhand eines Beispiels auf. Seine Tochter, die in Basel gewohnt hat, war daran interessiert, Gemüse in den Parkanlagen der Stadt anzubauen. Die Stadt hat ihr geeignete Flächen gezeigt und einem Pilotversuch vorgeschlagen. Die Leute haben begonnen Tomaten, Zucchetti und Salat mitten in einem Stadtpark zu pflanzen. Was ist passiert? Die Bevölkerung, die rund um den Park wohnt, hat mitgeholfen, die Pflanzen zu giessen. Randständige, die sich im Park aufgehalten haben, haben sich ebenfalls gefreut und mitgeholfen. So sind viele Kontakte entstanden. Das hat auch damit zu tun, wie die Stadt auf entsprechende Anliegen eingeht. Die SP unterstützt den Stadtrat in der Ansicht, dass klare Bedingungen geschaffen werden müssen, wenn ein Gemeinschaftsgarten im grösseren Stil entstehen soll. Es braucht eine klare Trägerschaft. Vermisst hat Ch. Baumann Ausführungen zu bestehenden Projekten. Diese Erfolgsgeschichten könnten die Motivation beflügeln. Zusätzlich zu den Feststellungen von R. Diener wäre Ch. Baumann froh, wenn der Stadtrat zu den bestehenden Projekten etwas sagen würde.

**M. Baumberger (CVP/EDU):** Die CVP/EDU-Fraktion nimmt die Antwort des Stadtrates positiv zur Kenntnis. Die Interpellation ist intensiv studiert worden und man hat sich vor allem Gedanken zu den Beweggründen der beiden Interpellanten gemacht. Eine Frage ist sowieso noch offen. Was genau wollen die Initianten pflanzen? Zurück zu den Fragen: Ist das ein Wunsch von Stadtbewohnern, die von der Natur weit entfernt sind und sich selber gerne in einer heilen Welt sehen? Oder ist es der Gedanke, auf dem Land, das der Stadt gehört, eine kleine Kolchese aufzubauen? Der Vorteil einer Kolchese wäre folgender: Scheitern wäre garantiert und die Interpellanten müssten das Projekt dann weiterführen. Ansonsten empfiehlt die CVP/EDU-Fraktion den beiden Herren, Püntiker zu werden. Es gibt noch einige freie Pünten in der Stadt, damit gibt es brachliegende Flächen. Wenn das alles nicht das ist, was die Initianten suchen, könnten der geschätzte Kollege H. R. Hofer und M. Baumberger als einzige Gemeinderäte, die massgeblich landwirtschaftliche Flächen bewirtschaften, sicherlich einige helfende Hände brauchen. M. Baumberger spricht auch im Namen von H. R. Hofer: Interessenten dürfen sich bei den beiden melden. Es wird sicher Arbeit geben.

**S. Gyax (GLP/PP):** Die GLP/PP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation. Die GLP/PP-Fraktion unterstützt den Kerngedanken dieser Interpellation ein wenig stärker als die CVP. Auch die GLP/PP-Fraktion findet es sinnvoll, wenn Grünflächen zu Gemeinschaftsgärten umgenutzt werden und steht dem privaten Engagement der Stadtbauern positiv gegenüber. Wie aber der Stadtrat schreibt, haben in Winterthur die Pünten und Schrebergärten eine lange Tradition. Zudem gibt es bereits zwei Gemeinschaftsgärten vom Verein gartenstadtgärten, zudem gibt es einen Garten, der mit Flüchtlingen betrieben wird. Nicht zuletzt gibt es das Projekt Gartenkind, mit dem stillgelegte Schulgärten mit Schulkindern wieder reaktiviert werden. In Winterthur besteht damit ein grosses Angebot für Interessierte aller Altersklassen. Die GLP/PP-Fraktion teilt die Ansicht des Stadtrates, dass es nicht die Aufgabe der Stadt ist, aktiv neue Gemeinschaftsgärten zu bewerben oder weitere finanzielle Mittel dafür bereitzustellen. Die GLP/PP-Fraktion nimmt die Antwort positiv zur Kenntnis.

**P. Rütsche (SVP):** Die Interpellation erinnert P. Rütsche an die Anbauschlacht vor einigen Jahren. Die SVP ist zufrieden mit der Antwort des Stadtrates. Man soll dementsprechend die Pünten nutzen. Wenn es Vereine gibt, die das übernehmen wollen, ist das auch OK. Eine Frage interessiert P. Rütsche: Man hat mit den drei Projekten positive Erfahrungen gemacht. Das ist gut. Wie sieht das Interesse aus. Gibt es Leute, die wirklich in den Gemeinschaftsgärten arbeiten? Spürt man, dass wirklich ein grosses Interesse vorhanden ist?

**F. Helg (FDP)** kann es kurz machen. Die FDP ist einverstanden mit der Strategie, die in der Interpellationsantwort umrissen wird und vier Punkte umfasst. Das Land wird zur Verfügung gestellt, das für eine Gartennutzung vorgesehen ist. Die Trägerschaft läuft über Private, die Kontinuität ist sichergestellt und es gibt keine Mehrkosten für die Stadt.

**Stadtrat M. Gfeller** dankt für die weitgehend positiven und das Pragmatische an dieser Antwort estimierenden Voten. Projekte müssen auf gutem Boden wachsen. Mit einem guten Boden meint Stadtrat M. Gfeller nicht nur die Erde. Es geht um einen weiteren Aspekt, den sozialen Boden. Es müssen Leute aus der Umgebung sein. Es nützt nicht unbedingt viel, wenn jemand von Seen alle paar Wochen nach Wülflingen fährt, um zu den Pflanzen zu schauen. Die Leute müssen aus dem Quartier kommen, möglichst aus der Umgebung. Wenn eine Gruppe ein gut dokumentiertes Interesse zeigt, dann ist der Zeitpunkt gekommen, um in dieser Umgebung, in diesem Quartier, geeignete Flächen zu suchen. Das ist ein grosser Unterschied zwischen Winterthur und Basel. Basel ist sehr viel dichter besiedelt. Dort gibt es weniger Grünflächen. Winterthur hat vielleicht nicht so viele Grünflächen im städtischen Eigentum, die zur Verfügung gestellt werden können. Die grössten Grünflächen sind bereits als Püntenareale verpachtet. Winterthur hat in den Quartieren sehr viele Pünten. Der Stadtrat will zudem das Püntenwesen, das in Winterthur sehr gut funktioniert, nicht konkurrieren. Man muss zudem aufpassen, dass keine Ungleichheiten geschaffen werden bei der Verpachtung. Die Püntepächter bezahlen für die Pacht. Ganz gratis kann es deshalb

nicht sein. Das Gesamtziel ist es, die Kosten für die öffentlichen Grünflächen um 10 % zu senken. Das ist in den Sparprogrammen so beschrieben. Es gehört zu den Hauptaufgaben von Stadtgrün Winterthur, dieses Sparziel einzuhalten. Die Quartierbewohner können dabei helfen, indem gewisse Pflegearbeiten nicht mehr durch die Gärtnerinnen und Gärtner von Stadtgrün übernommen werden. Aber der Stadtrat will zuerst ein Commitment aus dem Quartier haben. Stadtrat M. Gfeller dankt für die positive Aufnahme der Antwort.

**Ratspräsidentin Ch. Leupi:** Damit ist das Geschäft erledigt.

## 10. Traktandum

### **GGR-Nr. 2015.8: Beantwortung der Interpellation S. Madianos-Hämmerle (SP) betr. SIRMa: Möglichkeiten der Stärkung der Regelklassen**

---

**G. Stritt (SP):** Die SP dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation. Worum geht es überhaupt bei SIRMa? SIRMa steht für die Stärkung der Integrationskraft der Regelschule und für Ressourcenmanagement. Das Projekt wurde mit dem Ziel gestartet, die Kosten im Sonderschulbereich in den Griff zu bekommen und mehr Kinder in die Regelklassen zu integrieren. Das ist an sich sehr wünschenswert. Allerdings führt das neue Konzept auch zu einer Mehrbelastung der Lehrkräfte und der Heilpädagoginnen und Heilpädagogen. Das konnte man auch in den Medien lesen. Hier setzt die Interpellation an, die S. Madianos im März 2015 eingereicht hat. Das Ressourcenmanagement sieht vor, dass der Entscheid über den Mitteleinsatz in den Schulkreisen und näher beim Tagesgeschehen gefällt wird. Das erscheint sehr sinnvoll. Allerdings stellt sich die Frage, was passiert, wenn in einem Schulkreis die finanziellen Ressourcen ausgeschöpft sind, aber ein weiterer Bedarf an Unterstützungsmassnahmen besteht. Ist die Flexibilität genügend gross, um die finanziellen Mittel zwischen den Schulkreisen zu verschieben? Auch ist unklar, ob immer die richtigen Kinder die notwendigen Massnahmen erhalten. Haben beispielsweise Schülerinnen und Schüler, die aus Schulkreisen mit hohen Sonderschulmassnahmenkosten kommen, wirklich die gleichen Chancen auf eine spezifische Förderung, wie ein Kind aus einem weniger belasteten Schulkreis? G. Stritt stellt diese Fragen im Wissen darum, dass bei der Verteilung der Finanzen auch der Sozialindex der Schulkreise berücksichtigt wird. Das zweistufige Zuweisungsverfahren zur Sonderschulung ist auch aus fachlicher Sicht zu begrüssen. So wird verhindert, dass ein Kind zu schnell einen Sonderschulstatus erhält. Das Verfahren setzt aber voraus, dass die Abklärungen von spezifisch ausgebildeten Fachkräften vorgenommen werden. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, wie viele Heilpädagoginnen und Heilpädagogen in Winterthur über die entsprechenden Qualifikationen verfügen. Gibt es dazu genauere Zahlen?

In der Antwort des Stadtrats wird darauf hingewiesen, dass die Kreisschulpflegen nur sehr beschränkt Einfluss nehmen können, was die Aufenthaltsdauer von Kindern mit Beeinträchtigungen anbelangt, die sich in externen Sonderschulen aufhalten. Damit ist auch der Einfluss auf die Kosten gering. In diesem Zusammenhang interessiert G. Stritt, ob es ein Potential gibt, für die Rückplatzierung und Reintegration von aus Verhaltensgründen stationär oder ambulant platzierten Kindern in die Regelklassen. Hier bestehen sicher Einflussmöglichkeiten. Eine weitere Frage stellt sich im Bereich der Belastung. Der Stadtrat geht in der Antwort nicht konkret darauf ein. Er weist vor allem auf eine Evaluation hin, die von der Hochschule für Heilpädagogik in diesem Schuljahr erstellt wird. Die SP hofft sehr, dass die gewonnenen Erkenntnisse zurückfliessen werden in die BSKK. Vor allem die Frage der Belastung der Lehrpersonen im Schulbetrieb muss beachtet werden. Schlussendlich ist die Belastungsgrenze wesentlich für die Qualität des Unterrichts. Zur Frage nach der optimalen Förderung der Kinder und wie sichergestellt wird, wie die Arbeit von den an den Schulen Tätigen bewältigt werden kann, wird die Wichtigkeit der guten Zusammenarbeit in den Antworten betont. Offen bleibt allerdings, was genau unternommen wird, damit dieses Ziel erreicht werden kann. Etwas lässt allerdings aufhorchen. Das ist der Hinweis, dass für die optimale Förderung ein Ausbau der Schulsozialarbeit zwar wünschenswert wäre, aber nicht finanzierbar ist.

Man weiss, dass vor allem Kinder mit Verhaltensauffälligkeiten oft aus problembeladenen sozialen Umfeldern kommen. Die Schulsozialarbeit könnte auch dort einen grossen Beitrag leisten, sei das als Unterstützung und Entlastung im Schulbetrieb, sei das als Koordinationsstelle und Verbindung zur Familie und den verschiedenen Akteurinnen und Akteuren. Es ist deshalb eher unverständlich, dass in diesem Bereich aus finanziellen Gründen kein Ausbau möglich ist. Die Ressourcen der Schulsozialarbeit in Winterthur weichen, vor allem in der Primarschulstufe, weit von den Empfehlungen des Amtes für Jugend- und Berufsberatung ab. G. Stritt erinnert daran, dass im März 2012 im Gemeinderat ein Postulat eingereicht worden ist, mit dem Ziel, die Schulsozialarbeit zu überprüfen und weiter zu entwickeln. Im Bericht vom Dezember 2013 hat der Stadtrat bestätigt, dass bis anhin in diesem Bereich keine systematische Analyse durchgeführt worden ist. Obwohl eine Überprüfung für den Frühling 2015 in Aussicht gestellt worden ist, hat sich bis jetzt nichts bewegt. Es ist nicht nachvollziehbar, warum ausgerechnet im Zusammenhang mit SIRMa die Schulsozialarbeit nicht als unverzichtbare und wichtige Instanz erkannt worden ist, ihre Verantwortlichkeiten und Aufgaben überprüft und angepasst und in einem weiteren Schritt auch personell aufgestockt worden ist. Als Begründung werden finanzielle Gründe angegeben.

Im Jahr 2014 wurde im Kanton Zürich über die Klassengrösse-Initiative abgestimmt. Aufgrund dieser Abstimmung wurde der Stellenreservepool massiv ausgebaut. Warum die Schule in Winterthur von der Möglichkeit, zusätzliche personelle Ressourcen aus diesem Pool zu beziehen, keinen Gebrauch macht, ist vor allem im Zusammenhang mit der hohen Belastung durch SIRMa, nicht verständlich. Es werden auch hier finanzielle Gründe angeführt. Zusammenfassend kann man sagen, dass an den Schulen in Winterthur unbestritten gute Arbeit geleistet wird. Es besteht kein Zweifel, dass sich alle um eine gute Schule bemühen und sich dafür engagieren. Allerdings sind neue Konzepte wie SIRMa für alle Betroffenen eine grosse Herausforderung. Die Belastung der Lehrpersonen und an den Schulen Tätigen sollte sich aber in einem erträglichen Rahmen bewegen. Die Folgen von Überbelastung und Überforderung sind bekannt. Sie führen zu Unzufriedenheit in einer ersten Phase und zu Abgängen. Damit ist eine Verschlechterung der Qualität verbunden und nicht zuletzt führt es zu Mehrkosten. Der SP ist vor allem die Qualität im Bildungsbereich ein grosses Anliegen. Die optimale Förderung einzelner Kinder und die Chancengleichheit müssen weiterhin höchste Priorität haben. Sollen diese Ziele auch in Zukunft erreicht werden, sind finanzielle Mittel notwendig. Wenn man nicht mit den notwendigen Massnahmen reagiert oder diese Massnahmen zurückstellt, führt das irgendwann zu einem Bumerang und wird langfristig Folgekosten haben. Die SP-Fraktion wird die Entwicklungen und Auswertungen im Zusammenhang mit SIRMa, insbesondere was die Qualität anbelangt, genau und kritisch beobachten. Es ist klar, dass sich die SP auch in Zukunft für eine qualitativ gute Schule und für Chancengleichheit einsetzen wird. Die SP-Fraktion nimmt die Antwort zur Kenntnis.

**R. Comfort (GLP/PP):** Sonderschüler sollen wenn möglich integriert werden, statt separiert. Die Heilpädagoginnen besuchen alle Klassen und unterstützen die Kinder. Zusätzliche Lektionen erhalten sie, wenn Sonderschüler und Sonderschülerinnen in einer Klasse sind. Bis 2013 waren die zusätzlichen Lektionen der Heilpädagoginnen an die Sonderschüler gebunden. Das verlangt der Kanton auch heute noch bei der Anstellung der Heilpädagoginnen. Deshalb wurde aus einem Kind mit speziellem Förderbedarf nicht selten ein Sonderschulkind gemacht, damit eine Heilpädagogin die nötige Anzahl Lektionen erreicht hat. Mit dem Projekt SIRMa versucht man, die Ressourcen den Klassen anzupassen und nicht mehr explizit an die Sonderschüler zu binden. Man verteilt das Geld also vor Ort und nach Bedarf. Als Ergänzung zu den Heilpädagoginnen werden Teamteacher, Sozialpädagogen, Assistentinnen und Zivildienstleistende eingesetzt – Angestellte mit unterschiedlichen Löhnen. Die Horte werden ebenfalls mit mehr Personal unterstützt, weil gerade Kinder mit Verhaltensauffälligkeiten den weniger engen Rahmen in der schulergänzenden Betreuung nicht gut vertragen. Das Ziel, die Kosten zu plafonieren und die Regelschulen zu entlasten, kann unter Umständen nicht erreicht werden, wenn, und das ist ein Teil von SIRMa, gesamtstädtisch die Kleinklassen und Einzelbeschulungen aufgehoben werden. Die Kinder werden wieder in ihrem Schulkreis integrativ unterrichtet mit, wie das so schön im Konzeptbeschrieb steht, der Kultur der gemeinsamen Verantwortung im Team. Die Aufhebung von Kleinklassen und Einzelbeschulungen

ist jetzt im Gang. Wenn diese Kinder noch immer nicht integrierbar sind, sieht R. Comfort nur eine Möglichkeit, die Kosten zu bremsen und die Regelschulen zu entlasten. Die Schulkreise schliessen sich zusammen und betreiben gemeinsam eine Kleinklasse, statt einzelne nicht integrierbare Kinder extern zu beschulen. Dann müssten auch Heilpädagogin nicht anderweitig beschäftigt werden, weil dieses Kind nicht mehr da ist. Es ist tatsächlich zu früh, den Einfluss von SIRMa und „Fokus starke Lernbeziehungen“ auf die Arbeit in den Regelschulen zu beurteilen. Gemäss Bericht wird in diesem Schuljahr die Hochschule für Heilpädagogik eine Evaluation durchführen. Auch das scheint R. Comfort zu früh. Die einschneidenden Massnahmen, nämlich die Aufhebung der Kleinklassen und die Einzelbeschulungen, sind erst im Gang. Der Bericht des Stadtrates wird von der GLP/PP-Fraktion positiv zur Kenntnis genommen.

**G. Gisler (SVP):** Die SVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antwort und nimmt sie zur Kenntnis. Dank SIRMa werden die Kosten im Sonderschulbereich im Vergleich zu anderen Städten nicht weiter ansteigen, was die SVP sehr begrüsst. Trotz der positiven Antwort des Stadtrates, will die SVP weiterhin beobachten, wie sich die Integration von Sonderschülern in die Regelklassen entwickelt. Das Projekt SIRMa wird, wie in der Antwort beschrieben, erst seit 2014 angewandt. Gemäss der kantonalen Verordnung über die sonderpädagogischen Massnahmen, wird der Entscheid über die Sonderschulung von der Schulpflege gefällt. Die Kompetenz für die Zuteilung der Mittel ist daher an die Kreisschulpflegen delegiert worden. Eine externe Sonderschulung wird erst geprüft, wenn alles Zumutbare für eine integrative Schulung mit besonderen Bedürfnissen unternommen worden ist und der schulpsychologische Dienst eine Sonderschulung der Schulpflege empfiehlt. Bei einer Integration von Schülern mit besonderen Bedürfnissen wird die Regelklasse mit zusätzlichen Heilpädagogen oder weiteren Lehrpersonen gestärkt. Die Zunahme der integrativen Schulung darf aber nicht zu einer noch grösseren Belastung für die Lehrpersonen und die Schüler einer Regelklasse führen. Zu viele Akteure im Schulumfeld können zu einer Unruhe führen und letztendlich zu noch höheren Kosten. Die Verteilung von Schülern mit einem Sonderschulstatuts auf die Regelklassen muss aus diesem Grunde im Auge behalten werden. Auch im Auge behalten werden muss, dass die Ressourcen, die neu direkt den Schulkreisen zur Verfügung gestellt werden, gerecht verteilt werden.

**Z. Dähler (CVP/EDU):** Es ist bereits gesagt worden, was SIRMa ist. Das Ziel von SIRMa ist es, das Kostenwachstum bei der Sonderschulung zu stoppen. Die Winterthurer Volksschulen sind tendenziell auf einem guten Weg und können dieses Ziel erreichen. Die Belastung für Lehrerinnen und Lehrer aber auch für die anderen Mitarbeiter an den Schulen ist sehr gross. Es bräuchte mehr Mittel um dem entgegenzuwirken. Diese Tatsachen sind der CVP/EDU-Fraktion bewusst. Wie das in der Antwort gut formuliert ist, werden an den Winterthurer Schulen die Schülerinnen und Schüler gemäss dem Gesetz und angemessen gefördert. Nicht spitzenmässig, weil das unbezahlbar wäre. Es wäre schön, wenn mehr finanzielle Mittel zur Verfügung stehen würden, um die Förderung zu verbessern. Aber das ist leider nicht machbar. Die CVP/EDU-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Beantwortung und allen für die Mitarbeit.

**K. Gander (Grüne/AL):** Die vorliegende Interpellation ist zu früh eingereicht worden. SIRMa wird erst seit Anfang 2014 umgesetzt und steckt somit noch in den Kinderschuhen. Es braucht Zeit, bis sich die neuen Abläufe eingespielt haben. In einer Einführungsphase ist die Mehrbelastung oft höher. Auch ist die Zahl der Schülerinnen und Schüler mit Sonderschulstatus nicht zurückgegangen aber auch nicht weiter angestiegen. Mittelfristig sollten die frei werdenden Sonderschulmittel, die gezielt in den jeweiligen Klassen eingesetzt werden können, die Lehrpersonen merklich entlasten. Ob das wirklich klappt, wird die Evaluation, die bereits mehrfach erwähnt worden ist, zeigen. Diese Ergebnisse gilt es abzuwarten und anschliessen sind je nach Bedarf, Anpassungen vorzunehmen. Neben SIRMa läuft ein Pilotprojekt „Fokus starke Lernbeziehungen“. Bei diesem Versuch unterrichten in der Regel nur zwei Lehrpersonen in einer Klasse, was mit SIRMa nicht optimal korrespondiert. Auch hier ist der vier Jahre dauernde Versuch noch am Laufen. Es wäre verfrüht bereits Aussagen zu ma-

chen. Weiter zeigt die Antwort des Stadtrates deutlich unter welchem Spardruck die Schule steht. Die Pensen der Schulsozialarbeiter und Schulsozialarbeiterinnen sind zu klein. Von einer Entlastung durch den Reservepool wird aufgrund des finanziellen Drucks nur äusserst selten Gebrauch gemacht. Die zusätzlichen Aufgaben belasten die Lehrkräfte. Es ist zu hoffen, dass durch SIRMa in näherer Zukunft eine Entlastung möglich wird. Die Fraktion Grüne/AL dankt dem Stadtrat für die Antwort und nimmt sie zustimmend zur Kenntnis.

**Ch. Magnusson (FDP):** Die Interpellation nimmt ein berechtigtes Anliegen auf. SIRMa war eine Zeitlang in aller Munde. Die Belastung der Schule ist heutzutage in verschiedener Hinsicht sehr gross. Aber, und hier muss Ch. Magnusson die Vorrednerinnen und Vorredner vor allem von Links in die Pflicht nehmen, es wird gleichzeitig immer mehr gefordert. Das verursacht hohe Kosten. Es wird mehr Schulsozialarbeit gefordert, es werden kleinere Klassen gefordert, es werden bessere Ausbildungen und mehr Leute mit einer entsprechenden Ausbildung gefordert, die dann höhere Löhne beziehen können etc. Das kann aber kein Ziel des Schulsystems sein. Es wird immer zu wenig sein und es wird immer noch ein Kind mit Förderbedarf geben. Deshalb muss man sich bewusst sein, dass es letztendlich um die einzelnen Menschen geht, um die einzelnen Lehrpersonen und Therapeutinnen, die mit den Kindern arbeiten. Der Faktor Mensch ist dabei ganz entscheidend. Das kann man weder mit Geld noch mit Ausbildungen aufwiegen, sondern allerhöchsten mit der richtigen Personalauswahl.

Fakt ist, dass Winterthur fast doppelt so viele Sonderschüler hat wie der Durchschnitt des Kantons. Der Leitsatz Integration vor Separation ist zwar im Gesetz verankert, aber vielleicht nicht immer das Alleinseligmachende. Kleinklassen hätten sehr wohl ihre Berechtigung und würden wahrscheinlich manchmal Geld sparen, aber auch eher zum Ziel führen als separierte oder integrierte Schüler. Vieles ist bereits gesagt worden. Auf Seite 3 der Antwort zur Frage zwei hat der Stadtrat eine Liste mit allen Leuten erstellt, die in der Schule dafür sorgen, dass es den Kindern gut geht. In der Frage steht: „Welche Massnahmen sind nötig, damit die Kinder gut gefördert werden können.“ In der Antwort werden ausschliesslich Personen erwähnt, die sich mit benachteiligten, schwierigen und verhaltensauffälligen Kindern auseinandersetzen, die sonderpädagogische oder andere begleitende Massnahmen benötigen. Was aber nie vergessen werden darf, und das braucht die Wirtschaft ebenfalls, sind die speziell begabten, die hoch begabten Kinder, die jede Lehrperson sehr gerne hat, weil sie eigentlich alles von selber machen. Diese Kinder benötigen nicht viel Aufwand, ausser wenn sie unterfordert sind. Dann werden sie oft ebenfalls verhaltensauffällig. Mit diesen Kindern ist der Umgang in der Schule oft recht einfach. Diese Kinder werden oft nicht ihren Bedürfnissen entsprechend gefördert und nicht alle Lehrer werden diesen Kindern gerecht. Die zentrale Antwort hätte man mit einem Satz geben können. Entscheidend für die Mittelverteilung sind die Kreisschulpflegen. Damit ist die zentrale Antwort auf die Interpellation bereits gegeben. In Bezug auf das Projekt „Fokus starke Lernbeziehungen“ teilt Ch. Magnusson die Auffassung des Stadtrates, dass es zu früh ist für eine Analyse. Er kann auch dem Stadtrat zustimmen, dass es nicht ganz einfach ist, den komplex regulierten Schulbereich zu entschlacken, zu verändern oder nach eigenen Bedürfnissen oder eigenem Gutdünken umzuschichten. Immer mehr Mittel zu fordern, das geht nicht, weil letztendlich die Rechnung der Stadt darunter leidet. Mit SIRMa hat der Stadtrat bewiesen, dass in Winterthur ein Projekt auf die Beine gestellt werden kann. Wenn Ch. Magnusson das richtig im Kopf hat, handelt es sich dabei um eine Winterthurer Idee, die aus dem Departement Schule und Sport gekommen ist. Das Problem der explodierenden Kosten im Bereich Sonderschulung will man damit bis zu einem gewissen Mass in den Griff bekommen. Die Stadt ist auf einem guten Weg. Besser wäre es, wenn die Kosten gesenkt werden könnten. Aber die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat, dass er diesen Weg beschritten hat. Ch. Magnusson ist überzeugt, dass dieser Weg weiter beschritten werden kann und ermutigt den Stadtrat weitere Konzepte zu erarbeiten und umzusetzen. In diesem Sinne nimmt die FDP-Fraktion die Antwort sehr positiv entgegen und dankt der Verwaltung für die Arbeit.

**Y. Gruber (EVP/BDP):** Die EVP/BDP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation. Sie dankt auch den Vorrednerinnen und Vorrednern. Es ist erfreulich, dass

bereits sehr viel erwähnt worden ist, deshalb kann sich Y. Gruber kurz fassen. Positiv zeichnet sich die Veränderung in diesem Bereich ab. Wenn es auch verständlicherweise nur langsam voran geht, wie das üblich ist. Die EVP/BDP-Fraktion hofft, dass in Zukunft noch einiges mehr punkto Stärkung der Regelklassen erreicht wird und dass einem gewünschten Ausbau der Pensen der Schulsozialarbeitenden von allen Seiten Rechnung getragen wird. Ohne Zweifel ist die Belastung für die Lehrpersonen sehr hoch. Gerade deshalb ist es sehr erfreulich, dass sich alle Beteiligten für die Regelklassen ausserordentlich stark engagieren. In diesem Sinne stimmt die EVP/BDP-Fraktion der stadträtlichen Interpellationsantwort positiv zu.

**Stadtrat St. Fritschi** hat festgestellt, dass ausser der SP alle Fraktionen die Antwort im positiven Sinn zur Kenntnis genommen haben. Die SP hat erklärt, dass sie die Antwort zur Kenntnis nimmt – immerhin haben sie die Antwort gelesen. Das sagt bereits alles aus. Stadtrat St. Fritschi stellt fest, dass die Ratsmitglieder erkannt haben, dass SIRMa eine sehr schwierige Sache ist. Er behauptet deshalb nicht, dass die Stadt Winterthur bereits am Ziel ist, im Gegenteil, der Weg ist noch lang bis das Ziel erreicht ist. Auch bei einem sehr sinnvollen Produkt, das die öffentliche Hand anbietet, nämlich bei der Bildung, muss die Stadt auf das Geld achten. Wenn die Stadt nicht auf das Geld achten müsste, bräuchte es Stadtrat St. Fritschi und viele Leute in der Verwaltung nicht. Man könnten locker noch mehr Ressourcen zur Verfügung stellen. Aber die Ressourcen sind beschränkt. Dafür ist nicht das Parlament verantwortlich, auch das Volk will nicht, dass unendlich Ressourcen verwendet werden. Deshalb will die Stadt mit den vorhandenen Mitteln eine möglichst gute Schulbildung anbieten. Aber man kann nicht alle Wünsche erfüllen. Dazu gehört, dass nicht unendlich viele Schulsozialarbeiterinnen eingesetzt werden können. Es gehört dazu, dass keine optimale Bildung angeboten werden kann. Die Stadt setzt sich das Ziel eine angemessene Bildung und angemessene Sonderschulung anzubieten – aber keine optimale. Optimal ist nicht finanzierbar für die Stadt Winterthur. Das wird von vielen Beteiligten bestätigt. Die Stadt muss eine angemessene Sonderschulung und eine angemessene Bildung bereitstellen – nicht eine optimale. Dazu gehört, dass sich die Stadt nicht alle Ressourcen leisten kann, die wünschbar wären. Es hat sich in der Debatte gezeigt, dass die Meinungen in Bezug auf die Bildung weit auseinander gehen. Alle haben ein wenig Recht. Es ist aber schwierig alles unter einen Hut zu bringen. Die einen wollen mehr Schulsozialarbeiter, die andere mehr Heilpädagoginnen, wieder andere mehr Kleinklassen. Das zeigen auch die Diskussionen in der Zentralschulpflege. Es ist nicht ganz einfach sich auf etwas zu einigen und einen gemeinsamen Nenner zu finden. Stadtrat St. Fritschi dankt den Ratsmitgliedern, dass die Mehrheit die Antwort im positiven Sinn zur Kenntnis genommen hat und hofft, dass auf diesem Weg weiter gearbeitet werden kann, damit irgendwann das Ziel erreicht ist. Aus der Sicht von Stadtrat St. Fritschi ist dieses Ziel aber noch ziemlich weit weg.

**Ratspräsidentin Ch. Leupi:** Damit ist das Geschäft erledigt. Die Ratspräsidentin wünscht allen schöne Wochen bis zum nächsten Mal.

---

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Die Präsidentin:

Der 1. Vizepräsident:

Die 2. Vizepräsidentin:

Ch. Leupi (SVP)

F. Landolt (SP)

A. Steiner (GLP)